

geographische
revue

Zeitschrift für Literatur und
Diskussion

Jahrgang 4 · 2002 · Heft 2

Nachhaltigkeit

Inhalt

Stefan Körner, Ulrich Eisel: 3 Biologische Vielfalt und Nachhaltigkeit: Zwei zentrale Naturschutzideale	Sybille Bauriedl, Markus Wissen: 35 Nachhaltigkeit als Konfliktterrain. Post-fordistische Transformation und Repräsentationen von Natur in der Metropolregion Hamburg
Ulf Hahne: 21 Lokale Agenda 21 als Basis nach- haltiger Regionalentwicklung. Dilemmata eines neuen Politiktypus	Einzelrezensionen 57

Herausgeber, Selbstverlag:
Geographische Revue e.V., Flensburg
Redaktion:
Wolfgang Aschauer, Günther Beck ,
Jörg Becker (verantwortlich für diese
Ausgabe)
Druck:
Rhiem Druck GmbH, 46562 Voerde
Layout und Satz:
Günter Raabe, 37079 Göttingen
Copyright:
Geographische Revue e.V.
ISSN: 1438-3039
Das Einzelheft kostet 9,00 EUR (incl.
Versandkosten), das Jahresabonnement
15,00 EUR (incl. Versandkosten).

Die Geographische Revue erscheint
zweimal im Jahr.
Redaktions- und Bestelladresse:
Dr. Jörg Becker, Institut für Geographie,
Universität Potsdam, Postfach 60 15 53,
14415 Potsdam
Die Redaktion lädt alle Interessenten zur
Mitarbeit ein. Für unverlangt eingesandte
Manuskripte kann jedoch keine Gewähr
übernommen werden.
Rezensionsexemplare (bitte zwei Exem-
plare) werden erbeten an:
PD Dr. Wolfgang Aschauer,
An der Reitbahn 15 b
24937 Flensburg
Internet: www.geographische-revue.de

Stefan Körner und Ulrich Eisel ■

Biologische Vielfalt und Nachhaltigkeit: Zwei zentrale Naturschutzideale¹

Problemstellung: Über Zwänge und Gesinnungen

Der heutige Naturschutz ist im Wesentlichen durch zwei Themen geprägt, die miteinander verbunden sind: Das eine ist die biologische Vielfalt oder Biodiversität, das andere die Nachhaltigkeit. Der Nachhaltigkeit kommt in gewisser Weise eine übergeordnete Stellung zu: Das zeigt schon ein Blick auf die im Programmheft aufgeführten einleitenden Vorträge des 26. Deutschen Naturschutztages in Hannover (17.-21.06.2002). Das Thema der Gesamtveranstaltung lautete 'Biologische Vielfalt – Leben in und mit der Natur'; es sollte also um Biodiversität gehen, aber im Einführungssymposium behandelten drei von vier Vorträgen das Thema Nachhaltigkeit.

Wir wollen diese zentrale Rolle der Nachhaltigkeit im Naturschutz behandeln, um dann die Verbindung zur biologischen Vielfalt herzustellen. Es sollen jedoch keine altbekannten Glaubenssätze reproduziert, sondern es soll die Frage gestellt werden, was sich an verborgenen Auffassungen hinter der inflationären Rede über Nachhaltigkeit verbirgt.

Was interessiert an diesem Hintergrund? Wir gehen davon aus, dass das derzeitige Akzeptanzdefizit des Naturschutzes wesentlich dadurch geprägt ist, dass der Naturschutz für bestimmte kulturelle Überzeugungen eintritt, die er nicht eigens thematisiert. Stattdessen werden mit naturwissenschaftlichen Argumenten Sachzwänge erzeugt, d. h. 'Naturzwänge' konstatiert, wo in Wirklichkeit gesellschaftliche Ideale wirken. Konflikte im Naturschutz sind daher sehr oft Überzeugungskonflikte, die aber als Konflikte über angebliche Naturtatbestände kodiert werden, aus denen sich die Interessen des Naturschutzes angeblich wertfrei ableiten lassen. Dieses Schema zeigt sich auch in der Nachhaltigkeitsdebatte: Nachhaltigkeit ist eine Sache der guten Gesinnung, einer Gesinnung, die die Gesetze der Natur achtet. Daher ist nicht selten explizit von der Notwendigkeit einer Nachhaltigkeitsgesinnung die Rede, gesprochen wird aber meistens über Ressourcenschutz.

Ferner wollen wir behandeln, wie durch die Struktur juristisch normierter demokratischer Politik der Zwang zur Sachlichkeit entsteht. Dieser Zwang ist die Ursache dafür, dass Ideale als Sachzwänge ausgegeben werden. Andere Interessen, solche am 'guten Leben' zusammen mit der Natur, werden in den Hintergrund gedrängt. Sie fristen ihr Dasein in Sonntagsreden und als rhetorische Ausschmückungen ansonsten technokratischer

Konzepte, obwohl sie in ihrem Kern eine tief verankerte Motivationsgrundlage des Naturschutzes darstellen.

Die beiden Themenfelder Nachhaltigkeit und Biodiversität sind auf den ersten Blick sehr unterschiedlich: Biologische Vielfalt umfasst – wie der Begriff sagt – eine biologische, also naturwissenschaftliche Thematik, die sich streng genommen von Werthaltungen lösen müsste. Das ist die eine Seite. Auf der anderen Seite steht die derzeit dominierende Wertschätzung der biologischen Vielfalt oder der Artenvielfalt als der unhinterfragten Inbegriffe alles Guten. Diese Seite unterteilt sich in zwei Aspekte: Einerseits lässt sich diese Wertschätzung auf den Verwissenschaftlichungsprozess des Naturschutzes seit dem Zweiten Weltkrieg zurückführen, in dessen Zuge kulturelle Zielsetzungen im Naturschutz als subjektive Entscheidungen und damit letztlich unsachliche Argumentationen eliminiert wurden. In die Lücke stieß die Naturwissenschaft mit objektiven Erfahrungstatsachen. In diesem Rahmen machte die Idee der Biodiversität Karriere. Somit verdankt sie ihre *Relevanz* nicht etwa der Geltung naturwissenschaftlicher Theorien, sondern dem Versuch, den Naturschutz zu demokratisieren. Das bedeutete, die Verbindung des Naturschutzes mit dem Heimatschutz zu zerstören und die ökologische Theorie über das Verhältnis von Stabilität und Diversität für die Unerlässlichkeit von Naturschutz zu bemühen. Von diesem Zeitpunkt an sah es so aus, als begründete sich die Notwendigkeit von Diversität aus dem zunehmenden Mangel an Diversität; das Schutzanliegen folgte unversehens aus der Natur selbst.

Der andere Aspekt besteht darin, dass diese objektive, naturwissenschaftliche Gestalt der Diversität nicht nur auf der Ebene der Relevanz politisch induziert wird, sondern auch auf der inhaltlichen Ebene. Genau in dem Moment, in dem man den Naturschutz durch strikte 'Ökologisierung' politisch respektabel gemacht hatte und das Ergebnis wie ein Naturzwang daher kam, hatte man sich diejenigen Werte und Ideale, die man hatte verdrängen wollen, unerkannt wieder eingefangen. Dieser unbewusste Selbstbetrug soll in diesem Text aufgedeckt werden, indem gezeigt wird, wie der Arten- und Biotopschutz dem traditionellen heimatschützerischen Eigenartsdenken entspringt. Da ökologische Theorien wenig gesicherte Aussagen zum Verhältnis von Artenvielfalt und Ökosystemfunktionen erlauben, landen die allermeisten Naturschutzkonzeptionen bei einer physiognomischen Typisierung von 'Lebensräumen' und Lebensformen, also bei Biotoptypen. Diesen Typen wird dann eine funktionale Intaktheit und damit Schutzwürdigkeit unterstellt. Die Plausibilität dieses völlig ungesicherten Verhältnisses von Biotoptypen und (wünschenswerten) Ökosystemfunktionen entstammt jenem Eigenartsdenken und damit einem *kulturellen* und nicht ökologischen Kontext: Die Natur scheint intakt zu sein, weil sie Eigenart, d. h. charaktervolle und vielfältige Gestalten ausbildet. Diese bildhafte Intaktheit wird dann mit einer funktionalen identifiziert. Plausibel erscheint dieser völlig hypothetische Schluss, gegen den zahlreiche empirische Gegenbeispiele ins Feld geführt werden können, weil wir uns eine intakte, d. h. qualitätsvolle und wahrhaft humane Welt gar nicht anders vorstellen können, als dass sie sich harmonisch in möglichst vielfältige und

charakteristische landschaftliche Räume unterteilt. Die Biotopnatur wird zum Inbegriff einer heilen Welt, und entsprechend spricht man ja auch in der Alltagssprache von einem Biotop, wenn man einen besonderen lebensweltlichen Ort bezeichnen will.

Demgegenüber wird Nachhaltigkeit sehr viel stärker offen als politisches und vor allem moralisch-normatives Programm vertreten. Unsere These lautet, dass das Thema Nachhaltigkeit nun den politischen Geltungsverlust, den der Naturschutz durch seine Orientierung an rein naturwissenschaftlichen Begründungen erlitten hat, wieder wettmachen soll. Die Idee der Nachhaltigkeit trägt den verdrängten kulturellen Sinn derjenigen naturwissenschaftlichen Theorien, die dem Naturschutz unverdächtige Geltung verschaffen sollen. Aber trotzdem soll nicht auf den Schein der objektiven Naturnotwendigkeit des Naturschutzes verzichtet werden. Das Ergebnis ist zum einen, dass bei Nachhaltigkeit meist nur über die Nutzung von Ressourcen gesprochen wird, dennoch aber auch im Subtext über ein sinnvolles Leben. Daher ist die Einführung einer Nachhaltigkeitsgesinnung notwendig. Zum anderen wird eine diffuse zirkuläre Vermischung von wechselseitigen Begründungen zwischen Biodiversität und Nachhaltigkeit hergestellt (vgl. auch WBGU 1999).

Damit wollen wir uns zunächst anhand eines Textes zur Nachhaltigkeit befassen. Hier zeigen sich die normativen Grundlagen des Naturschutzes in seltener Deutlichkeit, insofern mit der Nachhaltigkeitsthematik das alte und durch die Ökologisierung verdrängte kulturelle Programm des Naturschutzes wiederkehrt. Diese Neuauflage werten wir als ein Indiz für die weltanschauliche Beständigkeit dieses Kulturprogramms. Wir möchten betonen, dass bei der Darstellung dieses Programms, seiner politischen Herkunft und der Darlegung der Widersprüche in den Naturschutzargumentationen nicht das Interesse an nachhaltigen Lebensformen und an der Vielfalt der Natur generell in Frage gestellt werden soll, weil es wohl erstens kaum einen Zweifel geben kann, dass der sog. westliche Lebensstil in seiner derzeitigen Form im globalen Maßstab nicht zukunftsfähig ist. Zweitens betrachten wir die Idee, dass sich das Leben in immer weiter entwickelter, mit Eigenart ausgezeichnete Vielfalt entfaltet, als respektables humanistisches Gedankengut. Wir halten es auch drittens für eine Chance, dass mit den Themen Nachhaltigkeit und Biodiversität internationale Politikfelder etabliert wurden, die die unterschiedlichsten Interessengruppierungen an einen Tisch gebracht haben. Gerade aber die *politische* und *soziale* Dimension dieser Themen sollte Anlass genug sein, ihre politischen und geschichtsphilosophischen Voraussetzungen offen zu diskutieren, statt sie hinter scheinbar naturwissenschaftlichen Theorien zu verbergen.

Es soll daher vor allem die kulturtheoretische Unbedarftheit und Reflexionslosigkeit des Naturschutzes kritisiert werden, aufgrund derer er sich strategisch völlig verheddert: Aus guten politischen Gründen wird das (alte völkische) Kulturprogramm durch Naturwissenschaft ersetzt. Die in der Folge dominierende Idee über Natur (Vielfalt) ist einerseits in ihrem Objektivitätsstatus unglaubwürdig und andererseits mit der (politisch gemeinten) Idee der Nachhaltigkeit zirkulär verbunden. Denn Diversität erfordert Nachhaltigkeit, und

Nachhaltigkeit erfordert Diversität. Und diejenige Argumentation, die die alte Heimatidee durch naturwissenschaftliche Theorie ersetzen sollte (Vielfalt), ist mit dieser weltanschaulich wegen der weiter bestehenden Relevanz der Idee der Eigenart identisch. Das wird deutlich, wenn man die Idee der Vielfalt auf die der Nachhaltigkeit zurückführt und diese auf die Idee der Heimat bzw. auf deren Bedeutungsumfeld. Wenn man davon ausgeht, dass Akzeptanz und lebensweltliche Vermittlung von Naturschutz nicht sozialtechnisch durch so genannte Akzeptanzbeschaffungsmaßnahmen in Werbekampagnen für die Natur erhältlich sind, sondern nur durch glaubwürdige Argumente, dann ergibt sich daraus das Anliegen der Aufklärung der beschriebenen Undurchsichtigkeiten.

Wir wollen im Folgenden den 'kulturellen Urgrund' des Naturschutzes herausarbeiten und demonstrieren, dass Naturschutz im Gegensatz zum technologisch betriebenen Umweltschutz immer auch ein Diskurs über das 'gute Leben' war und ist. Das macht auch – trotz des vorherrschenden hermetischen Schutzverständnisses und der z. T. scheinobjektiven Begründungen – die Faszination des Naturschutzes für all diejenigen aus, die von der Politik mehr als ein technokratisches Krisenmanagement erwarten. Dieser Diskurs muss geführt werden.

Nachhaltigkeit als moralisches Interesse und altbekannte Idee

Die Literatur über Nachhaltigkeit ist Legion, und dennoch oder vielleicht gerade deshalb ist der Inhalt dieses Begriffs relativ diffus geblieben (vgl. Haber 1993, Kastenholz et al. 1996, Ott 2001). Nachhaltigkeit umfasst ökologische, ökonomische und soziokulturelle Aspekte, die auch die drei Säulen der Nachhaltigkeit genannt werden. Ihre Beziehungen zueinander sind jedoch weitgehend unklar (vgl. Jörissn et al. 2000). Dagegen sind die moralischen Implikationen dieses Begriffs – so weltumfassend und diffus sie oft auftreten mögen – präzise charakterisierbar.

Die normative Stoßrichtung des Nachhaltigkeitskonzepts besteht darin, dass die Menschen lernen müssen, ihre Ökonomie in die Natur bzw. in den evolutionären natürlichen Prozess „in Raum und Zeit klug und effizient *einzufügen*“ (Busch-Lüty 1995, 115). Sich klug einzufügen bedeutet keineswegs nur effizient die natürlichen Ressourcen zu managen. Im Gegenteil: Nachhaltiges Wirtschaften wird gegen einen rein ökonomischen Umgang mit der Natur abgegrenzt; damit wird gegen den Anspruch der neoklassischen Schule Position bezogen. Diese Position will ebenfalls einen langfristig schutzwirksamen Umgang mit der Natur bewirken. Sie will nämlich durch Optimierung der mikroökonomischen Allokation der Umwelt als knappes Gut unter der Bedingung 'ökologisch wahrer Preise' die ökologische Problematik in den Griff bekommen (ebd., 116). Kritisiert wird an der Neoklassik vor allem, dass dort und speziell in amerikanischen Theorieansätzen davon ausgegangen wird, das Naturkapital sei weitgehend durch menschengemachtes künstliches Kapital substituierbar, weil diese Substituierbarkeit als ein quantitatives Problem angesehen werde. Der Grund dafür sei, dass anthropozentrisch definierte

Verwertungsinteressen gegenüber einer nur mechanistisch gesehenen Natur dominierten (ebd., 116 f.).

Von der Neoklassik unterscheidet sich nach Busch-Lüty dasjenige Prinzip der Nachhaltigkeit, das im deutschen Kulturraum in der Forst- und Agrarwirtschaft eine lange Tradition habe. Die kluge und damit nicht allein abstrakt beherrschende, sondern subtile Einfügung menschlicher Nutzungsformen in die Natur, die Anerkennung der erhaltenden Nutzung der natürlichen Lebensgrundlagen durch den Menschen als hochkomplexes Lebensprinzip im Umgang mit lebender Natur beinhalte sowohl die „quantitative als auch qualitative Substanzerhaltung der natürlichen Potentiale“ (ebd., 117). Diese Art der Nutzung sei keineswegs nur statisch, sondern dynamisch im Sinne der „*Erhaltung und Mehrung* von Reproduktionskraft, Resilienz und Evolutionsfähigkeit der Naturpotentiale“ (ebd.). Es geht also um „qualitative Entwicklung“ (ebd.) als „*Gesunderhaltung* der Biosysteme“ (ebd.) und ihrer evolutionären Entwicklungsmöglichkeit. Das wird als „prozessuale Gestaltungsaufgabe“ bezeichnet (ebd., 119), und da die Einsicht in diese Prinzipien als normatives Konzept auf ethischer Grundlage verstanden wird, wird auch von „Nachhaltigkeits-Gesinnung“ (ebd.) gesprochen.

Damit wird deutlich, dass grundsätzlich von zwei Nachhaltigkeitskonzeptionen ausgegangen werden kann: der neoklassischen, nutzenorientierten und tendenziell technokratischen, die allgemein als 'schwache' Nachhaltigkeit bezeichnet wird, und einer Konzeption, die beansprucht, die Natur neben ihren quantitativen vor allem in ihren qualitativen Eigenschaften zu erhalten und zu vermehren. Diese Konzeption wird 'starke' Nachhaltigkeit genannt (vgl. z. B. Ott 2001). Auf die Verankerung der angesprochenen Nachhaltigkeitsgesinnung im spezifisch deutschen Denken wird noch zurückgekommen: Sie wird von Busch-Lüty unter Bezug auf Kuhn als paradigmatischer Umbruch in der Ökonomie vorgestellt (Busch-Lüty 1995, 119), der das überholte Newtonsche Weltbild – und im Verein damit das beherrschende patriarchalische westliche Denken – dergestalt ablösen soll, dass die Natur nicht allein als Grundlage von Produktiv- und Wertschöpfungsprozessen, sondern im Rahmen einer ganzheitlichen Natursicht auch als Lebenswelt des Menschen und aller anderen Lebewesen angesehen wird (ebd., 120).

Derartige Denkmuster sind aus zivilisationskritischen Kontexten wohlbekannt. Die Rekonstruktion der hinter den 'offiziellen' Verlautbarungen liegenden kulturellen und politischen Interessen kann also nicht in der unreflektierten Übernahme altbekannter Argumentationen bestehen, sondern muss grundsätzlich diese Kontexte mitbedenken. Hier soll zunächst festgehalten werden, dass die notwendige Aufgabe in der vorwiegend qualitativen Verbesserung der menschlichen Lebenswelt im Einklang mit den Entwicklungsmöglichkeiten der natürlichen Potentiale gesehen wird. Die Aufgabe ist ein *Gestaltungsanliegen*, und 'Gestaltung' war für den Naturschutz in der Tradition des Heimatschutzes ein zentraler Begriff.

Aber von der Ökologie als Naturwissenschaft sind definitionsgemäß die erhofften sinnstiftenden Erkenntnisse für das richtige Leben nicht zu erwarten. Die Alternative bietet

sich ohnehin an: Da die durch die Idee der Nachhaltigkeit aufgeworfene Problematik keine ökologische ist, kann sie nur noch eine kulturelle und soziale sein, die politisch umgesetzt werden müsste. Das ist auch der Grund dafür, dass das Nachhaltigkeitsthema explizit als ein normatives transparent gemacht werden muss. Andernfalls kann es nicht in den demokratischen Diskurs eingeführt werden. Wenn also beispielsweise „über den naturalistischen Lebensbegriff der Biologie hinausgehend“ ein „ganzheitlicher Begriff des ‚guten Lebens‘“ formuliert werden soll (ebd., 125), dann muss verdeutlicht werden, was ‚ganzheitlich‘ genau heißt, auf welche Kultur- oder Gesellschaftstheorien man sich bezieht – ökologische Theorien wären ausgeschlossen – und welche Lebensideale entsprechend vertreten werden, wenn Nachhaltigkeit zur allgemein verpflichtenden gesellschaftlichen Norm wird, die sowohl moralisch als auch juristisch umgesetzt werden soll. Oder aber die Forderung nach (starker) Nachhaltigkeit bleibt weiterhin eine „zwar konsensstiftende, aber höchst unbestimmte Leerformel“ (ebd., 118), die dem technischen und nutzenorientierten Umgang mit den natürlichen Ressourcen nichts entgegen zu setzen hat.

Es ist deutlich, dass die erforderliche Lebensnähe (starker) nachhaltiger Naturnutzung zu der Forderung führen muss, sie sei vorrangig vor Ort in der konkreten Lebenswelt zu praktizieren. Damit ergibt sich bei einem qualitativ gestaltenden Ansatz zwangsläufig eine Verbindung von soziokulturellen Interessen mit den Entwicklungsmöglichkeiten konkreter Räume. Nachhaltigkeit wird damit zu einer im Grundsatz geographischen Problematik – zumindest wenn man vom klassischen kulturlandschaftlichen Paradigma ausgeht. Damit ergibt sich auch die Verbindung zum Arten- und Biotopschutz als Typisierung von ‚Lebensräumen‘ und Lebensformen, so dass Landschaft zum verbindenden Begriff zwischen der Nachhaltigkeits- und Biodiversitätsdebatte wird. Wegen dieser dann grundsätzlich kulturlandschaftlichen Problematik sieht Busch-Lüty in der Geographie „mit ihrer Doppelsicht auf physio- und anthropogeographische Sachverhalte im gemeinsamen Bezug zum Raum“ mögliche Muster für „transdisziplinär-intergrative Ansätze in einer Fachwissenschaft“ (ebd., 124).

Diese normative und im Hinblick auf die Verwirklichung des ‚guten Lebens‘ ‚euphorisch‘ zu bezeichnenden Interdisziplinarität, die auf Basis einer integrativen Umweltwissenschaft das Umweltproblem lösen soll, ist zum einen aus der Landschaftsplanung hinlänglich bekannt, dort aber gescheitert. Hier zeigte sich, dass deren Einzeldisziplinen keineswegs sich dem moralischen Postulat zur gemeinschaftlichen Lösung des Umweltproblems unterwarfen, sondern vielmehr dieses aus ihrer jeweiligen speziellen Fachperspektive definierten und bearbeiteten, weil die Reputationskriterien, Forschungsschulen usw. disziplinär orientiert sind. Interdisziplinarität war allenfalls als ‚pragmatische‘ möglich, d. h. als fallbezogene Zusammenarbeit bei der Lösung konkreter Probleme (vgl. Eisel 1992). Zum anderen hat es in der Geographie nach 1968 eine ausführliche Diskussion über die sog. Einheit der Geographie und eine ebenso ausführliche Kritik an der Schimäre dieser Einheit im Rahmen des landschaftskundlichen Paradigmas gegeben (vgl. beispielhaft Bartels 1968, Bestandsaufnahme 1969, Eisel 1987, Hard 1973, Schultz 1980).

Wir wollen nun zeigen, dass sich das geographische Paradigma der Idee einer Verbindung von menschlichen Lebenswelten mit konkreten natürlichen Räumen, also der Verbindung von 'Land und Leuten', verdankt; diese Denkfigur tritt im klassischen Naturschutz als Heimatschutz auf. Danach soll die Nachhaltigkeitsdebatte auf den im Land-und-Leute-Paradigma auftretenden Geschichts- und Kulturbegriff zurückgeführt werden.

Von seinen Anfängen her ist dieses Paradigma im Naturschutz mit zivilisationskritischen und antidemokratischen Interessen verbunden, so dass es keinesfalls unreflektiert wieder aufgegriffen werden kann. Wir werden dann zeigen, wie dieser Kulturbegriff aufgrund der Funktionsweise demokratischer Politik nach dem Zweiten Weltkrieg als irrationale Haltung abgestempelt und verdrängt wurde, so dass die Wertschätzung vorzugsweise kultureller Vielfalt der Wertschätzung biologischer Vielfalt als Inbegriff alles Guten wich.

Das Kultur- und Geschichtsverständnis im Naturschutz: Heimat schaffen in einer modernen Welt

Der Naturschutz formiert sich in seinen Anfängen bei Ernst Rudorff als Heimatschutz. Rudorff (1897) ist maßgeblich von der Theorie Riehls geprägt, der in der aktuellen Debatte um die Einrichtung von Wildnisgebieten immer wieder wegen seiner Forderung nach einem 'Recht der Wildnis' zitiert wird. Riehl vertritt nach der gescheiterten bürgerlichen Revolution von 1848 eine Gesellschaftsauffassung, die er im Vorwort seines Buches als „social-politische(n) Conservatismus“ (Riehl 1854; Vorwort, ohne Seitenangabe) bezeichnet, der nicht nur die Besonderheiten der einzelnen deutschen Volksstämme berücksichtige, sondern auch diese Besonderheit in Verbindung mit den örtlichen Besonderheiten des Landes setze. Riehl positioniert sich mit dieser Gesellschaftstheorie, die auf Herders Geschichtsphilosophie zurückgeht, politisch gegen das egalitäre und universalistische Gesellschaftsmodell der Französischen Revolution, um einen Entwurf der „sozialen Ethnographie von Deutschland“ zu schreiben, der die bürgerliche Gesellschaft besser verstehen helfe: „Erst aus den individuellen Beziehungen von *Land und Leuten* entwickelt sich die kulturgeschichtliche Abstraction der bürgerlichen Gesellschaft.“ (Riehl 1854, Vorwort, ohne Seitenangabe)

Dem französischen Gesellschaftsmodell wird vorgeworfen, von jeder örtlichen und völkischen Eigenart zu abstrahieren und die verstehende Untersuchung des Volksorganismus durch die abstrakte Konstruktion eines Gesellschaftsvertrages ersetzen zu wollen: „In Frankreich tritt der epochemachende Meister einer *Construction* der Gesellschaft auf: Rousseau. Nicht die Untersuchung des Volksorganismus als einer historischen Tatsache, sondern das Phantasiebild eines 'Gesellschaftsvertrags' stellt er an die Spitze seiner neuen Gesellschaftswissenschaft. Die soziale Politik wird zur sozialistischen.“ (ebd., 9) Das „Naturrecht der Gesellschaft“, d. h. die Proklamation universeller Gleichheit und Menschenrechte, werde stärker beachtet als ihre „Naturgeschichte“, die die „natürliche

Ungleichheit der Gesellschaftsgruppen“ belege (ebd., 10).

Riehl formuliert die konservative Zivilisationskritik also einerseits explizit gegen die philosophische und politische Basis der bürgerlichen Demokratie; andererseits wählt er weder die staatstheoretische noch die geschichtsphilosophische Ebene, um seine Kritik zu artikulieren. Er besetzt ein Übergangsbereich zwischen Geographie und Volkskunde, dessen Gegenstand – wie er es nannte – 'Land und Leute' hieß. Je nach Schwerpunktverlagerung wurden die beiden Aspekte dieser Konjunktion in der geographischen Landschafts- und Länderkunde oder aber in der Volkskunde behandelt. Für die Geographie wurde die politisch-philosophische Grundstruktur dieses 'Land-und-Leute-Paradigmas' bereits kritisch rekonstruiert (z. B. Eisel 1980 oder Schultz 1980).

Diese Idee einer individuell-harmonischen Einheit von 'Land und Leuten' geht auf Herder zurück: Im Rahmen einer Kritik am sog. abstrakten Vernunftglauben der Aufklärung und am formalen Individualismus des Liberalismus formulierte er eine Geschichtsphilosophie der konkreten Vernunft und der qualitativ gehaltvollen Vereinzelung. Gegen die Reduktion des Verstehens von Natur auf die Erklärung ihrer Erscheinungen durch kausale Beziehungen in einem mechanischen System wurde die Idee eines konkreten Ganzen ganz anderer Art gesetzt. Herder knüpfte dazu an die Idee der Monade bei Leibniz an. Monaden sind abgeschlossene, in ihrer Existenz einmalige und in ihrer Jeweiligkeit vollkommene Entwicklungseinheiten im Rahmen einer 'prästabilierten Harmonie'. Sie sind demnach 'Individuen', d. h. im Verhältnis zwischen Körper und Geist, Leib und Seele, Gesetz und Freiheit, Notwendigkeit und Möglichkeit, Ordnung und Beliebigkeit usw. unteilbare Entwicklungsexemplare. Wenn man diese Denkstruktur geschichtsphilosophisch nutzt, ergeben sich Erdräume (Körper, Leib), die Kulturen (Geist, Seele) beherbergen, Gemeinschaften, die ihre Eigenart dadurch entwickeln, dass sie die umgebende Natur konkret beherrschen. Sie gehorchen ihr in dem, was die allgemeinen Naturgesetze dort an Möglichkeiten bieten, nicht in dem, was diese konkreten Möglichkeiten durch Verallgemeinerung universell, d. h. an jedem Ort gleichermaßen, eröffnen würden. So entsteht die 'idiographische', d. h. das Besondere betonende Vorstellung von einmaligen, geschlossenen Systemen von 'Land und Leuten'. Diese kulturlandschaftlich-historischen Monaden sind Individuen eines teleologischen Entwicklungsprozesses, der als Ganzes selbst wieder wie das Leben eines Individuums aufgefasst werden kann. Solche Systeme haben eine Identität und eigene Logik in der Besonderung und dennoch einen Grad von Allgemeinheit durch hohe Zivilisation und Kunst erreicht. Kulturen, die ein Höchstmaß an ästhetischer und politischer Entwicklung, d. h. geistiger Ablösung durch nicht-abstrakte Naturbeherrschung erreichen, sind die gelungenen Vorbilder von Geschichte. 'Vernunft' ist daher nicht ein Abstraktionstypus, sondern ein Prinzip, das Allgemeinheit durch 'Humanität' herstellt, und das sind immer individuelle konkrete Lösungen eines Problems. Insofern ist Vernunft immer inspiriert durch 'das einfache konkrete Leben'. Dieses Leben hat dominierend den Aspekt des befolgtten Maßes (göttlichen Willens) in sich selbst. Allgemeiner Fortschritt besteht eher aus 'Glück' in 'organischen'

Anpassungssystemen als aus dem bedingungslosen Wachstum allgemeiner Macht über die Natur. Das 'Ganze' wird zwar als zweckmäßige Evolution begriffen, aber zweckmäßig hinsichtlich der Ausformung harmonischer lebensräumlicher Einheiten, also gerade nicht auf 'Fortschritt' gerichtet, sondern auf singuläre Klassizität von Raum und Geschichte. Länder sind der organische Leib der kulturellen Entwicklung, und die Erde ist das Wohnhaus des Menschengeschlechts. Erde und Menschen entwickeln sich gemeinsam als 'Organismus'; aber das gelingt nur, wenn die allgemeine Tendenz in der Individualisierung und Regionalisierung aller Gesetzmäßigkeiten besteht (vgl. Eisel 1980, 282-284).

Damit ist deutlich, wie die kulturelle Entwicklung als Verwirklichung des 'guten Lebens' diesem Modell zufolge gedacht wird: Es geht um die einfühlsame Entwicklung natürlicher Möglichkeiten als Verwirklichung von Humanität in konkreten Räumen. Mit diesem humanistischen Kulturideal geht aber zugleich ein theoretisches Unverständnis für die universalistische Tendenz des Industriekapitals und des Weltmarktes sowie der rationalistischen Aufklärung einher, denn sowohl das Kapital als auch die Aufklärung und der Liberalismus werden für einen rationalistischen und damit weder einfühlbaren noch klugen Umgang mit der Natur verantwortlich gemacht.

Es wird aber auch plausibel, weshalb in eine 'schwache', auf die ökonomische Substituierbarkeit der Natur gerichtete und eine 'starke', auf die Bewahrung und gestaltende Vermehrung natürlicher Lebensqualitäten gerichtete Nachhaltigkeit unterschieden wird bzw. unterschieden werden muss, wenn sich eine politisch differenzierte Positionierung im Diskurs über Nachhaltigkeit aufbaut: Eine formaldemokratische und mit der Kapitalverwertung kompatible Strategie, die sich mit einem liberalen Weltbild verbinden kann, muss sich im Verein mit und zugleich gegenüber einer humanistischen, konservativen Strategie einstellen. Ebenso ist erkennbar, weswegen eine 'subtile' Unterscheidung zwischen der angelsächsisch-amerikanischen und der deutschen Nachhaltigkeitstradition vermerkt wird. Die Grundstruktur dieser geschichtsphilosophischen Basis von Geographie und Volkskunde als einfühlsame Entwicklung von individueller Natur und Humanität in konkreten Räumen ist äquivalent mit der Heimatidee im Naturschutz bzw. mit der Idee der Heimat schlechthin. Die Problemlage des Naturschutzes als Heimatschutz bestand in genau der Position, die die idiographische Geschichtsphilosophie mit ihren zentralen Begriffen von Land, Landschaft, Volkscharakter, Raum usw. gegen die industriekapitalistische und demokratische Moderne aufbaute.

Damit ist zunächst eine politische Brisanz des Heimatschutzes festzuhalten, die von der Idee der harmonischen Übereinstimmung des Einzelnen mit dem Organismus des Volkes und der Landschaft verursacht wurde. Heimatschutz war Bestandteil der konservativen Kritik an der Moderne, d. h. an der bedingungslosen Entwicklung der technischen Zivilisation und am Egalitätsprinzip der Demokratie. Beides galt und gilt heute noch als Ausdruck von Unkultur, d. h. von maßloser Vernichtung regionaler, durch Eigenart und Vielfalt ausgezeichnete Kultur, und diese Position gerät zwingend ins politische Rechtsaußen, wenn sie nicht reflektiert und ausschließlich im Hinblick auf pragmatische

Begründbarkeit formuliert wird (symptomatisch Falter/Hasse 2001, 2001a; vgl. dazu Gelinsky 2001, Eisel 2001, Hard 2001, 2001a, Körner 2001).

Es liegt damit zunächst nahe, das im Laufe der Geschichte in ein konservatives Gesellschaftsverständnis integrierte humanistische Kulturideal als ein rückwärtsgewandtes Interesse zu klassifizieren. *Politisch* trifft dieser Vorwurf gegenüber dem Heimatschutz zu; das humanistische Kultur- und Geschichtsideal ist aber älter als diese antimoderne Institution der Moderne des ausgehenden 19. Jahrhunderts, so dass es von einer ausschließlich politisch motivierten Kritik nie ganz erreicht wird. Der von Leibniz her aus der christlichen Metaphysik kommende, geschichtsphilosophisch gewendete humanistische Individualitätsbegriff, der die moderne Idee der Heimat steuert, liegt gewissermaßen zugleich noch unterhalb dieser politischen Ebene auf der Ebene der kulturellen und existenziellen Sinnhaftigkeit. Daher ist zwischen politischer und kultureller Praxis zu unterscheiden. Der politischen Praxis gehört der Begriff der *Planung* (z. B. der Umweltpolitik) an, der kulturellen Praxis der Begriff der *Gestaltung*. Die Antimoderne zeichnet sich dadurch aus, dass sie die gestaltende Praxis zum politischen Programm erklärt hat. Wir wollen deshalb im Weiteren zeigen, wie der Gestaltungsbegriff des Heimatschutzes inhaltlich gefüllt und praktisch umgesetzt wurde. Was heutzutage verhältnismäßig abstrakt als eine nachhaltige, auf konkrete Lebensorte bezogene Gestaltungspraxis bezeichnet wird, wurde vor dem Zweiten Weltkrieg – politisch motiviert – als eine konkret landschaftsarchitektonische Praxis der Ausgestaltung natürlicher und kultureller Eigenart verstanden.

Der Gestaltungsbegriff des Heimatschutzes: mit neuen Mitteln das Alte veredeln

Auf der *praktischen* Ebene der Landschaftsgestaltung vertrat der Heimatschutz spätestens von der zweiten Generation zu Beginn des 20. Jahrhundert an bei aller Traditionsverbundenheit keinesfalls eine heimattümelnde Schutzmentalität, sondern war im Gegenteil der Industrie sogar ausgesprochen gewogen: Er formulierte das Programm, die vorhandene landschaftliche Eigenart weiter in zeitgemäßer Form auszugestalten, ohne dass dabei das 'Wesen' der modernen Technik, die man nicht mehr aus der Welt schaffen konnte, verleugnet würde. Allein deren '*unschöpferischer*' Einsatz wurde als Ursache der Landschaftszerstörung und damit der Zerstörung von Kultur und Natur angesehen (vgl. z. B. Gradmann 1910, Lindner 1926, Schultze-Naumburg 1908, 1909, 1909a, 1916, 1917). Heimatschutz war daher in ein *funktional-gestalterisches* Problemverständnis der immer weiteren Ausgestaltung der Eigenart von Landschaften mit modernen Mitteln eingebunden. Funktionalismus bedeutet hier, dass der schöpferischen, an menschliche Funktionsinteressen gebundenen künstlerischen Gestaltung eine maßgebliche Rolle eingeräumt wurde, um individuelle Lösungen verwirklichen zu können. Die notwendige Individualität sollte sich zum einen aus den konkreten Nutzeninteressen und zum anderen – im

Gegensatz zum Funktionalismus des Neuen Bauens – aus dem landschaftlichen Kontext einer Baumaßnahme ergeben, um so die Eigenart der landschaftlichen Natur idealtypisch weiter auszugestalten. Ein *Typ* stellt die gestalthafte Synthese aus allgemeinen Nutzeninteressen und individueller Vorbildlichkeit der Präsentation des Allgemeinen dar. Überträgt man das auf den Arten- und Biotopschutz, dann ist ein *Typ* eine charakteristische, d. h. gestalthaft abgrenzbare Einheit von 'Lebensraum' und Lebensformen. Vorzugsweise die traditionelle Architektur wurde, wie man besonders bei Schultze-Naumburg nachlesen kann, als Ausdruck eines hohen Maßes an im Alltagsgebrauch bewährter Zweckmäßigkeit angesehen, die sich in einer 'organischen' Gestalt ausdrückt. Gestaltung sollte daher den durch die Tradition vorgegebenen typischen Stil immer wieder neu anwenden und dabei behutsam weiterentwickeln. Das bedeutete aber nicht etwa einen Verzicht auf neue Materialien oder Techniken, sondern nur eine Strategie, mit diesen universellen Mitteln Idealtypisches zu schaffen, das immer auch eine Angemessenheit, eine Bindung an Herkunft oder höhere Werte verwirklicht.

Damit zeigt sich, dass aus dem humanistischen Kulturideal ein Gestaltungsbegriff abgeleitet werden kann, der die Definitionskriterien nachhaltiger Gestaltung erfüllt und präzisiert: Er geht von einer lokalen Bindung von Natur und Kultur aus und versteht die qualitative Erhaltung und Weiterentwicklung natürlicher Möglichkeiten dahingehend, dass die landschaftliche Eigenart weiter zu vervollkommen ist. Menschliche Funktionsinteressen werden daher nicht als rein ökonomische Nutzenkalküle verstanden, sondern als einfühlsam-kluge, d. h. alltagspraktisch und auf die Ausgestaltung der überlieferten landschaftlichen Eigenart und Bautypik orientierte Kulturtätigkeit, die die Natur als Kulturlandschaft erst zu dem macht, was sie von ihren Anlagen her werden kann.

Das Wissen um diesen Kultur- und Gestaltungsbegriff wurde im Naturschutz nach dem Zweiten Weltkrieg aus politisch verständlichen Gründen zunehmend unterdrückt, so dass der Gestaltungsbegriff in der Nachhaltigkeitsdebatte immer merkwürdig diffus bleibt: Die alten humanistischen Ideale und organologischen Metaphern durchziehen immer wieder als Untertöne die Diskussion, obwohl nun der Handlungszwang und die Handlungsweise aus dem vielfältigen Wesen der Natur (und der Krise ihres natürlichen Daseins) sowie unter Verweis auf den Einsatz einer modernen, unideologischen ökologisch-empirischen Forschung begründet wird. Der Grund für die bereits angedeutete Verdrängung ist, dass Heimatschutz zwar weiterhin als ein ehrenwertes Interesse angesehen wurde, der Naturschutz aber zunehmend auf eine sachliche, demokratisch vermittelbare Basis gestellt werden sollte. Dies galt umso mehr, als sich der Heimatschutz im Nationalsozialismus mit einer antidemokratischen und rassistischen Politik verbunden hatte. Diese Versachlichung des Naturschutzes führte zu naturalistischen Argumentationsmustern und zur Karriere des Begriffs der Artenvielfalt als eines scheinbar rational zwingend vermittelbaren Naturschutzarguments. Damit ergibt sich eine Verschiebung der strategischen Stoßrichtung: Nicht die Gesellschaft *will* bestimmte Naturzustände und Landschaftsbilder, sondern die Natur soll sie angeblich *benötigen*. Mit dem Arten- und Biotopschutz setzte

sich eine konservierende Schutzmentalität durch, die jetzt aber mit dem Nachhaltigkeitskonzept als einem gestalterischen Entwurf wieder durchbrochen werden soll.

Diese deutliche Schwerpunktverlagerung der Begründung für Naturschutz in einer undeutlichen Debatte ist rational rekonstruierbar. Das beschriebene humanistische Ideal der sich entwickelnden Individualität in einer Welt der prästabilisierten Harmonie gibt die Basis sowohl für die politische und landschaftsarchitektonische Gestaltungsidee als auch für den Begriff nachhaltiger Entwicklung, aber auch für den Heimatbegriff ab. Ebenso ist es die Grundlage desjenigen naturwissenschaftlichen Begriffs der Artenvielfalt, mit dem einerseits die Heimat und die Landschaftsgestaltung aus dem Naturschutz vertrieben wurden (vgl. auch Körner 2002) und andererseits die Nachhaltigkeit an deren Stelle gesetzt wurde. Denn jene humanistische Idee individueller Eigenart, die dem Gleichheitsideal der Demokratie und dem Gleichförmigkeitsideal der Industrie entgegengestellt wurde, die Präferenz für das Typische, ist die eine Seite der Medaille. Die andere Seite ist zwingend die Vielfalt. Nur wenn die allgemeine Geltung (von Handlungen, Werken, Personen) in deren Individualität gesehen wird, ist Vielfalt wichtig und gut. Das Entsprechende gilt umgekehrt: Wenn der Reichtum und die Überlebenskraft der Welt aus deren Vielfalt besteht, dann ist die Entwicklung von mannigfaltiger Individualität notwendig. Diese komplementäre Identität der Grundprinzipien führt sowohl zu der diffusen Vermischung der Begründungszusammenhänge im Verhältnis zwischen naturwissenschaftlicher Ebene (Diversität) und politischer Ebene (Nachhaltigkeit) als auch dazu, dass dieses Durcheinander sogar einen gewissen Sinn hat: Letztlich gehen alle der miteinander verbundenen und gegeneinander ausgespielten ideellen Postulate auf ein und dieselbe Idee zurück; deshalb kann alles wechselseitig miteinander begründet werden, und es kann der alte Wein in neue Schläuche gefüllt werden, ohne dass es jemand bemerkt. Solange allerdings undurchschaut bleibt, wie sich dieser Sinn im Wirrwarr herstellt, ist es nicht mehr als oberflächliches Gerede. Es bleibt dann unklar, dass – unter dem Heiligenschein der Naturwissenschaft – eine latent metaphysische, geschichtsphilosophische Denkfigur durch sich selbst ersetzt wurde, also nichts verändert wurde; nur das Sprachspiel über dieselbe Sache wurde gewechselt.

Die Entwicklung des Umweltschutzes und des wissenschaftlichen Naturschutzes – oder: Auf welchen Wegen sich alter Wein in neuen Schläuchen durchsetzt

Kennzeichnend für die Situation des Naturschutzes nach dem Zweiten Weltkrieg war – wie schon mehrfach angedeutet – der Zwang, im Rahmen demokratischer Entscheidungsprozesse intersubjektiv nachvollziehbare, d. h. sachliche Gründe für die eigenen Zielsetzungen anzuführen. Darauf wurde mit der konsequenten Verwissenschaftlichung des Naturschutzes geantwortet, wobei man in der Ökologie als Naturwissenschaft die Basis für sachliche Entscheidungen sah. Diese Entwicklung ist durch zwei Prozesse gekennzeichnet:

Zum einen entwickelte sich seit dem Umweltprogramm der Bundesregierung von 1971 der *Umweltschutz* im Sinne eines überwiegend technischen, medizinisch-hygienischen und biologisch-ökologischen Ressourcenschutzes. Er wird in letzter Konsequenz einem zweckrationalen Kalkül folgend betrieben. Die kulturellen und emotionalen Komponenten des Heimat- und Naturschutzes wurden bei der Entwicklung der Länder- und Bundesgesetzgebung als irrational und daher nicht objektiv begründbar verdrängt (Zwanzig 1989, 8). Es etablierte sich eine instrumentell orientierte Umweltplanung, die systematisch von den kulturellen und emotionalen Bedeutungen der Natur abstrahierte.

Zum anderen entstand der schon vielfach angesprochene Arten- und Biotopschutz als Naturschutz im engeren Sinne, auf den wir jetzt noch einmal genauer eingehen wollen. Auch hier werden die kulturellen Bedeutungen der Natur verdrängt, weil er als naturwissenschaftliche Aufgabenstellung verstanden wird. Diese naturwissenschaftliche Ausrichtung ist jedoch – wie deutlich geworden ist – ein Schein, weil aufgrund der ökologisch nicht begründbaren Verbindung von intakten Landschaftsgestalten und intakten Ökosystemfunktionen der Bezug auf die alte physiognomisch-geographische Perspektive des älteren Heimat- und Naturschutzes aufrecht erhalten bleibt.

Die damit bei aller ökologischen Verwissenschaftlichung weiterhin am Leben erhaltene, aber nun unterschwellige kulturelle Orientierung zeigt sich zum einen darin, dass die Eigenart und davon abgeleitet die spezifische Vielfalt der 'Lebensräume' und Lebensformen im Arten- und Biotopschutz weiterhin eine zentrale Rolle spielt. Daher werden nicht beliebige Kombinationen von Standorteigenschaften und Arten als wertvoll betrachtet, sondern nur solche, die eine spezielle Typik und Repräsentativität für einen Gesamtkontext aufweisen. Dieser Kontext wird meist aus der traditionellen Kulturlandschaft abgeleitet (vgl. Kaule 1991). Hier wirkt jene Idee eines prästabilierten harmonischen Ganzen, die durch die Landschaft symbolisiert wird: Die mit Eigenart versehene Artenvielfalt erscheint als konstitutive Eigenschaft des Lebens, weil sich das Leben immer weiter entfalten muss.

Zum anderen verdeutlicht sich der kulturelle Hintergrund des Arten- und Biotopschutzes auch dadurch, dass – obwohl der Schluss von Landschaftsbildern auf Ökosystemfunktionen nicht zulässig ist – weiterhin hartnäckig, wenn auch mittlerweile oft nur unterschwellig, an der in der Ökologie umstrittenen Diversitäts-Stabilitäts-Hypothese (vgl. Trepl 1995, Potthast 1999) festgehalten wird. Es wird somit vorausgesetzt, dass die überlieferte kulturlandschaftliche Vielfalt einen maßgeblichen Beitrag zur funktionalen Stabilität und Leistungsfähigkeit der Ökosysteme leistet (vgl. z. B. Erz 1986, Plachter 1991, Jedicke/Jedicke 1992), obwohl gegen diese Auffassung zahlreiche empirische Beispiele aufgeboten wurden (vgl. Zimen 1985; Hüpke 1990, Konold 1998). Auch in der Nachhaltigkeitsdebatte wird an dieser Hypothese festgehalten, weil sie letztlich aufgrund des Interesses an 'starker' Nachhaltigkeit, d. h. aufgrund des beschriebenen Kulturbegriffs letztlich unverzichtbar ist. Diese Unverzichtbarkeit bei gleichzeitiger wissenschaftlicher

Umstrittenheit wird von Ott deutlich zum Ausdruck gebracht (vgl. Ott 2001, 67 f.). Der Arten- und Biotopschutz schützt daher keine natürlichen Ökosysteme, sondern die Spuren historischer Landnutzung und leistet damit sicherlich einen sinnvollen Beitrag zur Denkmalpflege im Rahmen des Kulturlandschaftsschutzes, aber nicht immer und nicht notwendig einen solchen zur Erhaltung ihres natürlichen Potentials. So zeigt sich auch im Arten- und Biotopschutz selbst, nämlich in der intuitiven Festlegung der Relevanzkriterien für die Konkretisierung von Vielfalt auf der Basis der Orientierung an Physiognomie, Eigenart usw. als standortrelevante Indizien, die Wirksamkeit des Herderschen und des geographischen Paradigmas, obwohl doch dessen Folgen, nämlich die kulturelle Begründungsebene und der Heimatgedanke zugunsten von 'Sachlichkeit' gerade eliminiert werden sollten. Der Begriff der Nachhaltigkeit wird dann hinterrücks via Vielfalt im naturwissenschaftlichen Gewande mit einer konservativen Entwicklungstheorie aufgeladen: Fortschritt *soll* nicht gebremst werden, weil die *Mitglieder von Gesellschaften* sich auf eine langsamere Gangart einigen, sondern *muss* gebremst werden, weil er wider die *Natur* ist.

Wie sehr der Naturschutz noch mit dem Gedankengut des Heimatschutzes durchdrungen ist, zeigt auch die stereotype Forderung nach Verwendung und Förderung heimischer Arten in der Landschaftspflege und der Begrenzung der Einwanderung fremder. Hier spielt das, was auf der politischen Ebene als Begründungsmuster problematisch geworden ist und ökologisch nicht zu begründen ist, nämlich Heimatschutz, noch eine deutliche Rolle, wird aber auch hier als rein ökologisches Problem ausgegeben. Der kulturelle Begründungshorizont ist aber mit den Händen zu greifen: Wenn fremde Arten nicht pauschal abgelehnt werden, dann müssen sie etwas zur Bereicherung der vorhandenen Eigenart und Vielfalt beitragen (vgl. z. B. Disko 1996). Das sieht man vor allem dann als gegeben, wenn die fremden Arten nicht beliebig und ohne Maß vom Menschen eingeschleppt werden, sondern aus benachbarten Räumen diffusionsartig zuwandern (vgl. Steiof 2001). Dann ist eine maßvolle, organische, natürlich wirkende Entwicklung gegeben, in der fremde Arten gewissermaßen nicht als Trittbrettfahrer durch die menschliche Mobilität weltweit verbreitet werden, sondern „durch eigene Arbeit“ (Disko 1996, 39) einen 'schöpferischen' Beitrag leisten. „Schöpferisch“ heißt bei Disko, dass sich die vorhandenen Artengemeinschaften gewissermaßen in einem „nicht beliebigen Organaustausch“ in einer kontinuierlichen und nicht abrupten „Ko-Evolution“ entwickeln (ebd., 38 f.). Sie 'wachsen' organisch und integrieren dabei kontinuierlich auch neue Arten, die sich in diese Gemeinschaft einfügen. Die vorhandene Artenvielfalt wird vor allem dann produktiv bereichert, wenn die fremden Arten einen bestimmten Symbolwert erhalten und repräsentativ für bestimmte kulturelle Orte oder Kontexte werden, sei es die Weinbergtulpe, die Kastanie im Biergarten oder der Flieder, der zum Muttertag blüht (ebd., 39; vgl. dazu ausführlich Körner 2000, 73 ff.). Das könnte man für eine populärwissenschaftliche und randständige Position halten, aber der Umstand, dass auf Disko in einer Publikation in der Zeitschrift des Bundesamtes für Naturschutz verwiesen wird, zeigt doch, wie wirksam diese Denkmuster sind.

Fazit: Gleich und Gleich gesellt sich gern

Es lässt sich festhalten, dass sowohl die Nachhaltigkeitsdebatte als auch die Artenschutzdebatte durch den impliziten Rekurs auf basale Philosophien gekennzeichnet sind. Das Konzept der 'starken' Nachhaltigkeit entspricht einem konservativen Weltbild, dessen Basis eine vormoderne, humanistische Welthaltung ist. Diese Haltung steht gegen allgemeine formale Gleichheit und gegen die Beliebigkeit (von Formen, Möglichkeiten und Interessen). Sie fordert stattdessen Eigenart und Vielfalt; die Welt bzw. eine Entwicklung hat 'Substanz', wenn sie individuell ist, d. h. einmalig, nicht gleichartig mit Alternativen. Richtige Entwicklung verläuft ganzheitlich und organisch, nicht beliebig und mechanisch. Der Begriff der Artenvielfalt gehört der gleichen Denkstruktur an wie der der 'starken' Nachhaltigkeit. Deshalb stabilisieren sich im Naturschutz auf politischer und auf wissenschaftlicher Ebene zwei politische Konzepte wechselseitig unter dem Schein einer objektiv-naturwissenschaftlichen Absicherung.

Wenn in diesem Text mehrfach und auf verschiedenen Ebenen des Selbstverständnisses des Naturschutzes der latente kulturpolitische Gehalt seiner Konzepte nachgewiesen wurde, so geschah das nicht mit dem Interesse, einer politischen Institution vorzuwerfen, sie verfolge politische Ziele. Es sollte vielmehr umgekehrt vorgeführt werden, dass auch dann, wenn es scheinbar um rein naturwissenschaftlich zu bearbeitende Probleme geht, Naturschutz eine kulturelle, soziale und politische Dimension hat. Eine Rückkehr zu explizit politischen und kulturellen Anliegen, wie sie im traditionellen Naturschutz bis zum Zweiten Weltkrieg ganz selbstverständlich vorgebracht worden waren, wäre möglich. Das würde einen Gewinn an Glaubwürdigkeit hervorrufen. Darüber hinaus sollte gezeigt werden, dass diese sowohl in der Nachhaltigkeitsdebatte explizit als auch im Arten- und Biotopschutz implizit vertretene politische Philosophie keineswegs einem fortschrittlichen oder gar kulturrevolutionären Weltbild entstammt, sondern im Gegenteil idealtypische konservative Denkfiguren vereint. Ob und in welchen Kontexten diese politischen Voraussetzungen eingedenk ihrer völkischen und antidemokratischen Kontexte tragfähig sind in einer Demokratie, könnte und müsste offen diskutiert werden. Dazu müssten sie aber als geschichtsphilosophische Ideale identifiziert werden, die aus der christlichen Metaphysik stammend unsere Vorstellungen von kultureller und existenzieller Sinnhaftigkeit regeln. Sie liegen daher unter der politischen Ebene gesellschaftlicher Vermittlung, und es ließe sich leicht zeigen, wie sie auch progressive Planungsansätze steuern. Wir können uns daher das 'gute Leben' kaum anders als eine Verwirklichung von Humanität durch die einfühlsame Entwicklung natürlicher Möglichkeiten in konkreten Räumen vorstellen. Das sollte nicht hinter naturwissenschaftlichen Theorien versteckt werden, wenn das Reden über Nachhaltigkeit und Vielfalt Substanz haben soll.

Anmerkungen

- 1 Annemarie Nagel danken wir für Hinweise und Kritik.

Literatur

- Bartels, D. 1968: Zur wissenschaftstheoretischen Grundlegung einer Geographie des Menschen. Wiesbaden (= Erdkundliches Wissen 19).
- Bestandsaufnahme zur Situation der Deutschen Schul- und Hochschulgeographie 1969. In: Geografiker 3, Sonderheft zum 37. Deutschen Geographentag, hg. vom Berliner Geographenkreis an der Freien Universität Berlin. S. 3-30.
- Busch-Lüty, C. 1995: Nachhaltige Entwicklung als Leitmodell einer ökonomischen Ökologie. In: Fritz, P., J. Huber, H. W. Levi (Hg.): Nachhaltigkeit in naturwissenschaftlicher und sozialwissenschaftlicher Perspektive. Stuttgart. S. 115-131.
- Disko, R. 1996: Mehr Intoleranz gegen fremde Arten. Nationalpark 93 (4). S. 38-42.
- Eisel, U. 1980: Die Entwicklung der Anthropogeographie von einer 'Raumwissenschaft' zur Gesellschaftswissenschaft. Kassel (=Urbs et Regio 17).
- Eisel, U. 1987: Landschaftskunde als 'Materialistische Theologie'. Ein Versuch aktualistischer Geschichtsschreibung der Geographie. In: G. Bahrenberg et al. (Hg.): Geographie des Menschen. Dietrich Bartels zum Gedenken. Bremen (=Bremer Beiträge zur Geographie und Raumplanung 7). S. 89-109.
- Eisel, U. 1992: Über den Umgang mit dem Unmöglichen. Ein Erfahrungsbericht über Interdisziplinarität im Studiengang Landschaftsplanung. Teil 1 und 2. In: Das Gartenamt 41 (9) und (10). S. 593-605 und S. 710-719.
- Eisel, U. 2001: Angst vor der Landschaft. Ein wissenschaftlicher Essay. In: Erdkunde 55/2. S. 159-171.
- Erz, W. 1986: Ökologie oder Naturschutz. Überlegungen zur terminologischen Trennung und Zusammenfassung. In: Berichte der Bayerischen Akademie für Naturschutz und Landschaftspflege 10. S. 11-17.
- Falter R., J. Hasse 2001: Landschaftsgeographie und Naturhermeneutik – Zur Ästhetik erlebter und dargestellter Natur. In: Erdkunde 55/2. S. 121-137.
- Falter, R., J. Hasse 2001a: Geographie und das Mensch-Natur-Verhältnis. In: Erdkunde 56/1. S. 81-94.
- Gradmann, E. 1910: Heimatschutz und Landschaftspflege. Stuttgart.
- Gelinsky, E. 2001: Ästhetik in der traditionellen Landschaftsgeographie und in der post-modernen Geographie. In: Erdkunde 55/2. S. 138-150.
- Haber, W. 1993: Von der ökologischen Theorie zur Umweltplanung. In: GAIA 2 (2). S.96-106.
- Häpke, U. 1990: Die Unwirtlichkeit des Naturschutzes. Böse Thesen. In: Kommune (2) S. 48-53.
- Hard, G. 1973: Die Geographie. Eine wissenschaftstheoretische Einführung. Berlin, New York.
- Hard, G. 2001: „Hagia Chora“. Von einem neuerdings wieder erhobenen geomantischen Ton in der Geographie. In: Erdkunde 55/2. S. 172-198.

- Hard, G. 2001a: Eine einfältige Erzählung. Zu Falters und Hasses Text über „Die Geographie und das Mensch-Natur-Verhältnis“. In: *Erdkunde* 56/1. S. 95-104.
- Jörissn, J., G. Kneer, D. Rink 2000: *Synopse zur Umsetzung des Leitbildes der Nachhaltigkeit in konzeptionellen Studien und nationalen Plänen*. Leipzig (=UFZ Diskussionspapiere).
- Kastenholz, H. G., K.-H. Erdmann, M. Wolff 1996: *Perspektiven einer nachhaltigen Entwicklung – Eine Einführung*. In: dies. (Hg.): *Nachhaltige Entwicklung. Zukunftschancen für Mensch und Umwelt*. Berlin, Heidelberg, New York. S. 1-8.
- Körner, S. 2000: *Das Heimische und das Fremde. Die Werte Vielfalt, Eigenart und Schönheit in der konservativen und in der liberal-progressiven Naturschutzauffassung*. Münster.
- Körner, S. 2001: *Landschaftsästhetik und Sinn. Zur Naturhermeneutik Falters und Hasses*. In: *Erdkunde* 55/2. S. 151-158.
- Körner, S. 2002: *Landschaft und Raum im Heimat- und Naturschutz*. In: M. Weingarten (Hg.): *Strukturierung von Raum und Landschaft. Konzepte in Ökologie und der Theorie gesellschaftlicher Naturverhältnisse*. (im Druck)
- Konold, W. 1998: *Raum-zeitliche Dynamik von Kulturlandschaften und Kulturlandschaftselementen. Was können wir für den Naturschutz lernen?* In: *Naturschutz und Landschaftsplanung* 30 (8/9). S. 279-284.
- Lindner, W. 1926: *Ingenieurwerk und Naturschutz*. Berlin-Lichterfelde.
- Ott, K. 2001: *Eine Theorie 'starker' Nachhaltigkeit*. In: *Natur und Kultur* (2/1). S. 55-75.
- Plachter, H. 1991: *Naturschutz*. Stuttgart.“
- Potthast, T. 1999: *Die Evolution und der Naturschutz. Zum Verhältnis von Evolutionsbiologie, Ökologie und Naturethik*. Frankfurt/M., New York.
- Riehl, W. H. 1854: *Die Naturgeschichte des Volkes als Grundlage einer deutschen Social-Politik*. Land und Leute. Bd. 1. Stuttgart.
- Rudorff, E. 1897: *Heimatschutz*. Nachdruck 1994. St. Goar.
- Schultz, H.-D. 1980: *Die deutschsprachige Geographie von 1800 bis 1970. Ein Beitrag zur Geschichte ihrer Methodologie*. Berlin (=Abhandlungen des Geographischen Instituts – Anthropogeographie, 29).
- Schultze-Naumburg, P. 1908: *Kulturarbeiten*. Bd. III: *Dörfer und Kolonien*. 2. Auflage. München.
- Schultze-Naumburg, P. 1909: *Kulturarbeiten*. Bd. II: *Gärten*. 3. Auflage. München.
- Schultze-Naumburg, P. 1909a: *Kulturarbeiten*. Bd. IV: *Städtebau*. 2. Auflage. München.
- Schultze-Naumburg, P. 1916: *Kulturarbeiten*. Bd. VII: *I. Wege und Straßen, II: Die Pflanzenwelt und ihre Bedeutung im Landschaftsgebilde*. 1. Auflage. München.
- Schultze-Naumburg, P. 1917: *Kulturarbeiten*. Bd. IX: *Industrielle Anlagen, Siedlungen*. München.
- Steof, K. 2001: *Die Evolution als maßgebliches Kriterium für die naturschutzfachliche Bewertung von Tierarten fremder Herkunft*. In: *Natur und Landschaft* 76, 11. S. 485-490.

- Trepl, L. 1995: Die Diversitäts-Stabilitäts-Diskussion in der Ökologie. In: Bayerische Akademie Naturschutz und Landschaftspflege (Hg.): Festschrift für Prof. Dr. Dr. h. c. Wolfgang Haber, Beiheft 12. Laufen/Salzach. S. 35-49.
- WBGU 1999: Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (Hg.): Welt im Wandel: Erhaltung und nachhaltige Nutzung der Biosphäre. Jahresgutachten 1999. Berlin, Heidelberg, New York.
- Zwanzig, G. W. 1989: Wertewandel in der Entwicklung des Naturschutzrechtes. In: Berichte der Bayerischen Akademie für Naturschutz und Landschaftspflege 4. S. 15-29.

Ulf Hahne ■

Lokale Agenda 21 als Basis nachhaltiger Regionalentwicklung – Dilemmata eines neuen Politiktypus

Zukunftsfähig sind am Ende vielleicht nur die Jubiläen: 15 Jahre nach Erscheinen des Brundtland-Berichts, 10 Jahre nach der Weltkonferenz für Umwelt und Entwicklung von Rio de Janeiro fällt die Bilanz zum Stichwort „Nachhaltige Entwicklung“, die auf dem Johannesburg-Summit gezogen wird, ernüchternd aus. Die Handlungserfolge auf internationaler Ebene sind gering. Weder sind die Verteilungsfragen ernsthaft vorangebracht noch ist die Plünderung des Planeten nennenswert verringert worden. Die vergangene Dekade geht eher unter dem Stichwort der Globalisierung, nicht aber der nachhaltigen Entwicklung in die Geschichtsschreibung ein.

Auch die sich fortschrittlich gebenden reicheren Nationen und Staatenbündnisse können nur Bruchstücke einer Umsetzung des Nachhaltigkeitsprinzips vorweisen. Immerhin, so mag eingewandt werden, finden sich mit nationalen Umweltplänen, mit Nachhaltigkeitsräten und -strategien erste Ansatzpunkte (z. B. Kommission der Europäischen Gemeinschaften 2001, Bundesregierung 2002). Das Prinzip der Nachhaltigkeit wurde gar in die Schweizer Bundesverfassung aufgenommen und in Deutschland in raumrelevanten Fachgesetzen wie dem Raumordnungsgesetz, dem Bodenschutzgesetz oder dem Baugesetzbuch verankert. Doch alle Kommentare (z. B. Bückmann 2002) zeigen auch hier, dass eine wirkungsvolle Umsetzung in Öko-Effizienz, in Ressourcen- und Bodenschutz, in Energie- und Flächensparen noch aussteht.

Bleibt die Hoffnung auf die Reise der Nachhaltigkeitsidee durch die Institutionen von unten, beginnend auf der kommunalen und regionalen Ebene, wie es das Kapitel 28 der Agenda 21 vorschlägt. Mit der Erarbeitung lokaler und regionaler Agenden verband sich die Hoffnung auf eine paradigmatische Wende hin zu einer nachhaltigen Regionalentwicklung, auf die Entfaltung neuer Formen der Demokratie, die Erweckung neuen bürgerschaftlichen Engagements und die Erneuerung der querschnittsorientierten Planung von unten. Macht die Nachhaltigkeitsidee somit auf lokaler und regionaler Ebene eine neue Politikarena auf?

Die Säulen der Nachhaltigkeit

Ein grundlegendes Problem des Leitbilds der Nachhaltigkeit liegt in seinem mangelnden Konkretisierungsgrad begründet. Dies ist zwar konsensfördernd, doch der Nachhaltigkeitskonsens schwindet schnell, wenn das Leitbild durch Ziele, Indikatoren und Maßnahmen konkretisiert werden soll. Vielleicht war die anfängliche Unschärfe des Begriffs die beste Voraussetzung für seine Verbreitung, weil die „regulative Idee“ allen eine ihrer Interpretation gemäße paradigmatische Steuerung versprach. Doch statt zu einer Konkretisierung zu kommen, ist der Begriff von allen Seiten aufgeweicht worden. Schon das einfachste, von der Enquete-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt“ eingeführte „Drei-Säulen“-Modell, das auf die gleichgewichtige Berücksichtigung *ökologischer*, *ökonomischer* und *sozialer* Interessen abstellt, stößt an seine Grenzen, wenn die unterschiedlichen Dimensionen genauer gefasst werden sollen. Je nach teilsystemarerer Sichtweise der jeweiligen Interessengruppen gilt die Lösung der sozialen Fragen, der ökonomischen Aspekte oder der ökologischen Verträglichkeit als prioritär. Ebenso kontrovers, weil auf unterschiedlichen Vorstellungen über Wirksamkeit und Zeitmaße des technischen Fortschritts beruhend, wird die Frage nach der Substituierbarkeit natürlichen Kapitals von den Konzepten starker und schwacher Nachhaltigkeit behandelt. Und schließlich ist mit der möglichen Einigkeit in der Zielsetzung noch lange keine Einigung über die einzusetzenden Strategien und Instrumente verbunden, stehen sich doch hier Suffizienz- und Effizienzstrategien gegenüber.

Treten derartige Interpretationsmöglichkeiten schon beim einfachen Drei-Säulen-Modell auf, so wird der Begriff Nachhaltigkeit noch schwieriger vermittelbar, wenn darüber hinaus die Fragen der intergenerativen Gerechtigkeit, der Nord-Süd-Gerechtigkeit, Forderungen wie das Eigenrecht der Natur, die Dimension des subjektiven Wohlbefindens (anstelle von Input-Indikatoren) und die Säule der Partizipation in Betracht gezogen werden sollen. Ein derartiges achtdimensionales Modell entzieht sich einfachen Lösungen und leichter Vermittelbarkeit.

Was bleibt, ist die Vorstellung von Nachhaltigkeit als einer „regulativen Idee“, wobei nicht von vornherein klar ist, was und wie reguliert werden soll. Damit tut der Begriff auf der einen Seite niemandem mehr weh, er polarisiert nicht mehr. Brand und Fürst äußern deshalb bereits den „Generalverdacht des Illusorischen“ (Brand/Fürst 2002). Auf der anderen Seite eröffnet sich gerade aus der Unschärfe ein Diskursfeld, das konkret auszufüllen ist. Möglicherweise begünstigt „Nachhaltigkeit“ aufgrund seiner notwendigen Aushandlung vor Ort neue Diskurs- und Interaktionsformen sowie neue Strategien, schlicht: einen neuen Politiktypus.

Ein neuer Politiktypus

Mit den Lokalen Agenden 21 tritt ein neuer Politiktypus auf den Plan, der sich von den bisherigen Politikmodellen unterscheidet. Zum einen steht der von der Rio-Agenda

geforderte „Konsultationsprozess“ der Verwaltungen mit ihren Bürgern, den örtlichen Organisationen und der Privatwirtschaft außerhalb des bisherigen *repräsentativen Politikmodells*, das formell ganz andere Verfahren der Erarbeitung, Zustimmung und Ablehnung von politischen Programmen vorsieht. Hieraus ergibt sich die grundlegende Frage, wie die Vorschläge der Agenden in das politisch-administrative System integriert, mit Ressourcen versehen und umgesetzt werden.

Zum anderen unterscheiden sich Lokale Agenden auch von den Formen klassischer *Protestpolitik*: Nicht gegen das herrschende System wird hier mittels Kampagnen, Initiativen und Protesten gewirkt, sondern es wird nach Handlungsoptionen für und innerhalb des Systems gesucht. Dabei geht es zudem nicht um egoistische Einzelthemen und Partialinteressen, sondern um die Erarbeitung konsensueller Leitbilder und um Maßnahmen, die auf deren Erreichung abzielen.

Zum dritten bilden sich in den Agenda-Gruppen neue kollektive Akteure, die mit klassischen *Lobbyverbänden* aufgrund ihrer freiwilligen Kooperation und der kollektiven Zielorientierung nicht vergleichbar sind. Denn im Vordergrund der Agenden steht nicht das strategische *Aushandeln* von Kompromissen zugunsten einer gruppenegoistischen Verteilungsänderung.

Zum vierten unterscheiden sich Agenden auch von Formen *verständigungsorientierten Handelns*, die im Wege der Moderation oder Mediation bei Planungskonflikten heute mehr und mehr eingesetzt werden, die aber immer auf ein zu lösendes Einzelproblem bezogen sind.

Schließlich widerspricht die Querschnittsorientierung des Nachhaltigkeitsprinzips der *sektoralen* Problembearbeitung des administrativen Systems.

Lokale Agenden sind gekennzeichnet durch

- Akteurszentrierung,
- neue Formen der Beteiligung und die
- kooperative Erarbeitung von
 - Leitbildern und
 - Handlungsprogrammen.

Der Lokale-Agenda-Ansatz weist Elemente einer freiwilligen Vereinbarung zum Problemlösen auf, geht aber über das Verteilungsspiel zum Ausloten des Pareto-Optimums hinaus: Nicht die Verbesserung gruppenegoistischer Positionen, sondern gesamtgesellschaftliche Wohlfahrtsziele stehen im Mittelpunkt der Handlungsziele. Lokale Agenden bilden ein kreatives, lernendes und loses Netzwerk, das Innovationen freisetzen und Sozialkapital bilden kann. Mit ihren Beteiligungsformen, der Querschnittsorientierung und systemischen Zielausrichtung tragen lokale Agenden dazu bei, Verkrustungen der herrschenden Politikverflechtung aufzubrechen und innovative Projekte und Maßnahmen zu entwerfen. Diese reichen bis in wirtschaftliche Innovationen hinein, in denen stärkere innerregionale Verflechtungen bis zum Schließen von Kreisläufen, zur Internalisierung externer Effekte, zur Verbesserung der Öko-Effizienz und zu Kosteneinsparungen führen.

Kommunale Entwicklungsstrategie Lokale Agenda 21 (LA 21)

Trotz zögerlichen Starts sind inzwischen vielerorts Lokale Agenden, mancherorts auch regionale Agenden 21 in Gang gesetzt worden. Die Zielvorgabe des Kapitels 28 der Agenda 21, bis 1996 den Dialog-Prozess in den Kommunen abgeschlossen zu haben, ist allerdings weit verfehlt worden. Noch immer ist die Zahl der eingeleiteten Prozesse bescheiden (in Deutschland haben erst 12 % aller Gemeinden eine LA 21 begonnen; ICLEI 2002), wissenschaftliche Evaluierungen sind rar (Oels 2002).

Vorliegende Erfahrungen und viele Erfahrungsberichte zeigen, dass das Engagement der Bürger und NGOs zur Verbesserung der lokalen Lebens- und Umweltverhältnisse mit dem Instrument LA 21 stark motiviert werden kann. In diesen Fällen gelingt das Anknüpfen an lokale Problemlagen und an Binnenmotive der Beteiligten. Das dialogisch-partizipative Vorgehen setzt an die Stelle von Konfrontationsstrategien konstruktive Suchprozesse für nachhaltige Lösungen. Hier ergeben sich Anschlussmöglichkeiten für das Ausloten von Gewinnerallianzen, wobei diese allerdings jeweils lokalspezifisch gesucht werden müssen. Best-practice-Beispiele können dabei nur Hilfestellung leisten, die eigentliche Lösung muss von den jeweils Beteiligten vor Ort gefunden werden.

Diese Lösungssuche ist jedoch keineswegs voraussetzungslos. Für konstruktiv-dialogische Lösungen müssen *alle relevanten Akteure* am runden Tisch versammelt werden. Die *Gleichberechtigung* der Beteiligten, ihrer Anliegen und ihrer Handlungsmöglichkeiten muss durch eine geeignete *Verfahrenssteuerung* gesichert werden. Das vielfach geprobte Setzen auf sich selbst organisierende Prozesse ist dafür häufig nicht ausreichend. Moderation wird erforderlich, um die Gleichberechtigung der Positionen und Gewichte zu erreichen. Ohne sie werden die Tücken der *Kommunikation* schnell zu Spannungen führen, wenn erst die unterschiedlichen Interaktionsebenen von Sachfragen, Wahrnehmungen, Bewertungen, Beziehungen und jeweiligen Systembezügen durcheinander geraten. Und schließlich müssen die Lokalen Agenden auch über Ressourcen zur Umsetzung ihrer Projektideen verfügen.

Bereits mit diesen Voraussetzungen rückt die Umsetzung der LA 21 von dem idealistisch überzeichneten Modell des freien und scheinbar voraussetzungslosen Bürgerdialogs ab. Bei vielen Verfahren wird zudem schnell deutlich, dass die Suche der LA 21-Gruppen nach langfristigen Zielen und Maßnahmen in Konkurrenz zu kommunalen Steuerungsstrategien und kommunaler Handlungsmacht tritt. Dies begründet die häufig beklagte mangelnde Unterstützung durch kommunale Gremien oder die ebenso beklagte Instrumentalisierung der LA 21-Gruppen durch die Kommunalpolitik. Im Hinblick auf die Handlungsmöglichkeiten wird die Konkurrenzsituation noch deutlicher: Die Umsetzung der meisten Projekte erfordert die Unterstützung und Beschlussfassung durch kommunale Gremien. Für die Kommunalpolitik wird die LA 21 zur Pflichtübung. Unter diesen Bedingungen bleiben dann häufig nur Minimalkonsense bei Randthemen und Kleinprojekten, welche niemandem weh tun. Je stärker nur auf diese Konsensthemen gesetzt wird, desto

mehr wird die eigentliche Konfliktdimension nachhaltiger Entwicklung im Verhältnis zur an kurzfristigen Kalkülen ausgerichteten Politik ausgeblendet (Eblinghaus/Stickler 1996).

Dennoch hat die Agenda-Idee die bisherigen Politikmuster aufgebrochen: Die Idee einer paradigmatischen Steuerung in kooperativ-dialogischen Prozessen zeigt einen Weg zur Erneuerung der Politik von unten auf. Der Politikverdrossenheit und Beteiligungsmüdigkeit stellt sich eine neue Verfahrenskultur entgegen, die auf Verständigung und Konsens orientiert ist und – im Idealfall – viele Bürger zum Engagement motivieren kann. In vielen Agenda-Prozessen wird daher auch betont, dass die Entwicklung von Innovationen und die Bildung von Sozialkapital zu den wesentlichen Leistungen des deliberativen Politikmodells gehört.

Agenda-Ansatz als Innovation in der Regionalpolitik

Das Innovationspotential des Agenda-Ansatzes hat diesen Beteiligungsansatz auch äußerst interessant für die *regionale* Politikgestaltung gemacht: Die Beteiligung von Umweltgruppen, sozialen Vereinigungen und der regionalen Wirtschaft bei der Erstellung von regionalen Entwicklungsstrategien eröffnet einen Innovationsraum, der mit etablierten Politiken bislang nicht erreichbar erschien. Zweierlei passiert damit auf regionaler Ebene: Über die lokalen Angelegenheiten hinaus wird der Nachhaltigkeitsansatz auf die komplexere, aber für Stoff- und Wirtschaftskreisläufe relevantere und insgesamt handlungsfähigere Ebene der Region gehoben. Zum anderen erfährt das vormals anarchisch-lose Netzwerk eine institutionelle Verankerung und soll so im Sinne der positiven Koordination (Scharpf 2000) Beiträge zur Regionalentwicklung leisten.

Das institutionelle Arrangement der Erarbeitung von regionalen Leitbildern, Zielen und Handlungsprogrammen mit den Umwelt-, Wirtschafts- und Sozialpartnern bei Beachtung des Gender-Mainstreaming wird derzeit in die Regionalpolitik eingeführt. Dies geschieht zunächst noch nicht direkt in den Hauptprogrammen, sondern wird experimentell in Initiativ- und Modellprogrammen erprobt. So verlangt die EU-Gemeinschaftsinitiative für den ländlichen Raum, LEADER+, den Zusammenschluss der sozioökonomischen Partner einer Region und bestimmt darüber hinaus, dass bei der Programmumscheidung auf regionaler Ebene die öffentliche Hand nicht über die Stimmenmehrheit verfügen darf – ein Programm also, das dominiert wird von den Nicht-Regierungsorganisationen. Und auch der vom Bundesverbraucherministerium ausgeschriebene Wettbewerb „Regionen aktiv“, der innovative Modelle zur Umsetzung der Agrarwende fördern möchte, sieht eine ähnliche Erarbeitungs- und Entscheidungsstruktur vor.

Mit diesen Ansätzen rückt der Staat von seinen bisherigen Programmerstellungsmechanismen ab, in denen er als „Allwissender“ auftritt und Programmverfahren und Programminhalte vorgibt. Indem der Staat mit seinen regional orientierten Ansätzen Neuerungs-ideen aus den Regionen und von ihren Akteuren abfordert, forciert er nicht nur die Innovation in den beteiligten Regionen, sondern erhält selbst Ideen zur Selbster-

neuerung. Allerdings werden bei dieser neuen Welle der Regionalisierung der Strukturpolitik leistungsfähige Regionen gefordert, die genügend groß und homogen sind, um gemeinsame regionale Programme und Projekte erarbeiten zu können.

Von der Agenda gelernt? Strategische Erfolgsfaktoren in der Regionalentwicklung

Mit der Abwendung von den Kleinregionen gerät aber das Agenda-Beteiligungsmodell in neue Dilemmata: Je größer die Region, desto schwieriger ist es, Bottom-Up-Prozesse in Gang zu setzen und zu organisieren. Die Größe der Gruppen macht die Koordination schwerer; die Moderation offener, interessendivergenter Großgruppen hat kaum einer der beteiligten Akteure erlernt; die Frustrationsschwelle der Beteiligten wird schneller erreicht und für die Umsetzung regionaler Ideen fehlt die Organisation. Um diese Dilemmata zu verringern und die Verbindlichkeit von Kommunikation und Ergebnissen zu vergrößern, wird Professionalisierung angestrebt und der Einsatz strategischer Schlüsselfaktoren zur Regionalentwicklung empfohlen.

So finden sich in der politik- und regionalwissenschaftlichen Forschung derzeit zahlreiche Untersuchungen zur Identifizierung derartiger endogener Erfolgsfaktoren (Brendle 1999, Göppel 2000, Lindloff/Schneider 2001, Popp 1999). Die Berücksichtigung dieser Faktoren soll regionale Agenden besonders tragfähig machen und der Nachhaltigkeit auf den Weg helfen. Aus der Fülle genannter Schlüsselfaktoren schälen sich als zentrale Erfolgsfaktoren für die nachhaltige Regionalentwicklung offenbar folgende Punkte besonders heraus:

- Problemdruck,
- Einbindung relevanter Akteure,
- Partizipation,
- Gewinnerkoalitionen,
- Projektorientierung,
- Prozessorganisation und
- Leitbildorientierung.

Einige dieser Elemente stimmen offensichtlich mit dem Agenda-Mainstreaming überein. So gehören Partizipation und Leitbildorientierung zu den Basisorientierungen nachhaltiger Entwicklung, andere geraten dagegen schnell in Widerspruch zu den genannten Prinzipien.

Alte Empfehlungen anstelle neuen Weins

Als Klassiker unter den Erfolgsfaktoren wird auch in den jüngeren Untersuchungen der „Leidensdruck“ oder die „Lösungsbedürftigkeit“ regionaler Problemlagen genannt: „Ein gewisser Leidensdruck scheint unabdingbar, um alle Beteiligten an einem Tisch versammeln zu können.“ (Lötscher/Schmitz 2001, 341) Problemdruck als Entwicklungsfaktor

ist eine alte These, die einerseits rationale Gründe hat, andererseits immer wieder popularisiert wird. So lässt sich etwa schon mit Albert Otto Hirschman und seiner Strategie der wirtschaftlichen Entwicklung (1967) argumentieren, wonach das Entstehen oder das bewusste Schaffen von Engpasssituationen Zwänge und Anreize zum Handeln erzeugt.

Keineswegs kann Not aber zum entscheidenden Entwicklungsfaktor gemacht werden. Den armen Regionen den Hinweis zu geben, ihre Armut sei die beste Innovationsbasis, verkennt die Ressourcen-, Kompetenz- und Infrastrukturvorsprünge, welche reiche Regionen einsetzen können, um im Innovationswettbewerb weiterhin erfolgreich den ärmeren voraus zu sein. Zudem stellt sich das Argument in Widerspruch zum Ansatz der paradigmatischen Steuerung, nach der sich auf Basis einer Leitidee wie der Nachhaltigkeit regionsangepasst spezifische Strategien und Wege entwickeln lassen – mit allen Beteiligten. Schließlich führen gerade Problemlagen wie abrupte Anpassungskrisen dazu, rasch nach Lösungen zu greifen, die sich später häufig als wenig nachhaltig herausstellen. Die Bereitschaft der Akteure, sich auf Neues einzulassen, wird dann durch das Festhalten an alten Strukturen behindert, alte Denkmuster werden beibehalten (Grabher 1994).

In diesem Licht betrachtet ist es daher kein Wunder, dass in den neuesten Modellwettbewerben nicht mehr nur die strukturschwächsten Regionen zur Teilnahme aufgefordert werden, sondern Innovationen eher erwartet werden, wenn der Kreis der Regionen größer gezogen wird. In den Bewertungen der „LEADER+“-Konzepte werden gerade jene Innovationen besonders positiv bewertet, die nicht nur regionale Bedeutung haben, sondern auch überregional eine Neuerung darstellen. Dieses wird natürlich am ehesten von erfolgreichen Regionen erwartet. Deshalb richtet sich beispielsweise die Innovationsstrategie von LEADER+ nicht mehr nur an Regionen in den strukturschwachen Zielgebieten, sondern „horizontal“ an alle ländlichen Regionen. Auch der Wettbewerb der Modellregionen (BMVEL) bezieht alle Regionen in die Konzeptsuche ein. Auch dies zeigt: Problemdruck ist zwar ein möglicher Pushfaktor der Regionalentwicklung, aber letztlich kein notwendiger Erfolgsfaktor.

Das Problem der „relevanten“ Akteure

Je weniger der Staat als Akteur in die Regionalentwicklung eingreift, desto mehr sind die Akteure der Region selbst gefordert. Es sind die Menschen, die in erster Linie etwas bewegen – und nicht die Infrastrukturen, das Kapital, die Förderung oder sonstige harte Standortbedingungen. Folglich richtet sich der Blick auf die Akteure. In Regionen mit ihrer gegenüber lokalen Agenden noch viel größeren Akteursvielfalt wird die Auswahl der Akteure zu einem Kernproblem. Diese Vielzahl lässt eine basisorientierte Partizipation, wie sie in Lokalen Agenden oder in der Dorfentwicklung praktiziert wird, schwierig erscheinen. Interessant ist auch hier ein Blick auf die strategischen Empfehlungen der Literatur (z. B. Brendle 1999, Göppel 2000, Lindloff/Schneider 2001). Danach sollten folgende Erfolgsgaranten für die Regionalentwicklung gewonnen werden:

- engagierte Personen,
- starke, machtvolle Akteure,
- bekannte Personen als Fürsprecher.

Diese Hinweise widersprechen sich gegenseitig: Ist nun Engagement oder Macht der beste Ratgeber? Soll Beteiligung aktivierend ablaufen oder vermittelt und indirekt geschehen? In jedem Falle kommt ein nach wie vor großes Misstrauen gegenüber breiter Beteiligung und Mitwirkung zum Ausdruck. Beteiligung wird dabei häufig noch als Last und zeitraubender Umweg angesehen, anstatt das in den zu Beteiligten steckende Kompetenzpotential als Chance zu nutzen. In vielen Fällen führt dies dann auch dazu, dass bei den Beteiligungsmethoden eher solche eingesetzt werden, bei denen externe Inputs das Geschehen lenken sollen, nicht aber das kreative Potential der Region selbst abgerufen wird. Hier erscheinen Schulungen der Verwaltungen wie der Politik und vor allem der Regionalmanager selbst dringend angebracht.

Ein weiteres Problem ist die Frage der Beteiligung von *Innovatoren*. Ist der Ansatz der Regionalentwicklung die Erneuerung der Region, so kommt sie ohne die Beteiligung von Innovatoren nicht aus. Andererseits repräsentieren Innovatoren häufig nur ihre eigenen Ideen und sind schwer in Gruppenprozesse zu integrieren. Schließt man die Innovatoren jedoch aus und benennt für die Entscheidungsgremien der Regionalentwicklung die Repräsentanten traditioneller Verbände, so kann daraus zugleich die Blockierung der Innovationsideen resultieren. Hier stoßen zwei Prinzipien aufeinander: Die Erkenntnisorientierung der Innovatoren stößt auf die Konsensorientierung der Gruppenverfahren. Je stärker Repräsentanten-Strategien angewandt werden, desto weniger innovativ dürfte die Regionalstrategie werden. Eine derartige These könnte sich an einigen der ausgewählten Modellregionen für eine Agrarwende studieren lassen.

Ein zentraler Erklärungsansatz für den Erfolg der Einbeziehung von Innovatoren und Akteuren liegt in der in der Region gepflegten Kommunikation. Dies beginnt schon bei der Auswahl der relevanten Akteure: Hier werden Weichenstellungen vorgenommen, die bis zur strategischen Blockade führen. Und wenn zusätzlich die Innovatoren ohne Verbindung in das Entscheidungsgremium bleiben, wird auch die Auswahl als „Modellregion“ die möglichen Innovatoren nicht aktivieren. Hier liegt ein Grundproblem vieler Beteiligungsformen: die gesamte Region als ein System vielfältiger Akteure und damit eben auch vielfacher Kompetenzen und Wissensträger zu verstehen (Hummelbrunner 2002). Erst mit diesem systemischen Ansatz wird der Blick der Entscheidungsträger auf die Innovatoren möglich.

Projektorientierung, best practices und win-win

Auch beim Versuch, eine möglichst breite Beteiligung zu erreichen, gerät der Entwicklungsstrategie leicht in die Problemlage, dass das Engagement der Akteure in Frustration und Rückzug umschlagen kann. Die politikwissenschaftliche Handlungsempfehlung lautet hier, eher auf kleinere Projekte mit einfacher Projektstruktur zu setzen und diese bekannt

zu machen, um rasche Erfolge vorzuweisen. Eine derartige Projektorientierung gerät aber leicht in die Gefahr, nur motivational zu wirken und Projekte an die Stelle einer weitreichenden Strategie zu setzen. Die Suche nach kleinen, unmittelbar umsetzbaren Projekten verstellt den Blick auf grundlegende Visionen und Strukturänderungen, die der Nachhaltigkeit geschuldet werden.

Ein anderer Vorschlag in diesem Bereich zielt auf die Bekanntmachung von guten Projekten (oder gar „best practices“) aus anderen Regionen mit der Hoffnung, dass diese dann nachgeahmt werden. Die Bekanntmachung guter Beispiele entspricht dem klassischen Modernisierungsansatz, nach dem die Diffusion von Innovationen Entwicklung auslöst. Diese Orientierung an best practices lässt aber die eigenen Möglichkeiten der Region eher ununtersucht und widerspricht der Idee, Innovationen aus der Region selbst heraus entstehen zu lassen. Es ist zudem nicht ausreichend untersucht, wie wirksame Diffusionspfade aussehen und ob derartige Beispielsammlungen hilfreich sind – oder nicht doch eher die regionseigenen Ideen verschütten. Ganz abgesehen von den Beispielen selbst: Sind es wirklich best practices? Nicht alle Innovatoren sind bereit, ihre Innovation preiszugeben, fürchten sie doch zu Recht um ihren Pioniergewinn. Imitatoren sind also nur von einer Seite aus erwünscht.

Die Gegenthese zum Zusammenfinden unter Leidensdruck ist die These des kooperativen Zusammenfindens, um Gewinner-Situationen auszuloten und damit für alle Beteiligten Nutzenvorteile zu realisieren. Dies ist ein wichtiger Beitrag zur Regionalentwicklung und kann im Sinne der Nachhaltigkeit erhebliche Effizienzgewinne erzielen und Kreisläufe enger zusammenführen. Derartige Gewinnerkoalitionen können nicht nur Innovationsrisiken senken, sie können auch zur Internalisierung externer Effekte führen, indem beispielsweise Emissionen als Inputs in andere Produktionskreisläufe eingehen oder indem gemeinsame Produktionsstandards für regionale Produkte festgelegt werden.

Kritisch bleibt aber bei Win-Win-Lösungen und der Fokussierung auf kooperative Aspekte die Ausblendung der Konflikt- und Interessendimensionen nachhaltiger Entwicklung. Die Kopplung an Binnenmotive und Eigeninteressen der Betroffenen steht unter dem Verdacht, nicht genügend Transformationseffekte in Richtung Nachhaltigkeit bewirken zu können (Brand/Fürst 2002, 30). Die Gefahr, nur bekannte Gewinnerkoalitionen auszuweisen und wichtige, aber eben konfliktbehaftete Fragen der Regionalentwicklung nicht anzugehen, ist bei dieser Strategie nicht von der Hand zu weisen.

Steuerung durch Monitoring

Eine andere Möglichkeit, Fortschritte in Sachen Nachhaltigkeit zu erreichen, ist die Vereinbarung von Zielwerten und ihre Überprüfung mittels Indikatoren. Indikatoren können Sachverhalte deutlich machen, die sonst nicht wahrgenommen werden (Überschwemmungen als Indikator für Klimawandel), sie können für Bewusstsein sorgen und Nachhaltigkeit für die Öffentlichkeit anschaulich machen. Mittels Indikatoren lassen sich Ziele

und Zielwerte kommunizieren und die jeweils intertemporal erreichten Fortschritte sichtbar machen. Indikatorenwerte können damit zur Handlungsorientierung für eine nachhaltige Entwicklung auf den verschiedenen räumlichen Ebenen beitragen.

Die Erwartungen an die Entwicklung geeigneter Indikatorsysteme, die zugleich die wissenschaftlichen Kriterien wie Gültigkeit, Empfindlichkeit, Nachprüfbarkeit und Unabhängigkeit erfüllen, sind seit langem entsprechend groß. Zahlreiche Indikatorenkataloge für die Bewertung nachhaltiger Entwicklung auf unterschiedlichen räumlichen Ebenen wurden in den letzten Jahren vorgestellt und erprobt. Dennoch sind grundlegende Fragen noch nicht befriedigend gelöst: Sollen lokalspezifische Indikatoren oder interregional vergleichbare Indikatoren gewählt werden? Ist eine große Anzahl von Indikatoren notwendig, oder kann mit einer kleinen Anzahl bereits eine genügende Steuerung erreicht werden (Augsburg kommt mit 12 Indikatoren aus, Winterthur erhebt 134 Indikatoren)? In welchem Verhältnis sollen Zustands-, Antriebs- und Reaktionsindikatoren, in welchem Maße subjektive Indikatoren einfließen? Soll die Nachhaltigkeitsinzidenz gemessen werden, oder sind nur Handlungsindikatoren einzubeziehen? Ist ein Gesamtindikator zu bilden, oder ist das Indikatorenset im Zusammenwirken zu verstehen (wie bei den 21 Indikatoren der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie, Bundesregierung 2002), oder sind Indikatoren gegeneinander substituierbar?

Und nicht einmal bei der wichtigsten Frage, welche Zieldimensionen der Nachhaltigkeit abgebildet werden sollen, besteht Einigkeit. Einige Kataloge rubrizieren Indikatoren im Hinblick auf das Drei-Säulen-Modell, der FEST-Katalog fügt die Dimension Partizipation hinzu, die Deutsche Umwelthilfe dagegen benennt mit Plus- und Minus-Indikatoren die Dimensionen von Wohlbefinden, sozialer Gerechtigkeit, Umweltqualität/Ressourceneffizienz und wirtschaftlicher Effizienz. Schon hier werden Interpretationsspielräume sichtbar: Sind Naturschutzflächen ein Indikator für das menschliche Wohlbefinden oder ein Hinweis auf verantwortlichen Umgang mit nicht erneuerbaren Ressourcen? Ist die Kfz-Dichte ein Minus-Indikator für das Wohlbefinden oder ein Indikator für Mobilität? Ist das Regionalprodukt ein geeignetes Wohlfahrtsmaß? Wie lassen sich Wohnflächenwohlstand und Flächenverbrauch miteinander vereinbaren? Ist die Anzahl der Pkw je 1.000 Einwohner wirklich ein Indikator für Mobilität oder wären es erst die gefahrenen Kilometer (wenn man von der benötigten Fläche für den ruhenden Verkehr absieht)?

Nicht jeder Indikator gilt überall gleich; Nachhaltigkeitsrankings sind daher auch mit Vorsicht zu betrachten: Der Wasserverbrauch in der Kommune hängt u. a. auch von der Zahl der Gäste ab. Kommunen ohne Touristen stehen hier automatisch besser da als solche mit Tourismus. Die Pkw-Dichte ist von der Siedlungsstruktur und der Erschließung der Kommune mit öffentlichen Verkehrsmitteln abhängig. Und schließlich hat auch die Erhebungsart des Indikators Einfluss auf das Ergebnis: Flechten sind ein hervorragender Indikator für die Luftqualität, doch hängt ihr Wert als Indikator für eine Stadt von der Lage und Anzahl der Messpunkte ab.

Jeder Katalog definiert somit Dimensionen, Merkmale der Dimensionen und Indikatoren aus eigenem Vorverständnis heraus. Viele Indikatoren sind dabei der Datenverfügbarkeit geschuldet. Die Suche nach geeigneten Daten bindet weitere Ressourcen. Komplexe Indikatorenkataloge erzeugen neue Unübersichtlichkeit anstatt für Veranschaulichung zu sorgen. Schließlich ermöglicht die Vielzahl von Indikatorenkatalogen eine Auswahl von Indikatoren, die einem politisch passen, um die eigene Fortschrittlichkeit unter Beweis zu stellen. Deshalb ist Vorsicht geboten, wenn man auf die wissenschaftliche Lösung des Indikatorenproblems wartet. Regionen und Kommunen müssen selbst diejenigen Indikatoren herausfiltern, welche die für sie relevanten Ziele sichtbar machen, ihre Handlungsfelder definieren und Projektbewertungen ermöglichen.

Paradigmatische Steuerung: Leitbilder

Bleibt als zentraler Fokus der Nachhaltigkeitsidee die paradigmatische Steuerung. Nachhaltigkeit stellt ein neues Paradigma dar, das für die Region in konkrete regionale Visionen und Leitbilder umgesetzt werden kann. Derartige Leitbilder tragen Symbolcharakter für die Leitziele der Regionalentwicklung. Geraten sie schlüssig und werden geeignet kommuniziert, so lösen sie Lern- und Motivationseffekte in der Region aus, führen zu Imitationseffekten bei anderen regionalen Akteuren und erweitern das Akteursnetzwerk. Deshalb kann auch von „intrinsischer Steuerung“ gesprochen werden (Fürst/Knieling 2002).

Allerdings ist auch bei dieser Form der Selbststeuerung die Exit-Drohung der Akteure oder ihr Rückzug auf Spiele „negativer“ Koordination (Sicherstellung der eigenen Belange) virulent. Viele Leitbilddiskussionen leiden unter dem Zwang, Konsens erzielen zu wollen, und unter dem angestregten Bemühen, möglichst eingängig zu sein. Solange das Ziel Konsensbildung aber bedeutet, jegliche Konflikte zu vermeiden, wird die Chance eines gemeinsamen Lernprozesses vertan. Gerade dies könnte jedoch bei paradigmatischer Steuerung mit Blick auf Nachhaltigkeit anders ausfallen. Nachhaltigkeit erfordert ein Umdenken in der Regionalentwicklung, eine Veränderung von individuellen Einstellungen und Denkmustern. Dies kann nicht von oben herab verordnet werden, sondern muss in einem Lernprozess erarbeitet werden. Für die Koordination und Zielausrichtung dieses Umdenkens eignet sich die Leitbilddiskussion einer Region. Sie kann als Plattform für die notwendigen Verständigungs- und Lernprozesse genutzt werden. Deshalb sollten Leitbilddiskussionen als Prozess initiiert werden (Knieling 2000).

Aus Sicht der nachhaltigen Regionalentwicklung steht bei diesen Verfahren der Prozessnutzen in Richtung Konkretisierung der nachhaltigen Regionalentwicklung höher als die Verabschiedung des Leitbildes selbst. Gelingt es, Prozess und Leitbild zu kommunizieren, das Akteursnetzwerk zu erweitern und Zielvereinbarungen zu treffen, so kann aus verständiger Kommunikation eine im Sinne der Nachhaltigkeit *verantwortliche Kooperation* erwachsen. Auf Basis dieses „Sozialkapitals“ kann dann die Umsetzung integrierter Regionalentwicklung durch ein handlungsfähiges Regionalmanagement erfol-

gen, welches die Projektideen vorantreibt, die regionalen Kompetenzen und Potentiale von Akteuren und Verwaltung vernetzt und über die Fortschritte berichtet (Hahne 1999).

Resümee

Lokale und regionale Agenda-Prozesse stellen eine Innovation im politischen Prozess dar, die durch neue selbst-organisierte Formen der Beteiligung, Netzwerkbildung und Einbindung von Nicht-Regierungsorganisationen gekennzeichnet ist. Diese neuen Akteurskonstellationen innovieren regionale Entwicklungsprozesse und treiben den regionalen Nachhaltigkeitsdialog als Lernprozess voran. Allerdings: Intrinsische Steuerung hängt vom Verhalten der Akteure ab. Wer sich nicht mit einzelnen „verständigen“ Inseln der Nachhaltigkeit zufrieden gibt, sondern über Nischenprozesse hinausgelangen und Nachhaltigkeit als gesamtgesellschaftliche Zielrichtung vorantreiben möchte, braucht stärkere Instrumente. Mittels Monitoring, Anreizen („goldener Zügel“), aber auch Sanktionsmöglichkeiten („Schatten der Hierarchie“) lassen sich Agenda-Prozesse in größere Verbindlichkeit überführen. Einen Schritt in diese Richtung machen auch neue Förderprogramme, welche Beteiligungsformen der Agenda übernehmen und so regionsspezifischer und akteursbezogener ausgestaltet werden. Das Einfordern der Nachhaltigkeit wird dann durch die Akteurskonstellation gesichert. Auch dies ist ein bemerkenswerter Fortschritt.

Ob aber die Zeitmaße der Lernprozesse hin zum gemeinwohlorientierten Bürger, die Dauer des Wandels von Einstellungen und Denkmustern in Richtung der Nachhaltigkeit mit den Zeitmaßen der Steuerungserfordernisse übereinstimmen, kann bezweifelt werden. So bleibt am Ende dieser Betrachtung analog der These von Brand und Fürst (2002) auch der Verdacht, dass die Steuerungsmöglichkeiten (und das Wissen) für eine nachhaltige Entwicklung nicht ausreichen.

Gerade weil aber weder Wissenschaft noch Staat allwissend sind, bieten die lokalen und regionale Agenden Ansatzpunkte für einen Umdenkungsprozess. Auch wenn die Nachhaltigkeitsdebatte nur langsam und zögerlich auf kommunaler und regionaler Ebene in Gang gekommen ist, finden sich doch in ihr wichtige Lern- und Steuerungsmöglichkeiten. Je besser die Einbindung der losen Akteursnetzwerke in handlungsfähige Organisationsstrukturen und die Überführung in die Mainstream-Politik gelingt, desto tragfähiger wird das Konzept auf regionaler Ebene.

Literatur

- Brand, K.-W., V. Fürst 2002: Sondierungsstudie Voraussetzungen und Probleme einer Politik der Nachhaltigkeit. Eine Exploration des Forschungsfelds. In: K.-W. Brand (Hg.): Politik der Nachhaltigkeit: Voraussetzungen, Probleme, Chancen – eine kritische Diskussion. Berlin. S. 15-109.
- Brendle, U. 1999: Musterlösungen im Naturschutz: politische Bausteine für erfolgreiches

Handeln. Münster-Hiltrup.

- Bückmann, W. 2002: Probleme der Transformation des Nachhaltigkeitsgebots in das Recht. In: K.-W. Brand (Hg.): Politik der Nachhaltigkeit: Voraussetzungen, Probleme, Chancen – eine kritische Diskussion. Berlin. S. 145-160.
- Bundesregierung 2002: Perspektiven für Deutschland. Unsere Strategie für eine Nachhaltige Entwicklung. Berlin.
- Eblinghaus, H., A. Stickler 1996: Nachhaltigkeit und Macht. Zur Kritik von Sustainable Development. Frankfurt/M.
- Fürst, D., J. Knieling 2002: Konsens-Gesellschaft und innovationsorientierte Entwicklung. Neue Modelle der Wissensproduktion und -verarbeitung (Modus 2) am Beispiel der „Lernenden Region“. Expertise für das BMBF. Hannover.
- Göppel, J. 2000: Die Farben der Zukunft – wie regionales Wirtschaften erfolgreich wird. Ansbach (=DVL-Schriftenreihe 5).
- Grabher, G. 1994: Lob der Verschwendung: Redundanz in der Regionalentwicklung. Berlin.
- Hahne, U. 1999: Integrierte regionale Entwicklungskonzepte. Begriffsbestimmung, Anspruch und Realität. In: Deutsche Vernetzungsstelle LEADER II (Hg.): Regionale Entwicklungskonzepte planen und realisieren. Frankfurt/M. S. 7-14.
- Hirschman, A. O. 1967: Die Strategie der wirtschaftlichen Entwicklung. Stuttgart.
- Hummelbrunner, R. u. a. 2002: Systemische Instrumente für die Regionalentwicklung. Endbericht im Auftrag des Bundeskanzleramtes. Wien.
- ICLEI 2002: Second Local Agenda 21 Survey. Background Paper No. 15 of the Commission on Sustainable Development, Second Preparatory Session for the World Summit on Sustainable Development.
- Knieling, J. 2000: Leitbildprozesse und Regionalmanagement. Frankfurt/M. u. a.
- Kommission der Europäischen Gemeinschaften 2001: Nachhaltige Entwicklung in Europa für eine bessere Welt. Strategie der Europäischen Union für die Nachhaltige Entwicklung. Vorschlag der Kommission für den Europäischen Rat. Brüssel.
- Lindloff, K., L. Schneider 2001: Handbuch nachhaltige regionale Entwicklung. Kooperations- und Vernetzungsprozesse in Region, Landkreis, Stadt und Gemeinde. Dortmund (=Handbücher zum Umweltschutz, Bd. 3).
- Lötscher, L., S. Schmitz 2001: Der beschwerliche Weg zu einer nachhaltigen Stadtentwicklung. In: Berichte zur deutschen Landeskunde, 75. Band, 2-3. S. 333-342.
- Oels, A. 2002: Warten aufs Christkind. Zehn Jahre Lokale Agenda 21. In: Politische Ökologie 76. S. 46-49.
- Popp, D. 1999: Aktionsleitfaden für Regionalinitiativen. Ansbach (=DVL-Schriftenreihe 3).
- Scharpf, F.W. 2000: Interaktionsformen. Akteurzentrierter Institutionalismus in der Politikforschung. Opladen.

Sybille Bauriedl und Markus Wissen ■

Nachhaltigkeit als Konfliktterrain. Post-fordistische Transformation und Repräsentationen von Natur in der Metropolregion Hamburg¹

0 Einleitung

Seit der Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung (UNCED) 1992 in Rio de Janeiro ist „nachhaltige Stadtentwicklung“ ein Dauerbrenner: Die Agenda 21, das Abschlussdokument der UNCED, hebt die zentrale Rolle der Städte bei der nachhaltigen Gestaltung gesellschaftlicher Entwicklung hervor. In der „Aalborg-Charta“ von 1994 wird dies in Form von einschlägigen Selbstverpflichtungen, die sich die unterzeichnenden Kommunen auferlegen, bekräftigt. Die Zweite UN-Konferenz über Wohn- und Siedlungsfragen (Habitat II) 1996 in Istanbul begriff die Entwicklung der städtischen Ballungszentren als entscheidende Herausforderung einer nachhaltigen Entwicklung. Bei der Weltkonferenz zur Zukunft der Städte (Urban 21), die 2000 in Berlin stattfand, wurden Leitlinien für eine städtische „good governance“ diskutiert, die der Aufgabe nachhaltiger Stadtentwicklung Rechnung tragen sollen. Und auch auf dem Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung 2002 in Johannesburg steht die Rolle der Städte auf der Tagesordnung. Schließlich seien die unzähligen „lokalen Agenden“ erwähnt, in deren Rahmen sich lokalstaatliche und sogenannte „zivilgesellschaftliche“ Akteure über konkrete Maßnahmen nachhaltiger Stadtentwicklung zu verständigen versuchen.

In den Sozialwissenschaften im deutschsprachigen Raum hat die gestiegene politische Relevanz des Themas zu einer Fülle von Veröffentlichungen geführt, die sich grob in zwei Gruppen unterteilen lassen. Erstens geht es um Nachhaltigkeitsleitbilder und -indikatoren: Bezogen auf einzelne Bereiche von Stadtentwicklung (Flächennutzung, Mobilität, Energieversorgung, Entsorgung u. a.) wird der Nachhaltigkeitsbegriff im Rahmen konkreter Leitbilder operationalisiert (vgl. Brake/Netzbandt 1995, BUND/Misereor 1996, Einig/Petzold/Siedentop 1998, Hall/Pfeiffer 2000), und es werden Bewertungsmaßstäbe in Gestalt von Indikatoren entwickelt, die es ermöglichen sollen, den Grad der Annäherung bzw. Entfernung tatsächlicher Entwicklungen an die Leitbilder bzw. von den Leitbildern

städtischer Nachhaltigkeit abzubilden (z. B. Kreibich 1999). Das Erkenntnisinteresse der Leitbilder- und Indikatorenforschung liegt darin, den Akteuren auf dem Feld nachhaltiger Stadtentwicklung Orientierungsangebote zu machen, aus den Implementationsproblemen nachhaltiger Stadtentwicklungspolitik Verbesserungsvorschläge abzuleiten und ein Instrumentarium zu entwickeln, anhand dessen die Entwicklung von Städten und Regionen mit dem Nachhaltigkeitspostulat konfrontiert werden kann (vgl. Biehler 1995, 93).

Zweitens geht es um Verfahren und Instrumente nachhaltiger Stadtentwicklung. Ziel ist es, die Formulierung und Implementation einer an den Nachhaltigkeits-Leitbildern orientierten Politik zu erleichtern. Dahinter verbirgt sich zum einen die Erfahrung einer Diskrepanz zwischen stadtentwicklungspolitischen Zielen und realen Entwicklungen, die auf die mangelnden Problemlösungskapazitäten herkömmlicher Steuerungsinstrumente zurückgeführt wird. Ein Vorschlag hier lautet, hierarchische Formen staatlicher Intervention (z. B. in der Regionalplanung) durch verhandlungsdemokratische Elemente zu ergänzen und der horizontalen Selbstkoordination von Akteuren mehr Spielraum zu geben (Einig/Petzold/Siedentop 1998, 73 ff.). Vorgeschlagen wird z. B. auch die Einführung einer kommunalen „Naturhaushaltswirtschaft“. Mit deren Hilfe soll der „Umweltverbrauch“ von Kommunen transparent gemacht und gesteuert werden (vgl. Robrecht 2000, 270 f.). Zum anderen wird – verstärkt seit Mitte der 1990er Jahre – über neue Beteiligungsformen diskutiert. Der Erfolg einer nachhaltigen Stadtentwicklungspolitik, so die Überlegung hier, hänge von einem breiten, in partizipativen Prozessen herzustellenden gesellschaftlichen Konsens ab (vgl. Richter 1995, 106, Simonis 1995, 30). Der empirische Ausgangs- bzw. Bezugspunkt dieser Debatte sind die negativen Erfahrungen mit traditionellen Beteiligungsverfahren wie „Bürgeranhörungen“ und vor allem die sich vielfach von unten entwickelnden neuen Beteiligungsformen wie lokale Runde Tische, „Zukunftsräte“ oder Agenda-21-Foren, die auf ihre Partizipations- und Effizienzpotenziale hin untersucht werden (vgl. Feindt 1997, Selle 2000, Selle/Sinning 2000).

Auffällig an beiden Strängen der Nachhaltigkeitsliteratur ist erstens, dass sie sich primär auf einer normativen Ebene bewegen. Nachhaltigkeit wird als noch zu erreichendes Ziel bzw. als Norm begriffen, an der die stadtentwicklungspolitische Praxis zu messen sei. Sie wird nicht auch als diskursiver und materieller Aspekt der gesellschaftlichen Wirklichkeit und des Strukturwandels der Städte selbst konzeptualisiert. Zweitens wird eine von allen Akteuren prinzipiell geteilte Krisendefinition unterstellt, aus der sich ein ebenso geteiltes Interesse an nachhaltiger Stadtentwicklung ergebe. Vorrangige Aufgabe von Wissenschaft sei es folglich, durch die Entwicklung von Leitbildern, Indikatoren und Steuerungsmechanismen Wege zur Überwindung der Krise zu weisen. Hans-Dieter von Frieling und Eva Gelinsky haben in der geographischen *revue* diese Herangehensweise an die Nachhaltigkeitsthematik zurecht kritisiert: Sie beruhe auf unausgesprochenen Voraussetzungen, „alles, was mit der dominierenden Terminologie bzw. Sichtweise der Probleme nicht zusammenpasst, verschwindet als möglicher Erkenntnisgegenstand.“ Dadurch würden „maßgebliche und einflussreiche Akteure, divergierende Interessen und Konflikte

im Handlungsfeld von Sustainable Development nur selten explizit benannt und noch seltener kritisch diskutiert“ (von Frieling/Gelinsky 2001, 32).

Wir möchten im Folgenden die Kritik am Nachhaltigkeitskonzept und an der dominanten Form wissenschaftlicher Auseinandersetzung mit diesem weiterführen: Anknüpfend an von Frieling und Gelinsky, aber den ideologiekritischen Rahmen verlassend, untersuchen wir die Nachhaltigkeitsdebatte unter hegemonietheoretischen Gesichtspunkten. Wir interpretieren die zunehmende Relevanz des Konzepts nachhaltiger Stadtentwicklung in den 1990er Jahren als Anzeichen für einen Wandel in den gesellschaftlichen Naturverhältnissen. Dieser Wandel ereignet sich jedoch parallel zu einer anderen Entwicklung, nämlich dem Aufstieg des Leitbilds von der „unternehmerischen Stadt“ (Harvey 1989, Mayer 1990) und – damit einhergehend – der Verschärfung sozialräumlicher Widersprüche in den Städten. Die Frage, die uns interessiert, ist, wie beide Entwicklungen interagieren (vgl. Gibbs/Jonas 2000), genauer: welchen Beitrag das Nachhaltigkeitskonzept zur Regulation der Widersprüche post-fordistischer Entwicklung leistet. Wir gehen in drei Schritten vor: Erstens erläutern wir zentrale theoretische Konzepte, die unserer Analyse zu Grunde liegen, und entwickeln hiervon ausgehend ein Verständnis von Nachhaltigkeit als *Konfliktterrain*; zweitens befassen wir uns in einer Fallstudie der Region Hamburg mit den Repräsentationen von Natur im dortigen Entwicklungskonzept; und drittens werden wir die Interaktion der Konzepte „Nachhaltigkeit“ und „unternehmerische Stadt“ an diesem empirischen Beispiel untersuchen.

1 Theoretische Überlegungen

1.1 Widerspruch, Konflikt, Regulation

In unserer Analyse spielen drei Begriffe eine zentrale Rolle, die im Folgenden erläutert werden sollen: Widerspruch, Konflikt und Regulation. Der Begriff „Widerspruch“ bezeichnet eine wesentliche Eigenschaft der kapitalistischen Vergesellschaftungsform, nämlich die Tatsache, dass der Akkumulationsprozess permanent dazu tendiert, seine sozialen und ökologischen Grundlagen zu untergraben und damit gleichzeitig seine eigene Profitabilität in Frage zu stellen.

Aber trotz dieses Widerspruchs hat sich der Kapitalismus als stabiler erwiesen als von vielen (frühen) marxistischen Theoretikern angenommen: Der Zusammenbruch kapitalistischer Gesellschaften war die Ausnahme, während ihre Reproduktion die Regel darstellte. Es ist eines der Verdienste der Regulationstheorie, hierfür eine Erklärung angeboten zu haben. Im Zentrum dieser Erklärung steht der Begriff der Regulation, vor dessen Erläuterung ein Blick auf den Zusammenhang zwischen Widerspruch und Konflikt notwendig ist: Die Widersprüchlichkeit kapitalistischer Vergesellschaftung kann Konflikte hervor rufen, auch wenn sie dies nicht notwendigerweise tut. Die Beziehung zwischen Widerspruch und Konflikt ist keine kausale. Sie lässt sich, in den Worten von Jessop (1990), angemessener

als „contingent necessity“ bezeichnen. Das heißt, dass sich Widersprüche erst dann in Konflikten artikulieren, wenn sie von gesellschaftlichen Akteuren politisiert werden (wobei sich gesellschaftliche Akteure umgekehrt oft erst in Konflikten konstituieren).

Die materiellen und diskursiven Praktiken, in denen sich Konflikte äußern, und die Kompromisse, die gesellschaftliche Akteure eingehen, können sich in Institutionen verdichten. Unter Institutionen verstehen wir kodifizierte und nicht-kodifizierte Regelwerke, die bestimmte Handlungen restringieren und andere begünstigen und dabei die Vereinbarkeit zwischen sozialen Konflikten und den Erfordernissen des Akkumulationsprozesses gewährleisten. Gelingt es, diese Vereinbarkeit zu herzustellen, dann findet das statt, was in der Regulationstheorie als Regulation bezeichnet wird. Es sei betont, dass das Verhältnis zwischen Konflikt und Regulation ebenso wie das zwischen Widerspruch und Konflikt kein kausales ist. Regulation *kann* das Ergebnis von Konflikten sein, sie ist es jedoch nicht notwendigerweise. Des Weiteren spielen nicht-intendierte Handlungsfolgen eine wichtige Rolle.

1.2 Regulation und Nachhaltigkeit

Durch Regulation werden die Widersprüche kapitalistischer Vergesellschaftung nicht aufgehoben, allerdings werden sie prozessierbar gemacht. Regulation bedeutet auch nicht die Abwesenheit von Konflikten. Jedoch werden durch Regulation die Terrains definiert, auf denen Konflikte stattfinden können, ohne dass sie die Profitabilität des Akkumulationsprozesses bedrohen.

An dieser Stelle kommt nun das Nachhaltigkeitskonzept ins Spiel – vorausgesetzt, Nachhaltigkeit wird anders konzipiert als dies in den Sozialwissenschaften gemeinhin geschieht. Wie eingangs erläutert, geht das vorherrschende Nachhaltigkeitsverständnis implizit oder explizit davon aus, dass die Gesellschaft mit einer Umweltkrise konfrontiert ist. Diese müsse gelöst werden, um die künftigen Lebensbedingungen zu sichern. Die Notwendigkeit zur Lösung der Umweltkrise wird als eine nicht-kontroverse Frage betrachtet, weil jeder und jede von der Krise betroffen sei. Smog sei demokratisch, heißt es bei Beck (1986). Folglich müsse Nachhaltigkeit, verstanden im Sinne des Brundtland-Berichts als Gerechtigkeit zwischen den Generationen, in aller Interesse sein.

Was bei der Orientierung an Problemlösungen vernachlässigt wird, ist der konflikt-hafte Charakter von Nachhaltigkeit, in den Worten von Guy und Marvin (1999, 273): „... within environmental research this recognition of strategic contingency is often thought to be somehow distracting from the real business of solving what are taken to be self-evident and mutually acknowledged problems.“ Indem er Nachhaltigkeit als eine weithin akzeptierte Norm konzeptualisiert, vernachlässigt der Mainstream der Forschung, dass, was nachhaltig für den einen ist, die Lebensbedingungen der anderen bedrohen kann (vgl. Keil 2000).

Die regulationstheoretische Perspektive, die wir oben skizziert haben, führt uns zu einer anderen Konzeptualisierung von Nachhaltigkeit. Anstatt Nachhaltigkeit primär auf

einer normativen Ebene zu diskutieren, gehen wir der Frage nach, welche Rolle das Konzept in sozialen Konflikten spielt (vgl. Gibbs/Jonas 2000), mit anderen Worten, wie die Auseinandersetzungen über Nachhaltigkeit dazu beitragen, die sozialen und ökologischen Widersprüche kapitalistischer Vergesellschaftung prozessierbar zu machen, indem sie zur Herausbildung neuer gesellschaftlicher Naturverhältnisse beitragen.² Nachhaltigkeit, wie wir sie verstehen, ist folglich ein *Konfliktterrain* (vgl. Graham/Keil 1997, Desfor/Keil 1999). Weiter unten werden wir dieses Verständnis von Nachhaltigkeit auf ein empirisches Beispiel anwenden.

1.3 Die „Scale“-Problematik

Unsere letzte theoretisch-konzeptionelle Bemerkung handelt von dem Begriff „scale“. Dieser bezeichnet zum einen die räumliche Ebene, auf denen sich gesellschaftliche und staatliche Akteure organisieren, auf denen Konflikte ausgetragen werden und auf denen sich Institutionen heraus bilden: die lokale, nationale, supranationale oder globale Ebene. Zum anderen steht der Begriff für das Verhältnis dieser Ebenen zueinander. Dabei geht es darum, wie die Prozesse und Institutionen auf den diversen räumlichen Ebenen miteinander interagieren und inwieweit sich dabei räumliche Dominanzverhältnisse herausbilden.

Der ursprüngliche Fokus der Regulationstheorie war die räumliche Ebene des Nationalstaats. Das begründet sowohl die Stärke als auch die Schwäche des Ansatzes: die Stärke, weil dieser Fokus sich bei der Analyse der fordistischen Phase kapitalistischer Entwicklung als fruchtbar erwiesen und damit die regulationstheoretische Begriffsbildung wesentlich vorangetrieben hat; die Schwäche, weil er den Blick auf die regulatorischen Potenziale einer post-fordistischen Konstellation verstellt. Aus einer traditionellen regulationstheoretischen Perspektive stechen vor allem die Ungleichzeitigkeiten post-fordistischer Entwicklung hervor – in erster Linie die Divergenz zwischen nationalem Regulations- und globalem Akkumulationsraum – und deuten auf eine Fortdauer der Fordismuskrise hin. Neue, post-fordistische Formen von Regulation geraten dagegen nicht in den Blick.

Dies ändert sich, wenn man die Regulationstheorie in zweierlei Hinsicht weiterdenkt. Erstens geht es darum, deutlich zu machen, dass es sich bei ihr nicht um eine „Gleichgewichtswissenschaft“ handelt (vgl. Röttger 1995). Goodwin und Painter (1997, 23) folgend schlagen wir vielmehr vor, Regulation als „process, unevenness, tendency, and practice“ zu verstehen, anstatt sie mit „stability, coherence, functionality, and structure“ zu assoziieren. Zweitens erscheint es uns irreführend, unter post-fordistischen Bedingungen nach einer stabilen Regulationsweise auf nationaler Ebene zu suchen. Vielmehr sollte es darum gehen, „regulatory processes“ (Goodwin/Painter 1997) auf verschiedenen räumlichen Ebenen zu identifizieren.

Die lokale und die regionale Ebene sind in diesem Zusammenhang von wachsender Bedeutung: Wenn ein zentrales Merkmal post-fordistischer Entwicklung in der räumlichen Ungleichheit liegt, dann steigt der Bedarf an geographisch spezifischen Antworten und mit

ihm die Bedeutung lokaler sowie regionaler Akteure und Institutionen (vgl. Gibbs/Jonas 2000, Mayer 1991). Die neue Bedeutung der lokalen und regionalen Ebene geht jedoch einher mit einem steigenden Einfluss wirtschaftlicher Interessen: „A reduction in the scale of regulatory-institutional organisation increases the power of capital over space and constrains the command of territorially-organised interests to control territorial organisation.“ (Swyngedouw 1992, 61) Die Suche nach lokal- und regionalspezifischen Antworten kann deshalb nicht ohne Berücksichtigung nationaler und globaler Prozesse und Institutionen verstanden werden. Insofern erscheint es angemessener, von „re-scaling“, „Glokalisierung“ oder der Reartikulation räumlicher Ebenen zu sprechen als von Lokalisierung oder einer Aufwertung der lokalen und regionalen Ebene (Brenner 1998). In der Fallstudie über die Region Hamburg werden wir deshalb auch die restringierenden – bzw. aus der Perspektive bestimmter Interessen ermöglichenden – Einflüsse in Betracht ziehen, die von anderen räumlichen Ebenen ausgehen.

Insgesamt sollen im folgenden zwei Aspekte der aktuellen Nachhaltigkeitsdebatte in der Beispielregion Hamburg interessieren:

- der Begriff von Natur, der in ihr anzutreffen ist bzw. dort zum Einsatz kommt und
- die neue Form der Organisation des Umgangs mit (dieser) Natur, wie sie durch die Nachhaltigkeitsdebatte vermittelt und als Realität von Stadtpolitik verwirklicht wird.

2 Naturverständnisse und Naturverhältnisse im regionalen Nachhaltigkeitsdiskurs

Natur ist ein problematischer Begriff. Er ist sehr vertraut und gleichzeitig schwer fassbar, er widersetzt sich unserer Definitionsmacht³ (Soper 1995). Unseres Erachtens ist ein diskurstheoretischer Ansatz geeignet, mehr über die Bedeutung von Naturbildern bei der Materialisierung der regionalspezifischen Beziehungen zwischen Natur und Gesellschaft in Erfahrung zu bringen. Der Begriff „Natur“ ist entstanden in Erzählungen verschiedener historischer und räumlicher Kontexte (Hajer 1995). Eine spezifische raum-zeitlich eingeschriebene Erzählung lässt sich in der Entwicklung der Region Hamburg finden. Unser Interesse ist es, den Kontext post-fordistischer Transformationsprozesse und die naturalisierende Funktion des Nachhaltigkeitsdiskurses in der Metropolregion zu betrachten. Das Fallbeispiel Hamburg ist dabei insofern aufschlussreich, als hier ein umfassendes Entwicklungskonzept vorliegt, das Nachhaltigkeitsprobleme zu integrieren versucht und das außerdem unter Beteiligung vielfältiger Akteure entstanden ist.

2.1 Die räumliche Struktur Hamburgs

In der „Metropolregion Hamburg“, zu der neben Hamburg selbst die angrenzenden Landkreise von Schleswig-Holstein und Niedersachsen gehören, leben mehr als drei Millionen Menschen. Aufgrund der großen landwirtschaftlich bzw. industriell – besonders hafenen-

wirtschaftlich – genutzten Flächen ist die Bevölkerungsdichte eher niedrig. Die Stadt Hamburg besteht zu 13 Prozent aus Parks und Grüngürteln sowie zu 23 Prozent aus Landschafts- und zu sechs Prozent aus Naturschutzgebieten. Sie gilt als eine der grünsten Städte in Deutschland (Umweltbehörde Hamburg 1997, 20). Die wichtigsten räumlichen und raumstrukturierenden Merkmale der Region sind die „Waterfront“, die Hafenaareale am südlichen, dem Stadtzentrum gegenüber liegenden Ufer der Elbe und die acht vom Stadtzentrum ausgehenden Achsen, an denen sich die Wohnbebauung, die Industrieansiedlung und die Verkehrsentwicklung orientieren. Zwischen diesen Achsen befinden sich geschützte „grüne Zonen“ für Erholungszwecke.

Die benachbarten Landkreise Niedersachsens und Schleswig-Holsteins profitieren von der Nähe Hamburgs. Sie gehören zu den wohlhabendsten und den am schnellsten wachsenden Regionen ihres jeweiligen Bundeslandes. Ca. 250.000 Menschen pendeln täglich zu ihrem Arbeitsplatz in Hamburg (Strüver 2000). Nach der Wiedervereinigung 1990 wurde ein trilaterales, länderübergreifendes Konzept regionaler Entwicklung erarbeitet. Ergänzend zu der internationalen Orientierung nach Osten soll damit das Image einer „Metropolregion“ gestärkt werden, die sich in einem Radius von 40 Kilometern um Hamburgs City erstreckt.

Die verschiedenen administrativen Grenzen, mit denen Hamburg als Stadt und Bundesstaat umgehen muss, bilden den Hauptgrund für die intensive Kooperation mit den angrenzenden Bundesländern. Im November 1991 unterzeichneten Hamburg, Schleswig-Holstein und Niedersachsen eine trilaterale Vereinbarung über die Ausarbeitung eines Programms für die gemeinsame Regionalentwicklung. 2000 wurde das Programm verabschiedet. Es deckt Bereiche wie Flächennutzungsplanung, Umweltschutz, Naherholung, Müllverwertung, Wissenschaft, Bildung, Transport, Frauenbelange und Wirtschaftsentwicklung ab. In seiner Entwurfsphase wurde das Programm von einem breiten Akteurspektrum diskutiert: Beteiligt waren neben den zuständigen Verwaltungsressorts die Industrie- und Handelskammern, der Gewerkschaftsbund und Kreistagsabgeordnete. Darüber hinaus wurden wichtige „stakeholder“ wie Umweltverbände, Bauern- und Dienstleistungsverbände sowie politische Parteien konsultiert. Das Programm hat das Ziel, Kontinuität, Transparenz und Partizipation in der Regionalplanung ebenso zu stärken wie die Position Hamburgs im Wettbewerb europäischer Regionen (Petersen 2000, 51). Die beteiligten Bundesländer vereinbarten, alle zukünftigen Entscheidungen, die die Region betreffen, auf das Programm abzustimmen.

2.2 Bilder der Stadt – Die „Natur“ des Entwicklungsprogramms der Region Hamburg

Um Aussagen über das Naturverständnis in der Stadt- und Regionalpolitik treffen zu können, haben wir das Programm auf der Basis der kritischen Diskursanalyse untersucht (Fairclough 1989, Wodak 1996, 17 ff.). Naturbedeutungen werden mittels herrschender

Begriffsassoziationen produziert und reproduziert. Zunächst haben wir daher die Naturzuschreibungen analysiert. Der Begriff „Natur“ wird im REK 2000 äquivalent benutzt mit den Begriffen *Landschaft*, *Naturraum*, *Naturgüter* und *Naturhaushalt*. Aber weder diese Begriffe noch ihre materielle Äußerung werden genauer definiert. Der Begriff „Natur“ selbst ist nicht verbunden mit einem bestimmten Wert. „Natur“ wird am häufigsten in Verbindung mit den Adjektiven *schützenswert* und *erhaltenswert*, *belastet*, *leistungsfähig*, *funktionsfähig*, *produktiv* und *nutzungsfähig*, *attraktiv* und *typisch* benutzt. Nur jeweils einmal werden im Text die Adjektive *vielfältig*, *eigenartig*, *schön*, *abwechslungsreich*, *wertvoll* gebraucht. Es gibt drei dominierende Bedeutungen von Natur in der Regionalentwicklungsdebatte. Erstens handelt es sich um die *Naturschutz-Debatte*: Um Produktivität und Leistungsfähigkeit der Natur zu erhalten, werden Schutzmaßnahmen für nötig erachtet. Die zweite Bedeutung ist die *Naherholungs-Debatte*: Um die Erholungsqualität und die Freizeitmöglichkeiten zu verbessern, soll die typische Landschaftsform der Region erhalten werden. Das wird ebenso für die Wochenenderholung wie für das tägliche Lebensumfeld als bedeutsam identifiziert. Drittens handelt es sich um die *Regionalmarketing-Debatte*: Die Attraktivität der Region wird durch das Herausstellen typischer Landschaften mit ihrer besonderen Flora und Fauna zu steigern versucht.

Welche Folgen hat diese Repräsentation von Natur für die städtische Politik? Die verschiedenen Erzählweisen von Natur werden gebraucht für die Erzählweise des Marketing-Images, das „grüne Dienstleistungsmetropole“ genannt wird. Die wichtigsten Wirtschaftsbranchen Hamburgs befinden sich größtenteils auf innerstädtischen Flächen. Für die Angestellten dieser und angegliederter Bereiche mit mittleren und hohen Einkommen liegen die bevorzugten Wohngebiete im suburbanen Raum, in Alsternähe oder in den westlichen Stadtteilen am Elbrand, also in Gebieten mit hohem Naherholungswert. Hamburg möchte seine Position als eine bedeutende europäische Region für diese Wirtschaftsbereiche stärken, besonders für die Bereiche IT, moderne Dienstleistungen und Luftfahrt. Eine für Investitionen und wirtschaftliche Anstrengungen interessante Region braucht eine *effektive* und *attraktive Natur* (REK 2000), um die Nachfrage nach Freizeitbeschäftigung der einkommensstarken Beschäftigten befriedigen zu können. „Natur“ ist damit ein politischer Faktor, um ein regionales Image zu begründen. Dieser Faktor muss gestärkt und Natur muss entsprechend geschützt werden. Im laufenden Prozess der regionalen Kooperation hat die Hamburger Handelskammer eine führende Position übernommen. Aus ihrer Sicht muss die Metropolregion Hamburg eine regionale Marketingstrategie entwickeln, um sich am internationalen Wettbewerb um die *global players* erfolgreich beteiligen zu können. Was die begehrten *global players* in der Region Hamburg finden können, sind laut REK 2000 *Planungssicherheit* und eine *grüne Natur*. Dies sind die Schlüsselbegriffe des Regionalen Entwicklungsprogramms, das sich auf einen breiten Konsens der etablierten Akteure der Regionalpolitik beruft.

2.3 Sustaining nature: Naturbilder für soziale Gerechtigkeit und Wirtschaftswachstum

Das Regionale Entwicklungskonzept (REK 2000) passt sich in die Nachhaltigkeitsdebatte ein. Es entwirft ein funktionales Verständnis von Natur und reproduziert damit ein gesellschaftliches Naturverhältnis in der Form einer Objektbeziehung. Was können wir über die Konstruktion von Natur in diesem Zusammenhang lernen? Welche Art von machtgefüllter Natur ist hier zu finden? Macnaghten und Urry haben für den Bedeutungsgehalt des Naturverständnisses in der Übergangsphase zur post-fordistischen Gesellschaft den Begriff des *sustaining nature* geprägt (Macnaghten/Urry 1998). Im Bemühen, Naturressourcen zu erhalten, geht es demnach eher darum, Natur „nachhaltig“ zu machen als eine nachhaltige Gesellschaft zu entwickeln. Eine post-fordistische Gesellschaft lässt sich charakterisieren durch neue Produktionsweisen und veränderte Sozialstrukturen, die besondere Formen von Legitimation und Identifikation brauchen. Nach Macnaghten/Urry muss ein adäquates Set von Bedeutungen von Natur gefunden werden, um den Umgang mit Natur zu rechtfertigen. Nach der Konzentration auf lokale Umweltverschmutzung ist eine Politik der ökologischen Modernisierung entworfen worden. Die soziale Marktwirtschaft wird umgebaut in eine ökologisch-soziale Marktwirtschaft, eingebettet in das Leitbild Nachhaltigkeit.

Das ist die dominante Ausrichtung der deutschen Umweltpolitik. Das REK 2000 kann als ein Beispiel für die Umsetzung der Strategie ökologischer Modernisierung betrachtet werden. Es begreift letztere als einen Weg zur Lösung aktueller Probleme und enthält eine diskursive Produktion von Natur als Ressource post-industrieller Modernisierung. Für den post-fordistischen Strukturwandel wird eine effiziente Natur gebraucht. Nach dem Regierungswechsel in Hamburg 2001 hat es hier eine leichte Akzentverschiebung gegeben. Zwar bleibt das REK 2000 der Orientierungsrahmen der Regionalentwicklung, jedoch werden Nachhaltigkeitsstrategien nicht forciert weiterentwickelt. Des Weiteren sind die entwicklungspolitischen Kompetenzen der im rot-grünen Senat am Nachhaltigkeitsleitbild orientierten Ressorts (Umweltbehörde, Stadtentwicklungsbehörde) gegenüber den stärker wachstumsorientierten Ressorts (Behörde für Bau und Verkehr, Finanzbehörde, Wissenschaftsbehörde) geschwächt worden. Das aktuelle Stadtentwicklungsleitbild baut auf dem Konzept der „wachsenden Stadt“ auf, das sich u. a. durch Verkehrsbeschleunigung und zunehmende Flächenansprüche für Gewerbe- und Wohnungsbau auszeichnet und noch deutlicher die „Umweltpolitik als Wegbereiter für Wirtschaftsentwicklung“ versteht.⁴ In der Stadtentwicklungspolitik der neuen Koalition wird die Idee einer effizienten Natur zum Zweck der ökologischen Modernisierung und Wettbewerbsfähigkeit konsequent vertreten.

Das Nachhaltigkeitskonzept, wie wir es in der Hamburger Regionalpolitik finden, beruht auf drei Erzählungen über Natur. Die erste Erzählung enthält eine neue *Wahrnehmung von Natur*, bei der Umweltentwicklung mit Nachhaltigkeitsindikatoren gemessen wird. Es wird argumentiert, dass verständliche Politik, mit der klare Verbesserungsziele verbunden

sind, nur mit Umweltmessungen machbar ist (UNCED 1992). Die zweite Erzählung spricht von einer veränderten *Funktion von Natur*. Natur ist nicht mehr allein eine ubiquitäre Ressource für die industrielle Produktion, sondern ein Bestandteil politischer Auseinandersetzungen bei der Verteilung begrenzter Handlungsmöglichkeiten. Natur wird hier als begrenzender Faktor verhandelt. Die dritte Erzählung handelt von veränderten *scales of nature* mit komplexen globalen Verbindungen von Umweltprozessen einerseits und lokalen, alltäglichen Konflikten aufgrund unterschiedlicher Umweltinteressen andererseits. Natur erhält auf diese Weise eine neue globale Erscheinung. Die Wissenschaften haben dazu beigetragen, dass Umweltprobleme als global, ernsthaft, drängend und von Wechselwirkungen bestimmt wahrgenommen werden (Macnaghten/Urry 1998, 218). So wird „Hamburgs Natur“ geschützt im Rahmen europäischer Netzwerke, u. a. durch das Programm *Natura 2000*, das den Erhalt des genetischen Erbes einzelner Landschaftstypen und wichtiger Biosphären organisiert. Diese Gebiete erscheinen nur solange als erhaltenswert, als ihr Schutz nicht mit den Interessen wichtiger Wirtschaftsakteure im Konflikt steht. In der wirtschaftsorientierten Hamburger Politik wird Natur in Verbindung mit der Idee der „Effizienzsteigerung“ diskursiv produziert. Es gibt keine Naturbedeutung ohne einen wirtschaftlichen Mehrwert.⁵

Die Diskursanalyse des Entwicklungskonzepts für die Region Hamburg fördert damit einen symbolischen Aspekt post-fordistischer Naturverhältnisse zutage. Das Entwicklungskonzept bemüht sich, spezifische „weiche Standortfaktoren“ und Wettbewerbsvorteile herauszustellen. Symbolisierungen von Natur werden genutzt, um bestimmte Bilder und räumliche Identifikationsangebote zu schaffen. Dabei lässt sich die Dominanz einer spezifischen „Erzählung“ feststellen: Indem sie auf die symbolische Kraft (vgl. Escobar 1996) von „Natur“ und ein damit assoziiertes Set von Metaphern bauen, gebrauchen die städtischen und regionalen Akteure Natur als Ressource ökonomischen Wachstums und städtischer Attraktivität. Diese Repräsentation von Natur wird zur hegemonialen, sie wird gewissermaßen „naturalisiert“. Dass es sich bei ihr um eine „Entscheidung“ handelt, die ihrerseits Produkt gesellschaftlicher Auseinandersetzungen ist, gerät dabei ebenso aus dem Blick wie das ganze Set von alternativen Erzählungen über nachhaltige Entwicklung, wie es z. B. die Debatte über strukturelle Ökologisierung und qualitatives bzw. Null-Wachstum bereit hält (vgl. Daly 1996).

Regulation auf städtischer Ebene beinhaltet die Regulation gesellschaftlicher Naturverhältnisse. Natur ist fixiert in den dominierenden städtischen Erzählweisen. Ausprägung und Charakteristik dieser Erzählweisen können sich als Ergebnis neuer sozialer Machtkonstellationen verschieben. Der betrachtete Kontext ist eine Äußerung sozialer Beziehungen, ausgehend von lokalen Beziehungen und eingebettet in komplexe, sich überlagernde Geschichtsstränge.

Im folgenden soll nun untersucht werden, in welche Formen von Stadtentwicklungspolitik diese Vorstellungen von „Natur“ eingebettet sind und inwieweit auch diese Politikformen als Elemente post-fordistischer Regulation betrachtet werden können.

3 Post-fordistische Transformation und Nachhaltigkeit: Fallstudie der Region Hamburg

3.1 Die Industrialisierungsstrategie der 1960er und 1970er Jahre

Die wichtigsten Standbeine der regionalen Wirtschaft waren lange Zeit die Bereiche Hafen, Werften und Handel, und die Stadtpolitik wurde von den Interessen solcher Akteure geprägt, die aus diesen Sektoren stammten (vgl. Dangschat/Oßenbrügge 1990). Die führende Partei in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts war die SPD: Sie regierte die Stadt entweder allein oder in einer Koalition mit kleineren Parteien wie der FDP oder später der Grün-Alternativen Liste (GAL). In den Wahlen vom September 2001 verlor die regierende SPD-GAL-Koalition ihre Mehrheit an eine Koalition aus CDU, FDP und der „Partei Rechtsstaatliche Offensive“ des Rechtspopulisten Ronald Schill.

Der Boom der bundesdeutschen Wirtschaft in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg war Mitte der 60er Jahre unterbrochen worden. In der Krise der 70er Jahre gelangte er endgültig an sein Ende. Als Reaktion hierauf versuchten die Sozialdemokraten, die niedergehende Hafenvirtschaft durch große, an die Hochseeschifffahrt angebundene Industrialisierungsprojekte zu stärken. Der Wachstumspoltheorie folgend wurde der Bau von Fabriken der chemischen und der metallverarbeitenden Industrie sowie eines Stahlwerks in Hamburg bzw. an der Unterelbe mit hohen Subventionen unterstützt. Um die neuen Unternehmen mit Energie zu versorgen und infrastrukturell anzubinden, wurden Autobahnen gebaut, neue Industriegebiete ausgewiesen und drei neue Atomkraftwerke an der Unterelbe errichtet.

Die Industrialisierungsstrategie der späten 60er und der 70er Jahre scheiterte jedoch. Die neuen Unternehmen zogen keine zusätzlichen Firmen an, so dass sich die erhofften Vorwärts- und Rückwärtsverflechtungen nicht entwickelten. Zum Teil erwiesen sie sich als unprofitabel und stellten nach wenigen Jahren ihren Betrieb ein. Die hohen staatlichen Subventionen und die diese begleitende Nachfragepolitik der frühen 80er Jahre (öffentliches Investitionsprogramm, Schaffung eines zweiten Arbeitsmarktes) erhöhten die öffentliche Verschuldung, die erstmals 1984 die Höhe des städtischen Haushalts überschritt (vgl. Dangschat/Oßenbrügge 1990). Durch die Konzentration öffentlicher Mittel auf die großen industriellen Neuansiedlungen vernachlässigte der Hamburger Senat die Bedürfnisse der in der Stadt ansässigen Unternehmen und trug zu einem Suburbanisierungsprozess bei. Schließlich rief die Industrialisierungsstrategie ernste ökologische Probleme hervor: Nicht nur, dass die neuen Großunternehmen selbst die Umwelt verschmutzten – auch der Ausbau der Verkehrs- und Energieinfrastruktur schuf neue Verschmutzungsquellen und ökologische Risiken.

Die Industrialisierungspolitik dieser Zeit kann als eine Verdichtung fordistischer Naturverhältnisse interpretiert werden. Natur wurde als prinzipiell unbeschränkte Ressource für Prozesse ökonomischen Wachstums begriffen. Der Grad und die Art und Weise der Naturnutzung wurden von den Erfordernissen dieser Prozesse bestimmt. In den frühen

1980er Jahren brachen die Widersprüche dieser gesellschaftlichen Naturverhältnisse auf. Sie artikulierten sich in Konflikten, die in veränderten diskursiven und materiellen Praktiken im Umgang mit Natur resultierten. Im Fall Hamburgs lassen sich zwei Entwicklungen feststellen, über die sich dieser Wandel vollzog: erstens der Aufstieg des Leitbilds einer unternehmerischen Stadt, zweitens das Entstehen und der Einflussgewinn der Ökologiebewegung. Beide Entwicklungen waren eine Reaktion auf das Scheitern der spätfordistischen Industrialisierungsstrategie. Zueinander standen sie in einem spannungsreichen Verhältnis. Im Folgenden soll die Frage untersucht werden, inwieweit die betreffenden sozialen Akteure und Strategien miteinander interagierten und welche Art gesellschaftlicher Naturverhältnisse sich aus dieser Interaktion heraus bildete.

3.2 „Unternehmen Hamburg“ und die Ökologiebewegung

Ein Ereignis, das die stadtentwicklungspolitische Wende signalisierte, war die „Unternehmen-Hamburg“-Rede von Bürgermeister Dohnanyi im November 1983 (Dohnanyi 1984). Dohnanyi war der Nachfolger von Hans-Ulrich Klose, dessen Rücktritt 1981 das Ende der spätfordistischen Nachfrage- und Industrialisierungsstrategie signalisiert hatte. Der neue Bürgermeister hielt seine Rede vor dem Übersee-Club, einem Forum der traditionellen, durch die Strukturkrise nun aber geschwächten städtischen Eliten. Laut Dohnanyi war der historische Erfolg Hamburgs als einer von der Hafenwirtschaft geprägten Stadt die Ursache für die aktuellen Probleme. Um diese zu überwinden, verlangte er eine Reorientierung „vom Wasser zum Land“. Dies bedeutete eine Stärkung der städtischen Wettbewerbsfähigkeit in Bereichen wie der Medienwirtschaft und der High-Tech-Industrien.

Die Rede rief eine Reihe von Konflikten hervor, nicht nur zwischen den Sozialdemokraten und den traditionellen Eliten, sondern auch innerhalb der SPD selbst, wo die von Dohnanyi angekündigte Reorientierung auf den Widerstand des linken Parteiflügels traf. Auch bei den Gewerkschaften stieß sie auf Widerspruch. Im Gegensatz dazu wurde sie von der Handelskammer unterstützt: Wenige Monate nach der Rede des Bürgermeisters veröffentlichte diese ein programmatisches Papier mit ähnlichem Inhalt. Die Konflikte resultierten in einer Niederlage der keynesianisch orientierten sozialen und politischen Kräfte der Stadt, deren Position durch eine Reihe von Faktoren geschwächt wurde: durch die abnehmende Profitabilität der fordistischen Industrien, durch die Rationalisierung der Hafinfrastruktur, durch die wachsende Konkurrenz seitens der Schwellenländer in der Werftindustrie und später – im Zuge der Vervollendung des Europäischen Binnenmarktes und der Integration der osteuropäischen Ökonomien in die Weltwirtschaft – durch die Verschärfung der lokalen und regionalen Standortkonkurrenz. Den keynesianisch orientierten Kräften gelang es vor diesem Hintergrund nicht, ein schlüssiges und mehrheitsfähiges Konzept zu entwickeln. Als solches erwies sich hingegen das von Dohnanyi propagierte Leitbild der „unternehmerischen Stadt“. Es entwickelte sich zum hegemonialen Konzept der 1980er und 1990er Jahre.

Anfang der 80er Jahre gab es in Hamburg allerdings ein politisches Lager, das eine Alternative sowohl zu der Industrialisierungsstrategie des alten Senats als auch zum „Unternehmen Hamburg“ darstellte. Diese Kraft war die Ökologiebewegung. In Hamburg wie in anderen deutschen Städten und Bundesländern hatte sie in den 70er Jahren an Stärke gewonnen und ihre organisatorischen Strukturen aufgebaut, als es ihr gelang, den Protest gegen das fordistische Akkumulationsregime und seine ökologischen Konsequenzen zu organisieren. Ein zentrales Merkmal der Ökologiebewegung war ihre Fähigkeit, eine grundsätzliche Kritik an den vorherrschenden gesellschaftlichen Naturverhältnissen mit dem Widerstand gegen konkrete Projekte zu verbinden, in denen sich diese Naturverhältnisse manifestierten (vgl. Jahn 1991, 49). Was Hamburg betraf, so waren es die Kämpfe gegen die Atomkraft, insbesondere gegen den Bau des Atomkraftwerks Brokdorf an der Unterelbe, und der Widerstand gegen die Verschmutzung durch die industriellen Großprojekte der 1960er und 1970er Jahre, die die wichtigsten Aktivitäten der Bewegung bildeten. Zusammen mit den Kämpfen der Hausbesetzer-Bewegung trugen sie zu einer Verschiebung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse bei, die ihrerseits weitreichende Konsequenzen für die staatlich-politische Konstellation in Stadt und Region hatten: 1982 feierte die Grün-Alternative Liste (GAL), der Hamburger Zweig der Partei der Grünen, ihren ersten Wahlerfolg und nahm mehrere Sitze im städtischen Parlament, der Bürgerschaft, ein. Dagegen verlor die SPD ihre absolute Mehrheit und war fortan darauf angewiesen, eine Minderheitsregierung zu führen oder nach einem Koalitionspartner zu suchen. Diesen fand sie in der FDP bzw. später, in den 1990er Jahren, in der populistischen „Stattpartei“, aber eben auch in der GAL, mit der zusammen die SPD von 1997 bis 2001 regierte.

Ursprünglich war die GAL stark von „öko-sozialistischen“ Ideen beeinflusst. Diesen zufolge stellten die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse die Hauptursache der Umweltkrise dar, während letztere ihrerseits als Ausdruck einer schwerwiegenden Krise des Kapitalismus anzusehen war. Folglich gingen die Öko-Sozialisten sowohl von der historischen Notwendigkeit als auch von der historischen Möglichkeit aus, den Kapitalismus zu überwinden und die gesellschaftlichen Naturverhältnisse grundlegend zu verändern. Die neue gesellschaftliche Kraft verhielt sich also antagonistisch zum bestehenden System. Dass sie sich gleichzeitig als Partei konstituierte, wurde dabei nicht als Widerspruch begriffen, sondern als Strategie des Agierens „innerhalb des Staates und gegen den Staat“ (vgl. Mayer 2000) – mit der Perspektive, den Staat ebenso wie den Kapitalismus zu überwinden. 20 Jahre nach dem Entstehen der GAL sind gleichwohl alle Spuren der anfänglichen Radikalität verschwunden. Die Öko-Sozialisten hatten in einer Reihe innerparteilicher Konflikte schon in den 1980er Jahren an Einfluss verloren und spielten in den 1990er Jahren keine relevante Rolle mehr. Die Bildung einer Koalition mit der SPD und die Abspaltung der verbliebenen Linken als „Regenbogen“-Fraktion in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre beseitigten dann jeden Zweifel daran, dass die GAL ihren Frieden mit den herrschenden Verhältnissen geschlossen hatte. Die radikalen Teile der

früheren Bewegung, die außerhalb der Partei geblieben waren, sind heute fragmentiert und marginalisiert.

Ein Grund hierfür liegt sicherlich in der Institutionalisierung der Bewegung als politische Partei und ihre Repräsentation im lokalen Staat. Dieser Schritt kanalisierte den Protest und absorbierte sein radikales Potenzial. Zumindest trug er zur Fragmentierung der Bewegung und zur Marginalisierung ihrer radikalen Strömungen bei. Dabei unterminierte er gleichzeitig die soziale Basis für eine erfolgreiche Politik innerhalb des lokalen Staates. Denn ohne starken Druck von außerhalb waren die parlamentarischen Repräsentanten der Bewegung nicht länger in der Lage, für mehr als kleine Reformen zu kämpfen. Die Konsequenz lag in dem graduellen Rückzug der GAL von radikalen Positionen, der die Partei heute in die politische Bedeutungslosigkeit zu führen droht.

Dieses widersprüchliche Verhältnis zwischen einer durchaus staatstragenden Politik und einer eher staatskritischen Basis trug dazu bei, die ökologischen und sozialen Widersprüche kapitalistischer Entwicklung, wie sie sich in den Kämpfen der Ökologiebewegung artikuliert hatten, einzudämmen. Es gibt jedoch noch einen weiteren Faktor, der im Kontext dieser Untersuchung von besonderem Interesse ist. Dieser findet sich in dem ambivalenten Verhältnis zwischen der Ökologiebewegung und den Sozialdemokraten des „Unternehmens Hamburg“ sowie in der Interaktion zwischen lokalen Prozessen und Prozessen auf anderen räumlichen Ebenen. Im Folgenden wollen wir ihn näher betrachten.

3.3 Nachhaltigkeit als Konfliktterrain

Wie gesehen war es dem „Modernisierer“-Flügel der Hamburger Sozialdemokratie gelungen, sich gegen den anfänglichen Widerstand sowohl der traditionellen Linken als auch der traditionellen Eliten der Stadt durchzusetzen. Jedoch standen die sozialen Bewegungen und ihr parlamentarischer Arm, die GAL, für eine Alternative sowohl zum traditionellen Pfad städtischer und regionaler Entwicklung als auch zur neuen unternehmerischen Strategie der SPD. Als ein Ergebnis der Bewegungsaktivitäten kam es in den 1980er und 1990er Jahren zu einer Öffnung des lokalen Governance-Systems im Hinblick auf die Nachhaltigkeitsthematik: Zwei neue Behörden wurden innerhalb des Hamburger Senats geschaffen, eine für Umweltpolitik und eine für Stadtentwicklung; Runde Tische für Stadtentwicklungsfragen wurden auf Stadt- und Stadtteilebene gegründet; (frühere) Bewegungsorganisationen wurden an der Erarbeitung und Implementation von sozialen, umweltpolitischen und wirtschaftlichen Strategien beteiligt; und neue Möglichkeiten der Finanzierung „alternativer“ Projekte wurden geschaffen. Das Nachhaltigkeitskonzept erfuhr mithin eine vielseitige institutionelle Verankerung; eine neue Vorstellung des Umgangs mit Natur fand seine nicht nur normative (s. o.), sondern auch faktische Korrespondenz mit neuen Formen von Politik.

Dieser Öffnungsprozess war nicht nur das Ergebnis des Drucks, den die Bewegung in den 1970er und 1980er Jahren entfaltet hatte. Er korrespondierte auch mit der unter-

nehmerischen Strategie der Sozialdemokraten, die wesentlich an junge, hoch qualifizierte und gut verdienende Beschäftigte in modernen industriellen und Dienstleistungs-Branchen adressiert war. Einer 1987 im Auftrag des Senats erarbeiteten Studie zufolge schätzt diese Gruppe ein sozial, kulturell und architektonisch ansprechendes städtisches Umfeld.⁶ Dynamisiert wurde die Öffnung des lokalen Governance-Systems noch durch die wachsende Aufmerksamkeit für die Umweltthematik auf globaler Ebene, wie sie vor allem in der Konferenz für Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio de Janeiro zum Ausdruck kam. In der Folge von „Rio“ wurde die soziale und ökologische „Performance“ der großen Städte zunehmend als zentraler Faktor einer nachhaltigen Entwicklung wahrgenommen. Und um Stadtentwicklung nachhaltig zu gestalten, wurde die Beteiligung der „Zivilgesellschaft“ als wesentlich erachtet. Dies fand seinen Niederschlag in der Agenda 21 der Rio-Konferenz sowie in Dokumenten wie der Aalborg-Charta von 1994 oder in Konferenzen wie der Habitat II 1996 in Istanbul oder der Urban 21 2000 in Berlin.

Aus der Perspektive des Einflusses sozialer Bewegungen war die Öffnung des Governance-Systems ambivalent. Einerseits trug sie dazu bei, mehr organisatorische Kontinuität zu schaffen, um damit auch längerfristig Einfluss ausüben zu können. Andererseits beschleunigte die zunehmende Partizipation an lokalen Governance-Strukturen die Fragmentierung und Polarisierung der Bewegung (vgl. Mayer 2000): Es kam zu Konflikten zwischen hauptamtlich und ehrenamtlich Aktiven; radikale Teile der Bewegung separierten sich von reformorientierten und wurden marginalisiert. Aus der Perspektive der unternehmerischen Stadt dagegen hatte der am Konzept der Nachhaltigkeit orientierte Öffnungsprozess eine Reihe positiver Wirkungen: Er resultierte nicht nur in der Integration bzw. Fragmentierung eines ehemals antagonistischen Akteurs, sondern auch in der Transformation der kritischen Impulse dieses Akteurs in ein Element der Modernisierung. Materiell bedeutete dies, dass die Stadtentwicklungspolitik in Teilen tatsächlich ökologisch sensibler wurde. Als solche koexistierte sie jedoch mit Projekten, die für eine Fortdauer fordistischer Naturverhältnisse stehen, ohne dabei ähnlichen Widerstand zu provozieren wie die industriellen und infrastrukturellen Großprojekte der 1970er und 1980er Jahre. Ein hervorstechendes Beispiel hierfür ist die Erweiterung des Hamburger Airbus-Werkes, für die es des Baus von Zufahrtsstraßen, des Abrisses zahlreicher Häuser im angrenzenden Dorf Neuenfelde und der Auffüllung des „Mühlenberger Lochs“, einer ökologisch wertvollen Elbbucht, bedarf. Trotz dieser weitreichenden sozial-ökologischen Implikationen sind die Proteste gegen das Projekt von eher niedriger Intensität und artikulieren sich primär juristisch statt politisch.

Zusammenfassend lassen sich drei Punkte festhalten: Erstens wurde in den 1990er Jahren tatsächlich eine erhöhte Sensibilität für ökologische Fragen institutionell verankert. Dies ging jedoch einher mit der Fortdauer fordistischer Formen des Umgangs mit Natur: flächenfressenden Großprojekten, in denen sich der Gedanke von Natur als eine für wirtschaftliches Wachstum zu vernutzende Ressource ausdrückt. Dies ist, zweitens, das (größtenteils) nicht-intendierte Ergebnis des Handelns eines Akteurs, der sich ursprünglich

zumindest in Teilen antagonistisch zu den herrschenden Verhältnissen verhielt: der Ökologiebewegung. Genauer handelt es sich um das Ergebnis der Interaktion zwischen letzterer und einer an Wettbewerbsfähigkeit orientierten Sozialdemokratie. Diese Interaktion mündete in eine Öffnung lokaler Governance-Strukturen, die es erlaubte, die Impulse der Ökologiebewegung für eine Modernisierung der stadtentwicklungspolitischen Strategie fruchtbar zu machen. Dabei wurden die radikalen Bewegungsteile marginalisiert, und dem Protest gegen ökologisch problematische Projekte wurde die soziale Basis entzogen. Eine entscheidende Rolle hierbei spielte, drittens, das Nachhaltigkeitskonzept. Indem sich wichtige staatliche und gesellschaftliche Akteure im Laufe der 1990er Jahre – nicht zuletzt vor dem Hintergrund der internationalen Diskussion – an diesem zu orientieren begannen, wurden die stadtentwicklungspolitischen Konflikte auf ein Terrain gezogen, das ihre Vereinbarkeit mit den ökonomischen Modernisierungserfordernissen gewährleistete. Die in den 1970er und 1980er Jahren politisierten Widersprüche in den gesellschaftlichen Naturverhältnissen wurden mithin auf dem Konfliktfeld Nachhaltigkeit bearbeitet.

4 Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

Gegenstand unserer Ausführungen war die Rolle des Nachhaltigkeitskonzepts und der diesem zugrunde liegenden gesellschaftlichen Naturverhältnisse bei der Bearbeitung der Widersprüche, die in der Krise des Fordismus und im Übergang zum Post-Fordismus aufbrachen. Der Begriff des „Widerspruchs“, den wir im ersten Teil unseres Aufsatzes erörterten, bezieht sich auf die konstitutive Instabilität oder „Unvollständigkeit“ der kapitalistischen Vergesellschaftungsform. Widersprüche bleiben oft latent, das heißt, es ereignet sich eine Form der Regulation, die sie eindämmt. Werden sie manifest, dann geschieht dies in Gestalt gesellschaftlicher Konflikte, die zu neuen Formen von Regulation führen können.

Der Ausgangspunkt unserer Fallstudie waren die gesellschaftlichen Konflikte um die spät-fordistische Strategie städtischer und regionaler Entwicklung, wie sie vom Hamburger Senat und von den zuständigen Behörden der benachbarten Landkreise und Länder in den 1970er Jahren implementiert wurde. Wir haben diese Konflikte als Ausdruck der Widersprüche fordistischer Naturverhältnisse interpretiert. Ein zentraler Akteur in den Konflikten war die Ökologiebewegung, die ursprünglich zumindest in Teilen antagonistischen Charakter hatte. Ihre langfristigen Ziele – Verhinderung bzw. Beendigung der Nutzung nuklearer Energie, Verhinderung großflächiger Industrie- und Infrastrukturprojekte und, auf einer allgemeineren Ebene, Etablierung eines qualitativ anderen Umgangs mit Natur – blieben unerreicht.

Das bedeutet gleichwohl nicht, dass die Bewegung wirkungslos blieb. Wichtiger als das Scheitern an ihren eigenen Zielsetzungen sind die (größtenteils) nicht-intendierten Folgen der Ökologiebewegung: In der Auseinandersetzung mit anderen lokalen und regionalen Akteuren und interagierend mit Prozessen auf anderen räumlichen Ebenen trug die

Bewegung zu einer Öffnung des lokalen Governance-Systems und zur Gestaltung eines Konfliktterrains rund um die Nachhaltigkeitsthematik bei, was umgekehrt entscheidende Auswirkungen auf ihre eigene politische Ausrichtung und Entwicklung hatte. Während die reformorientierten Teile der Bewegung in den lokalen Governance-Strukturen zu partizipieren begannen, widersetzten sich die radikalen Teile diesem Trend und wurden dabei marginalisiert. Im Ergebnis wurde die Bewegung fragmentiert und verlor ihren antagonistischen Charakter.

Nachhaltigkeit als Konfliktterrain ist also auf der einen Seite das Ergebnis von Kämpfen, in denen die Widersprüche kapitalistischer Naturverhältnisse politisiert wurden. Auf der anderen Seite ist es ein Medium, durch das diese Widersprüche prozessierbar gemacht werden. Nicht dass nun keine Konflikte mehr aufträten, aber indem es die Fragen definiert, um die herum sich die Konflikte drehen, wird das Nachhaltigkeitskonzept zu einem Element post-fordistischer Regulation. Seine entscheidende Leistung besteht darin, ein bestimmtes Verständnis von ökologischer Krise hegemonial zu machen: Die Krise besteht in einem Modernisierungsdefizit der kapitalistischen Produktionsweise, sie liegt nicht in den Funktionsmechanismen dieser Produktionsweise selbst (vgl. von Frieling/Gelinsky 2001). Die Krisenlösung ist damit vorgezeichnet: Es geht um eine ökologische Modernisierung des Kapitalismus, die auf eine durch marktkonforme Instrumente induzierte Effizienzrevolution setzt.

Es ist nicht ausgeschlossen, dass dies gelingen wird. Im Hinblick auf die Umweltprobleme selbst jedoch bleibt fraglich, ob sie durch das Ausblenden der Ursachen, die im Funktionsmechanismus des Wirtschaftssystems als solchem stecken, tatsächlich reduziert oder gar behoben werden können.

Anmerkungen

- 1 Dies ist die überarbeitete Fassung eines Aufsatzes, der 2002 unter dem Titel „Post-Fordist Transformation, the Sustainability Concept and Social Relations with Nature: A Case Study of the Hamburg Region“ im *Journal of Environmental Policy & Planning* Bd. 4, Nr. 2 (2002), S. 107-121, bei John Wiley & Sons, Ltd., Baffins Lane, Chichester, West Sussex, PO19 1UD, UK, erschienen ist.
- 2 Der Begriff der gesellschaftlichen Naturverhältnisse ist den Arbeiten aus dem Umfeld des Frankfurter Instituts für sozial-ökologische Forschung (ISOE) entlehnt. Er begreift Gesellschaft und Natur als verschieden und gleichzeitig als aufeinander bezogen (vgl. Jahn/Wehling 1998). Das komplexe Verhältnis beider hat sowohl eine materielle als auch eine mit der materiellen verknüpfte symbolische Dimension: Es drückt sich in bestimmten, z. B. ästhetisch oder ökonomisch geprägten Vorstellungen von Natur aus, die sich ihrerseits in bestimmten Formen des Umgangs mit Natur materialisieren (vgl. ebd. sowie Becker 1999, Brand 1998, Görg 1999, Jahn 1991, Keller/Poferl 1998).

- 3 „Nature also carries an immensely complex and contradictory symbolic load; it is the subject of very contrary ideologies; and it has been represented in an enormous variety of differing ways.“ (Soper 1995, 2)
- 4 Bürgermeister Ole von Beust zitiert nach Hamburger Abendblatt vom 30.04./01.05.2002, S. 18.
- 5 Diese diskursive Produktion von Natur, mit dem Ziel, quantitatives Wachstum zu steigern, wurde an anderer Stelle als „ökonomische Konstruktion ökologischer Wirklichkeit“ (Luks 2001) oder als „Ökonomisierung der Ökologie“ (Mol 1996) bezeichnet.
- 6 „Feasibility-Studie über die Bewerbung und Ausrichtung der Olympischen Spiele 2004 in der Region Hamburg“ (zitiert bei Blechschmidt 1998).

Literaturverzeichnis

- Beck, U. 1986: Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. Frankfurt/M.
- Becker, E. 1999: Fostering Transdisciplinary Research into Sustainability in an Age of Globalization: A Short Political Epilogue, in: E. Becker, T. Jahn (Hg.): Sustainability and the social sciences. A cross-disciplinary approach to integrating environmental considerations into theoretical reorientation. London, New York. S. 284-289.
- Biehler, H. 1995: Wie läßt sich nachhaltige Stadtentwicklung operationalisieren? In: K. Brake, U. Richter (Hg.): Sustainable Urban Development. Ausgangspunkt zur Theorie einer nachhaltigen Stadtentwicklung. Oldenburg. S. 93-96.
- Blechschmidt, A. 1998: Vom „Gleichgewicht des Schreckens“. Autonomer Kampf gegen Umstrukturierung im Hamburger Schanzenviertel. In: Stadtrat (Hg.): Umkämpfte Räume, Hamburg, Berlin. S. 83-101.
- Brake, K., A. Netzbandt 1995: Ziele und Leitbilder „nachhaltiger Entwicklung“ im Hinblick auf die Siedlungsstruktur in Großstädten. In: K. Brake, U. Richter (Hg.): Sustainable Urban Development. Ausgangspunkt zur Theorie einer nachhaltigen Stadtentwicklung. Oldenburg. S. 31-35.
- Brand, K.-W. (Hg.) 1997: Nachhaltige Entwicklung. Eine Herausforderung für die Soziologie. Opladen.
- Brand, K.-W. 1997: Probleme und Potentiale einer Neubestimmung des Projekts der Moderne unter dem Leitbild „nachhaltige Entwicklung“. Zur Einführung. In: K.-W. Brand (Hg.): Nachhaltige Entwicklung. Eine Herausforderung an die Soziologie, S. 9-32.
- Brand, K.-W. 1998: Soziologie und Natur – eine schwierige Beziehung. Zur Einführung. In: K.-W. Brand (Hg.): Nachhaltige Entwicklung. Eine Herausforderung für die Soziologie. Opladen. S. 9-29.
- Brenner, N. 1998: Between fixity and motion. Accumulation, territorial organization and the historical geography of spatial scales. In: Environment and Planning D: Society and Space 16. S. 459-481.
- BUND (Bund Umwelt und Naturschutz in Deutschland), Misereor (Hg.) 1996: Zukunfts-

- fähiges Deutschland. Ein Beitrag zu einer global nachhaltigen Entwicklung. Basel, Boston, Berlin.
- Daly, H. E. 1996. *Beyond Growth. The Economics of Sustainable Development*. Boston.
- Dangschat, J. S., J. Oßenbrügge 1990: Hamburg. Crisis Management, Urban Regeneration, and Social Democrats. In: D. Judd, M. Parkinson (Hg.): *Leadership and Urban Regeneration. Cities in North America and Europe*. Newbury Park. S. 86-105.
- Deecke, H., D. Läßle 1996: German Seaports in a Period of Restructuring. In: *Tijdschrift voor Economische en Sociale Geografie* 87. S. 332-341.
- Desfor, G., R. Keil 1999: Contested and polluted terrain. In: *Local Environment* 4. S. 331-352.
- Dohnanyi, K. 1984: Unternehmen Hamburg. In: *Der Übersee-Club Hamburg: Jahrbuch 1982/1983*. Hamburg.
- Dohnanyi, K. 2000: Was Hamburg zukunftsfähig macht. In: *Hamburger Abendblatt*, 31. März.
- Einig, K., H. Petzold, S. Siedentop 1998: Zukunftsfähige Stadtregionen durch ressourcenoptimierte Flächennutzung. In: H. Walcha, P.-P. Dreesbach (Hg.): *Nachhaltige Stadtentwicklung. Impulse, Projekte, Perspektiven*. Stuttgart, Berlin, Köln. S. 41-93.
- Escobar, A. 1996: Constructing nature. Elements for a post-structural political ecology. In: R. Peet (Hg.): *Liberation ecologies. Environment, development, social movement*. London. S. 46-69
- Fairclough, N. 1989: *Language and Power*. London.
- Feindt, P. H. 1997: Nachhaltigkeit, Urbanität, Identität und Partizipation. In: M. Birzer, P. H. Feindt, E. A. Spindler (Hg.): *Nachhaltige Stadtentwicklung. Konzepte und Projekte*. Bonn. S. 38-47.
- von Frieling, H.-D., E. Gelinsky 2001: Ökologische Leitplanken und moralische Leitbilder – Wissenschaftliche Empfehlungen für einen zukunftsfähigen Kapitalismus. In: *Geographische Revue* 3. S. 31-54.
- Gemeinsame Landesplanung Hamburg/Niedersachsen/Schleswig-Holstein 2000: *Metro-polregion. Hamburg. Regionales Entwicklungskonzept REK 2000 (Entwurf)*. Hamburg.
- Gibbs, D., A. Jonas 2000: Governance and regulation in local environmental policy. The utility of a regime approach. In: *Geoforum* 31. S. 299-313.
- Görg, C. 1999: *Gesellschaftliche Naturverhältnisse*. Münster.
- Goodwin, M., J. Painter 1997: Concrete Research, Urban Regimes, and Regulation Theory. In: M. Lauria (Hg.): *Reconstructing Urban Regime Theory. Regulating Urban Politics in a Global Economy*. Thousand Oaks. S. 13-29.
- Graham, J., R. Keil 1997: Natürlich städtisch. Stadtumwelten nach dem Fordismus. Ein nordamerikanisches Beispiel. In: *PROKLA* 27. S. 567-589.
- Guy, S., S. Marvin 1999: Understanding Sustainable Cities. Competing Urban Futures. In: *European Urban and Regional Studies* 6. S. 268-275.

- Hajer, M. 1995: *The Politics of Environmental Discourse. Ecological Modernization and the Policy Process.* Oxford.
- Hall, P., U. Pfeiffer (Hg.) 2000: *Urban 21. Weltbericht zur Zukunft der Städte.* Berlin.
- Harvey, D. 1989: From managerialism to entrepreneurialism. The transformation of urban governance in late capitalism. In: *Geografiska Annaler B 71.* S. 3-17.
- Jahn, T. 1991: *Krise als gesellschaftliche Erfahrungsform. Umriss eines sozial-ökologischen Gesellschaftskonzepts.* Frankfurt/M.
- Jahn, T., P. Wehling 1998: *Gesellschaftliche Naturverhältnisse. Konturen eines theoretischen Konzepts.* In: K.-W. Brand (Hg.): *Nachhaltige Entwicklung. Eine Herausforderung für die Soziologie.* Opladen. S. 75-93.
- Jessop, B. 1990: *State Theory. Putting Capitalist States in their Place.* University Park (PA).
- Keil, R. 2000: *Das Rad wiedererfinden. Die städtische Zukunft der ökologischen Modernisierung.* In: Redaktion des MieterEcho (Hg.): *Und die Welt wird zur Scheibe. Reader zum Weltbericht (Für die Zukunft der Städte – URBAN 21).* Berlin. S. 23-25.
- Keller, R., A. Pöferl 1998: *Vergesellschaftete Natur – Öffentliche Diskurse und soziale Strukturierung. Eine kritische Auseinandersetzung mit der Cultural Theory.* In: K.-W. Brand (Hg.): *Nachhaltige Entwicklung. Eine Herausforderung für die Soziologie.* Opladen. S. 117-142.
- Kreibich, V. 1999: *Entwicklung von Nachhaltigkeitsindikatoren im ExWoSt-Forschungsfeld „Städte der Zukunft“.* In: J. Birkmann u. a. (Hg.): *Indikatoren für eine nachhaltige Raumentwicklung. Dortmund (=Dortmunder Beiträge zur Raumplanung 96).* S. 128-159.
- Läpple, D. 1998: *The City and Port of Hamburg.* In: T. Kreukels, E. Wever (Hg.): *North Sea Ports in Transition. Changing Tides.* Assen. S. 64-79.
- Luks, F. 2001: *Was ist postmoderne Umweltpolitik? Grenzen der Naturnutzung und ökologische Vorsichtsstrategien.* In: *Natur und Kultur 2.* S. 23-44.
- Macnaghten, P., J. Urry 1998: *Contested natures.* London.
- Mayer, M. 1990: *Lokale Politik in der unternehmerischen Stadt.* In: R. Borst u. a. (Hg.): *Das neue Gesicht der Städte. Theoretische Ansätze und empirische Befunde aus der internationalen Debatte.* Basel. S. 190-208.
- Mayer, M. 1991: „Postfordismus“ und „lokaler Staat“, in: H. Heinelt, H. Wollmann (Hg.): *Brennpunkt Stadt. Stadtpolitik und lokale Politikforschung in den 80er und 90er Jahren.* Basel, Boston, Berlin. S. 31-51.
- Mayer, M. 2000: *Social movements in European cities. Transitions from the 1970s to the 1990s.* In: A. Bagnasco, P. Le Galès (Hg.): *Cities in Contemporary Europe.* Cambridge. S. 131-152.
- Mol, A. P. J. 1996: *Ecological modernisation and industrial reflexivity. Environmental reform in the late modern age.* In: *Environmental Politics 5.* S. 302-323.
- Möller, I. 2000: *Hamburg. Gotha.*

- OECD (Organisation of Economic Cooperation and Development) 1999: Urban Policy in Germany. Towards Urban Sustainable Development. Paris.
- Petersen, P. 2000: Co-operating with the Neighbours. Regional Planning in Hamburg and Toronto. In: Buffalo Law Review 48. S. 39-65.
- Richter, U. 1995: Nachhaltige Entwicklung von Großstadregionen im Diskurs zwischen Theorie und Praxis – Zusammenfassung der Diskussion. In: K. Brake, U. Richter (Hg.): Sustainable Urban Development. Ausgangspunkt zur Theorie einer nachhaltigen Stadtentwicklung. Oldenburg. S. 97-106.
- Robrecht, H. 2000: Nachhaltige Stadtentwicklung – ein systematischer Rahmen. In: Matejovski, D. (Hg.): Metropolen. Laboratorien der Moderne. Frankfurt/M., New York. S. 260-277.
- Röttger, B. 1995: Über die „Krise der Politik“ und die Malaisen einer Regulationstheorie des transnationalen Kapitalismus – Anmerkungen zu Bob Jessop, Josef Esser und Ingeborg Tömmel. In: Forschungsgruppe Europäische Gemeinschaften (Hg.): Europäische Integration und politische Regulierung – Aspekte, Dimensionen, Perspektiven. Institut für Politikwissenschaft der Philipps-Universität. Marburg. S. 65-79.
- Selle, K. 2000: Nachhaltige Kommunikation. Stadtentwicklung als Verständigungsarbeit – Entwicklungslinien, Stärken, Schwächen und Folgerungen. In: Informationen zur Raumentwicklung 1. S. 9-19.
- Selle, K., H. Sinning 2000: Projekte und Strategien der Freiraumentwicklung in Stadtregionen. Das Beispiel der Grünen Ringe Leipzig und Hannover. In: Raumforschung und Raumordnung 2-3. S. 222-232.
- Simonis, U. E. 1995: Ökologischer Stadtumbau. Neue Arrangements für den Umbau der Industriegesellschaft. In: Forum Wissenschaft 2. S. 28-33.
- Soper, K. 1995: What is Nature? Culture, Politics and the Non-Human, Oxford.
- Strüver, A. 2000: Hamburg. In: M. Ember, C. Ember (Hg.): Encyclopedia of Urban Cultures. Danbury.
- Swyngedouw, E. A. 1992: The Mammon quest. 'Glocalisation', interspatial competition and the monetary order: the construction of new scales. In: M. Dunford, G. Kafkalas (Hg.): Cities and Regions in the New Europe. The Global-Local Interplay and Spatial Development Strategies. London. S. 39-67.
- Umweltbehörde Hamburg 1997: Umweltatlas Hamburg 1997. Hamburg.
- UNCED 1992. Agenda 21. United Nations: Conches.
- von Weizäcker, E. U., A. B. Hunter 1997: Factor Four. Doubling Wealth, Halving Resource Use. London.
- Wodak, R. 1996: Disorders of Discourse. London.

Ivo Moßig: Räumliche Konzentration der Verpackungsmaschinenbau-Industrie in Westdeutschland. Eine Analyse des Gründungsgeschehens. Münster 2000. 143 S.

Die Studie von Ivo Moßig untersucht die Einflußfaktoren und Prozesse, durch die sich Branchen während ihrer Entstehungs- bzw. Wachstumsphasen räumlich konzentriert lokalisieren. Der Untersuchungsgegenstand ist der deutsche Verpackungsmaschinenbau, ein kleiner, aber seit den 1980er Jahren erstaunlich boomender Branchenzweig mit Exportquoten von regelmäßig über 70 % – kurz gesagt, einer der „hidden champions“ der deutschen Industrie. Die rund 300 klein- und mittelständischen Betriebe konzentrieren sich stärker in zwei Regionen: nordöstlich von Stuttgart, vor allem im Landkreis Schwäbisch-Hall, und in Mittelhessen in den Landkreisen Gießen bzw. Lahn-Dill.

Die Untersuchung dieser Branchenclusterung wird in folgenden Schritten präsentiert: In Kapitel 2 werden Branchencharakteristika, Standortstruktur und wirtschaftlicher Umfang der Verpackungsmaschinenbau-Industrie in Deutschland aufgezeigt. In Kapitel 3 schließt sich Moßig vor allem dem Erklärungsschema der industriellen Lokalisierung von Storper/Walker an und integriert in dieses neuere Erkenntnisse der Gründungsforschung. Nach einer Darstellung des methodischen Vorgehens (Kapitel 4) wird dann die Entstehung räumlicher Konzentrationen nachgezeichnet (Kapitel 5). Gefragt wird auch nach Restriktionen räumlicher Konzentration an anderen Standorten. Den agglomerativen Wirkungen der beiden erfolgreichen räumlichen

Konzentrationen wird in Kapitel 6 nachgegangen. Dazu zählen die Wirkungen im Bereich der Zulieferer-Abnehmer-Beziehungen, beim Arbeitskräftepotential sowie in der Kundenbetreuung. Schließlich wird auch das Niveau der zwischenbetrieblichen Vernetzung analysiert.

Moßigs Arbeit ist theoretisch vielfältig informiert und mit sicherem Blick für relevante Hypothesen angelegt, methodisch solide gearbeitet und stringent vorgetragen. Den wissenschaftlichen Ertrag sehe ich vor allem in der Verbindung von Clusterforschung und Gründungsforschung. In der Clusterforschung werden häufig die Vorteile bestehender Cluster und die Perpetuierung der Vorteile untersucht. Die Existenz räumlicher Branchenkonzentrationen wird zumeist als Resultat eines vorangegangenen ökonomischen Ausleseprozesses unterstellt. Im Beispiel der beiden untersuchten Cluster des deutschen Verpackungsmaschinenbaus verlief jedoch bereits die Gründungsphase räumlich konzentriert. Dabei sind die meisten Gründungen kausal-genetisch durch verschiedene Formen des Spin-offs miteinander verknüpft: In vielen Fällen wurden die Mitarbeiter der erfolgreichen Unternehmen zu Gründern neuer Unternehmen. Wirtschaftliche Gründe wie etwa die Kenntnis der lokalen Zulieferer, aber auch die soziale Bindung der Gründer an einen Ort sprechen für eine Gründung in der Nähe des Ursprungbetriebes. Kurzum, das räumliche Muster des Gründungsgeschehens innerhalb einer Branche kann man mit dem Motto beschreiben: Der Apfel fällt nicht weit vom Stamm. Aus der Perspektive der Gründungsforschung lautet umgekehrt die pra-

xisrelevante Schlußfolgerung, daß schnell wachsende sektorale Kerne innerhalb einer Region ein sinnvolles Ziel von Gründerhilfen sind. Es wird belegt, „daß sich die räumliche Konzentration ab einer gewissen Größe selbst verstärkt. Jede Spin-off-Gründung ist wieder ein potentieller Inkubator für weitere Spin-offs.“ (S. 99)

Diese Verknüpfung von Cluster- und Gründungsforschung ist auch methodisch gelungen, indem Moßig „Stammbäume“ der Unternehmensgründungen zeichnet und so deren Pfadabhängigkeit deutlich macht. Die anschließende kartographische Darstellung zeigt dann die räumliche Dispersion und Verdichtung des Gründungsgeschehens.

In der Untersuchung agglomerativer Wirkungen stellt Moßig Vorteile für die Unternehmen durch spezialisierte Zuliefererbetriebe wie auch durch das spezialisierte Qualifikationspotential in der Region fest. Die räumliche Nähe der Produzenten, die den Kunden die Markttransparenz bei ihren Einkaufstouren erleichtert, wird nur von den Unternehmen des größeren Clusters in Schwäbisch-Hall als Vorteil gesehen (S. 112). Dagegen konnten nennenswerte zwischenbetriebliche Kooperationen nicht festgestellt werden. Ebensovienig scheint der informelle Informationsaustausch zwischen den Konkurrenten eine Rolle zu spielen.

Dies leitet dann zu der Frage über, welcher Stellenwert den innerhalb der beiden Unternehmensballungen generierten Wettbewerbsvorteilen zukommt. Konsequenter weitergedacht, müßte die einmal in Gang gesetzte regionale Überlegenheit sich kumulativ verstärken. Dies deutet Moßig

zwar in der Diskussion der empirischen Ergebnisse an, kommt aber explizit zu einem anderen Schluß: „Die räumliche Wahlfreiheit hat sich durch die Clusterungen nicht entscheidend eingeschränkt.“ (S. 102) Letztlich bleibt sein Cluster-Begriff immer räumlich perspektiviert, eine Definition als ökonomischer Handlungszusammenhang wird nicht vorgenommen. So fruchtbar in methodischer Hinsicht die einzelwirtschaftliche Untersuchung der Gründungsprozesse auch ist, so sehr hätte hier inhaltlich eine Diskussion systemischer Produktionsverknüpfungen in den beiden Regionen nahe gelegen. Dies folgt nicht nur aus der oben zitierten Beobachtung, wonach „sich die räumliche Konzentration ab einer gewissen Größe selbst verstärkt“. Vielmehr hätten in diesem Kontext wohl die verschiedenen Entwicklungswege der eher stabilen, besser vernetzten und offensiv werbenden württembergischen Agglomeration und ihres kleineren hessischen Pendant erklärt werden können. Mit dem Unterschied zwischen dem beschränkten Produktsortiment in Hessen gegenüber einer breiteren Diversifizierung in Schwäbisch-Hall, der wiederum zum Ausgangspunkt unterschiedlicher Konkurrenzstrategien wird (S. 113 ff.), hat Moßig bereits einen interessanten Aspekt dieses Problems aufgezeigt.

Insgesamt trägt diese Arbeit mit ihrer doppelten Perspektivierung von Clusterungs- und Gründungsprozessen überzeugend dazu bei, eine wirtschaftspolitisch dringliche und theoretisch komplexe Fragestellung in der wirtschaftsgeographischen Forschung beantworten zu helfen.

Christoph Scheuplein

Michael Dickhardt: *Das Räumliche des Kulturellen. Entwurf zu einer kulturanthropologischen Raumtheorie am Beispiel Fiji*. Hamburg 2001 (Göttinger Studien zur Ethnologie 7). 309 S.

Ansatzpunkt für diese Dissertation im Fach Völkerkunde ist für Michael Dickhardt ein offensichtliches Unbehagen angesichts der Unklarheit des Raumbegriffs, genauer: der Vielzahl verschiedener Raumbegriffe und -konzepte, mit denen in den Humanwissenschaften gearbeitet wird: „Wie aber kann 'Raum' als einerseits konstitutives Moment und andererseits fragwürdig gewordene Kategorie des Soziokulturellen aus kulturanthropologischer Sicht angemessen thematisiert werden?“ (S. 3)

Die zugrunde gelegten ontologischen Annahmen entwickelt der Autor anhand des Begriffes der Praxis (Bourdieu) als Strukturierung (Giddens). Aus seiner kulturanthropologischen Perspektive ist die kulturelle Dimension dieser Konstituierungsprozesse, die die strukturierungstheoretischen Ansätze als Prozesse der Strukturierung begreifen, allerdings „noch weitgehend unbestimmt.“ (S. 27)

Hier setzt die Arbeit am symboltheoretischen Kulturbegriff an, die im zweiten Kapitel geleistet wird: „Es muß jener grundlegende Prozeß erfaßt werden, vermittle dessen die Akteure und Akteurinnen die Strukturierungen, verstanden als Konstituierungsleistungen, praktisch ins Werk setzen, der dabei als spezifisch kulturell beschreibbar ist und der mithin allererst die Einheit stiftet, die es uns erlaubt, vom Kulturellen als unterscheidbarer Dimension

der menschlichen Existenz überhaupt zu sprechen.“ (S. 29)

Ausgehend von der Kritik an einem Kulturbegriff, der Kultur als Bedeutungsstruktur (Geertz u. a., S. 31 ff.) begreift, dabei aber eher den Produktcharakter des Kulturellen (S. 33) betont als den Vorgang des Produzierens zu thematisieren, argumentiert Dickhardt, „daß der von den strukturierungstheoretischen Ansätzen aufgezeigte Problemzusammenhang der praktisch vermittelten korrelativen Bezogenheit von Subjektivität und Objektivität als Ausweg aus dem dualistischen Denken nur dann kulturanthropologisch gelöst werden kann, wenn man einen Begriff des Symbolischen formuliert, der nicht bloß auf eine allgemein vorhandene symbolische Fähigkeit vertraut, ohne sie zu reflektieren, und der bei der Betrachtung kultureller Systeme nicht bloß auf der Ebene des Produkthaften verbleibt, sondern der sie in ihrer Hervorbringung begreifbar macht, so daß sie einer Reifizierung entzogen werden. Er muß mithin die Dezentrierung des Subjekts in seiner praktischen Konstitutiertheit in der und durch die Objektivität genauso begreifbar machen wie die Subjektivität und den dualen Charakter der Struktur, vermittle derer Praxis allererst hervorgebracht werden kann.“ (S. 35 f.)

Einen solchen Symbol-Begriff findet Dickhardt in der Philosophie der symbolischen Formen Ernst Cassirers: „Das Symbol bildet nicht nur eine gegebene Welt ab, ist nicht nur 'Träger' einer zuvor in irgendeiner 'reinen' geistigen Form hervorgebrachten Bedeutung. Das Symbol ermöglicht vielmehr allererst den Aufbau sowohl der menschlichen Subjektivität als auch der

menschlichen Objektivität.“ (S. 43) Das, was Cassirer als Prozess der symbolischen Formung konzeptionalisiert hat, sei übertragbar auf die praktischen Strukturierungsleistungen der Akteure (S. 271). Um die Konzeption der symbolischen Formung in die eigene ethnographische Praxis umsetzen zu können, führt Dickhardt zusätzlich die Begriffe ‚Sinnordnung‘ und ‚Praxisfeld‘ ein (S. 57 f.).

Was also ist hier ‚das Räumliche‘, wie kann es in seinem Verhältnis zum Kulturellen angemessen erfasst werden? Dickhardt schlägt vor, „den Begriff der Räumlichkeit ausgehend von der Körperlichkeit der Akteure und Akteurinnen zunächst auf einer rein formalen Ebene zu formulieren als Inbegriff der Ausgedehntheit der Körper, ihrer daraus erwachsenen Nähe und Distanz zu anderen Körpern und deren Positionierung innerhalb einer sie umgebenden Ausgedehntheit (...). Ausdehnung, Distanzierung bzw. Annäherung und Positionierung sind somit die Grundbestimmungen einer räumlichen weil körpervermittelten Praxis, die Praktiken in und durch Ausdehnung hervorbringt, dadurch die Elemente der Strukturen durch Ausdehnung, Distanzierung und Positionierung in der Ausgedehntheit zu einem sinnvollen Gefüge aufbaut und diese Elemente damit allererst eindeutig bestimmt. Die beobachtbaren konkreten materialen Räumlichkeiten sind mithin das Resultat dieser Strukturierung und zugleich deren Medium.“ (S. 59).

Im Weiteren konzeptionalisiert Dickhardt „das Räumliche im Rahmen der Konzeption der symbolischen Formen als durchgängig und von Grund auf symbolisch konstituiert“ (S. 63). Aus dieser Per-

spektive der ‚symbolisch konstituierten Räumlichkeit‘ wird Raum zu einem Objekt der Sinngebung (S. 64). „Räumlichkeit macht symbolische Strukturen nicht nur zugänglich (bzw. nutzbar im Sinne von Ressourcen der Strukturierung) und leiblich erfahrbar, sondern sie ist wesentlich für die symbolischen Formen selbst.“ (S. 64)

An Giddens Konzept von Lokalität und Regionalisierung vermisst Dickhardt Antworten auf die Frage nach der Hervorbringung des Raumes (S. 68). Harveys Differenzierung von Räumlichkeit (*experience, perception* und *imagination*) wird von Dickhardt zwar grundsätzlich geteilt, doch als nicht ausreichend zur Erfassung der Komplexität des Verhältnisses von Räumlichkeit und Soziokulturellem befunden, da der repräsentationale Aspekt von Räumlichkeit hier nicht gebührend berücksichtigt werde: „Zwar erörtert Harvey eingehend auch die kulturellen Dimensionen der Räumlichkeit sozialer Praxis, doch er tut dies von einem materialistischen Standpunkt aus, wobei er die Funktion des Kulturellen lediglich auf der Ebene der Repräsentation von Inhalten erfaßt. Die Totalität, auf die hin alles gedacht wird, ist hierbei die Gesamtheit materieller Praktiken, die den Sinnhorizont in Harveys Deutung abgeben, weshalb er auch von ‚Krisen der Repräsentation‘ spricht und nicht etwa von Konflikten unterschiedlicher repräsentational konstituierter Räumlichkeiten.“ (S. 69 f.) Die Dickhardt’sche Kritik an Harveys Perspektive ist gleichzeitig ein Plädoyer für eine mehr kulturtheoretische Konzeptionalisierung von Räumlichkeit: „Weder wird nämlich die Sinnvermitteltheit der materiellen Praktiken beschrieben noch die Ent-

stehung und innere Logik der repräsentationalen Systeme, aus denen sich das Kulturelle zusammensetzt. Und auch eine andere Tendenz der Analysen Harveys wird in diesem Zusammenhang verständlich. Seine Analysen zeigen immer nur eine Wirkrichtung auf, nämlich die von den sich durch die Entwicklung der Produktionsweise verändernden praktischen Erfahrungen zu den Repräsentationen, wobei allerdings letztere mit ersteren in der Entwicklung nie Schritt halten, wodurch es zu Krisen der Repräsentation kommt, aus denen dann den materiellen Praktiken angemessenere Repräsentationen entstehen. Dies ist sicherlich ein häufig zu beobachtendes Phänomen, doch darf nicht vergessen werden, daß neue bzw. sich entwickelnde materielle Praktiken nicht losgelöst zu sehen sind von neuen Formen der Repräsentation, die zu den Bedingungen der Möglichkeit menschlicher Praxis überhaupt zu zählen sind. Das Hervorbringen und Durchsetzen solcher Repräsentationen nun lediglich utilitaristisch zu deuten, daß sich also neue Raumkonzeptionen zum Beispiel nur deshalb durchsetzen, weil sie kolonialen Interessen dienen, ist somit nur die halbe Wahrheit, da sie zugleich Voraussetzung der Entwicklung ebendieser kolonialen Interessen waren. Die Komplexität historischer Entwicklungen nun verbietet es hier a priori eine alleinige Wirkrichtung der Entwicklung zu postulieren. Erst die Analyse des komplexen Wechselspiels der Sinnordnungen im Rahmen der Gesamtheit der sinnlich-sinnhaften symbolisch vermittelten Praxis läßt die konkrete kulturelle Dynamik dieser Entwicklungsprozesse und der Zusammenhänge zwischen materiellen Praktiken und Sy-

stemem der Repräsentation erfaßbar werden.“ (S. 70)

Anknüpfend bei Cassirer erweitert der Autor die Konzeption Harveys, indem er diesen Aspekt von Räumlichkeit nun nicht mehr allein auf die Repräsentation von Inhalten verstanden wissen möchte: „Ein solches Vorgehen ermöglicht es nämlich, die symbolische Konstituirtheit der Räumlichkeit sowie ihre konstitutive Funktion für das Symbolische voll zur Geltung zu bringen.“ (S. 71) In dem im weiteren zugrunde gelegten kulturanthropologischen Konzept hat Räumlichkeit dann fünf verschiedenen Modi, die für die symbolisch vermittelte kulturelle Praxis bedeutsam seien: (1) In der physisch-konkreten Praxis fungiert der physisch-konkrete Raum als Ort, als Objekt und als Medium; (2) als raumkonstituierende symbolische Formen, etwa den post-fordistischen Wirtschaftsraum oder den mystischen Raum; (3) die symbolische Repräsentation von Raum/Räumen, etwa in Gestalt von Landkarten oder als „vorgestellte Räume im Sinne kultureller Repräsentationen bestimmter Regionen“ (S. 72); (4) Raum als Symbol für etwas, also als Bedeutungsträger wie etwa im Falle einer Grenzmarkierung; (5) Raum (oder Teile davon) als konstitutive Symbole für Sinnordnungen, die sowohl verräumlichte Vorstellungen umfassen als auch beispielsweise die Konstruktion von Territorialität als symbolische Form durch räumliche Konzepte (S. 71 f.). Das heißt, kulturelle Räumlichkeit soll „als von Grund auf durchgängig symbolisch konstituiert begriffen werden, was auch den physisch-konkreten Raum mit einbezieht.“ (S. 271 f.)

Ziel der in den ersten beiden Kapiteln angestellten kultur- und raumtheoretischen Betrachtungen war erklärtermaßen nicht die Entwicklung einer erklärenden Theorie, „sondern die Entwicklung eines theoretisch reflektierten begrifflichen Instrumentariums zur Erschließung unserer Erfahrung im Wechselspiel zwischen theoretischer und ethnographischer Praxis.“ (S. 25)

Das dritte Kapitel ist der „diskursiven Erschließung einer konkreten Räumlichkeit“ (S. 77) gewidmet. Das Fallbeispiel Fidschi ist klug gewählt; der für einen Europäer deutliche kulturelle Unterschied im Umgang mit Räumlichkeit (etwa der relationalen Positionierung in Räumen) ist dort in beinahe jeder Alltagssituation auch leiblich erfahrbar, beispielsweise in den stets hierarchischen Sitzordnungen oder beim respektvollen Niedersetzen am Eingang beim Betreten eines fidschianischen Hauses. Prinzipiell dem Ideal der stationären ethnologischen Feldforschung und der holistischen Beschreibung verpflichtet (S. 77), hat sich Dickhardt 1995 und 1996 insgesamt 15 Monate in Fidschi aufgehalten, davon zehn Monate im Dorf Levuka auf der Insel Kadavu (S. 26, 78). Die ethnographische Beschreibung beginnt mit einem einführenden Kapitel zu Fidschi und den melanesischen Fidschianern, gefolgt von einer Darstellung des Dorfes Levuka, der Lebensgrundlagen und der vielfältigen Einbindungen des Dorfes in überörtliche Strukturen und Zusammenhänge. Bei der dann folgenden Bearbeitung des Themenfeldes 'Räume und Räumlichkeiten Levukas' konzentriert sich der Autor vor allem auf drei Bereiche kultureller Räumlichkeit in Levuka: das Dorf (S. 162-198), das Land

(genauer: das so zentrale wie umfassende fidschianische Konzept von *vanua*; S. 198-237) sowie die in vielen Bereichen der Praxis von den Akteuren so überaus genau beachtete relationale Positionierung in Räumen (S. 238-270). Damit werden jeweils physisch-konkrete Räume als Bezugspunkt der Beschreibung gewählt, und nicht einzelne Elemente von Räumlichkeit (wie beispielsweise 'Grenze').

Von den fünf oben genannten Modi der symbolisch vermittelten Bezugnahme auf Räumlichkeit erweisen sich im ethnographischen Teil drei als dominant: auf der Ebene des Dorfes „die spezifisch geformte Lokalität als physischer Ort der Vermittlung von Sinnordnungen“, „die Territorialität als spezifische konzeptionell vermittelte Bezogenheit auf Raum, die zum Ausgangspunkt von Sinnordnungen wird“ im Falle des Landes/*vanua* sowie „die räumliche Artikulation sozialer Strukturen durch die Symbolisation“ (S. 275) im Falle der relationalen Positionierungen im physisch-konkreten Raum.

Neben einer vorzüglichen Ethnographie des Dorfes Levuka hat Michael Dickhardt damit interessante und ambitionierte Ansätze erarbeitet, wie 'das Räumliche' in der Kulturtheorie konzeptionalisiert werden kann. Zugleich zeigt er auf – und das dürfte für die Kultur- und Sozialgeographie folgenreicher sein –, dass der Frage der Hervorbringung des Raumes in raumtheoretischen Diskursen bisher vielleicht tatsächlich nicht ausreichende Aufmerksamkeit geschenkt worden ist. Das Buch sei damit all jenen empfohlen, die sich für 'das Räumliche' auch auf hohem Reflexionsniveau interessieren und nicht vor dem auf-

schlußreichen Blick durch eine kultur- anthropologisch gefärbte Brille zurück- schrecken – denn durch diese Brille be- trachtet ist der Mensch nicht mehr, aber auch nicht weniger als ein kulturelles We- sen, dessen Sein und dessen Produkte mit nur einem – dafür umso komplexeren – Be- griff zu erklären sind, dem der Kultur.

Carsten Felgentreff

Anton Escher (Hg.): Ausländer in Deutschland. Probleme einer transkultu- rellen Gesellschaft aus geographischer Sicht. Mainzer Kontaktstudium Geographie 6. Mainz 2000. VIII u. 128 S.

In diesem Sammelband werden die Vorträge einer Tagung des „Mainzer Kon- taktstudiums Geographie“ dokumentiert, die dem Thema „Ausländer in Deutsch- land“ gewidmet war. Neugierig macht zu- nächst einmal der Untertitel des Bandes aufgrund des Begriffs einer „transkultu- rellen Gesellschaft“. Das Vorwort des Her- ausgebers, das durchaus eine Reihe allge- meiner Betrachtungen einschließlich eines Zitats des „Altmeister(s) deutscher Geistes- geschichte J.W. Goethe“ (VII) enthält, geht auf diesen Begriff allerdings nur cursorisch ein und verweist auf den Beitrag von W. Nell mit dem Titel „Multikulturelle oder transkulturelle Gesellschaft?“. Der Autor stellt die Diskussion über multikulturelle Gesellschaft im deutschsprachigen Raum zusammen und weist überzeugend auf De-

fizite, Fehlinterpretationen und Ambigui- täten hin, die dem Konzept anhaften. Nach seiner Argumentation liegen diesem Kon- zept Vorstellungen von Homogenität und einer nicht-relativierten kulturellen Identi- tät zugrunde, die für moderne Gesellschaf- ten nicht angemessen sind und die Gefahr von Ethnisierung und kulturalistischen Dis- kursen beinhalten. Wegen der Ausdiffe- renzierung von Subsystemen der Gesell- schaft sei eine Heraushebung des Subsys- tems Kultur nicht tragfähig. Vielmehr komme es auf eine „Relativierung kulturel- ler Bindungen und Muster“ an, die in der Konzeption einer transkulturellen Gesell- schaft verdeutlicht werde. Diese Argumen- tation erscheint aber wenig schlüssig, wer- den doch durch die Ausdifferenzierung nicht nur der Bereich der Kultur, sondern auch die übrigen gesellschaftlichen Subsys- teme relativiert, so dass man nicht nur von transkulturell, sondern auch von einer „transökonomischen“, „transsozialen“, „transreligiösen“ Gesellschaft sprechen könnte. In der Migrationsforschung könnte der Begriff der transkulturellen Gesell- schaft im übrigen auch mit dem eingeführ- ten Konzept der „transnationalen com- munities“ in Beziehung gesetzt werden, der etwas ganz anderes meint, nämlich die Teil- nahme von Migrantenkolonien am Leben in mehreren Nationen. Insgesamt zählt der Beitrag von Nell zu den lesenswertesten des Bandes, wengleich die Lektüre durch Bandwurmsätze und unklare Begriffe aus einer Vielzahl von Zitaten aus wissen- schaftlichen Arbeiten und Zeitungsbei- trägen erschwert wird.

Bei den übrigen Beiträgen des Bandes fällt eine Konzentration auf empirische

geographische Studien im Rhein-Main-Gebiet auf. Unter ihnen ist besonders gelungen der Aufsatz von R. Pütz über türkische Einzelhändler, weil theoretische Ansätze über ethnic business mit den Ergebnissen von empirischen Fallstudien eng verknüpft werden. Auch im Beitrag von H.-J. Büchner über einen kommunalpolitischen Streit um eine marokkanische Moschee werden theoretische Grundlagen einer „geographischen Konfliktforschung“ herangezogen, die im Fallbeispiel jedoch nur partiell zum Tragen kommen. Die Problematik des Aufsatzes von H. Roggenthin über marokkanische Studierende in Mainz liegt gerade darin, dass konzeptionelle und theoretische Grundlagen weitgehend fehlen. Daher ist die Relevanz der geschilderten Fallstudien und Typen nur schwer abzuschätzen. Einen Schwerpunkt im Rhein-Main-Gebiet, das durch internationale Wirtschaftsbeziehungen ausgezeichnet ist, hat auch der Beitrag von B. Freund über hochqualifizierte Migranten, denen bislang in Migrationsstudien nur wenig Aufmerksamkeit geschenkt wurde.

Auf die Situation von Ausländern und Migranten in Deutschland gehen F. Hamburger mit einer knappen Übersicht zu Migrationsgruppen und Migrationspolitik und P. Gans mit einem materialreichen Einblick in regionale Verteilungen und deren Bestimmungsfaktoren ein. Über eine wissenschaftlich gut fundierte Langzeitstudie zur Berichterstattung der Massenmedien über „Ausländerprobleme“ und zu potentiellen Wirkungen hinsichtlich fremdenfeindlicher Straftaten berichtet F. Esser. Wenig überzeugend ist dagegen ein recht nachlässig geschriebener Beitrag von W. Riedel

über ethnische Minoritäten und rassistische Vorurteile im Vereinigten Königreich, der sich in die übergreifende Thematik des Bandes auch gar nicht einfügt. Im Sinne des „Kontaktstudiums“ sind dagegen zwei fachdidaktische Beiträge, die den Band beschließen, von Nutzen. Den allgemeinen Rahmen einer „interkulturellen Erziehung“ im Geographieunterricht behandelt E. Kroß, während J. Barth über ein konkretes interkulturelles Unterrichtsprojekt am Beispiel von Bingen berichtet.

Franz-Josef Kemper

Hans-Heinrich Nolte (Hg.), Klaas Bähre (Red.): Innere Peripherien in Ost und West. Stuttgart 2001. 188 S.

„Innere Peripherien in Ost und West“ ist bereits der vierte Tagungsband, der seit 1988 zu diesem Thema von H.-H. Nolte herausgebracht worden ist. Der Band vereint elf Studien aus Geschichte, Ökonomie, Politologie, Geographie und Regionalwissenschaft, die teilweise recht unterschiedliche Ansätze und Ergebnisse zum Rahmenthema beisteuern.

Bei soviel Interdisziplinarität ist es für den Herausgeber in seiner Einführung (S. 7-31) nicht einfach, „Innere Peripherien“ als Forschungskonzept zu identifizieren. Er beschränkt sich daher auf eine eher deskriptive Zusammenfassung der Tagungsvorträge seit 1988. Dort wiederholt er: „Im

Sinne eines Entwurfes für die geplanten Arbeiten wurde das Konzept 'Innere Peripherie' im Kontext der Weltsystemtheorie als Gebiet innerhalb eines Staates definiert, in dem die Bedingungen so organisiert sind, dass sie Personen zugute kommen, die im Zentrum leben.“ (S. 15) Es bleibt unklar, inwieweit sich dieser Definitionsversuch forschungspraktisch bewährt hat. Als heuristische Vorgabe und Katalysator für Studien über regionale Arbeitsteilung und regionale Disparitäten, zum Regionalismus und zur Regionalisierung war das Programm bisher sicher sehr produktiv, zumal hier eine Formel gefunden wurde, zu der sowohl aus West- wie auch aus Osteuropa interessante Beiträge geliefert werden konnten.

Die einzelnen Autoren machen denn auch deutlich, was für sie an der Problematik besonders faszinierend ist. Da ist vor allem die Umbewertung des Status von Regionen, der in Ost und West gegenläufige Richtungen aufweist: Im Westen werden Nationalstaaten im Zuge der europäischen Einigung zu Regionen und möglicherweise Peripherien gesamteuropäischer Zentren. In Osteuropa werden ehemalige Teilgebiete der Sowjetunion oder des RGW zu neuen Staaten. Die in Noltes Definition erfolgte normative Setzung des Staates mit entsprechend festen Grenzen wird also unterlaufen und durch den Gang der jüngsten Geschichte relativiert. Diese Dynamik macht das Thema so spannend, dass der in der Definition auch enthaltene statische Aspekt der für das Zentrum günstigen Organisation manchmal etwas zu kurz kommt.

Im Zuge der europäischen Einigung ist das „Europa der Regionen“ sogar Pro-

gramm, wie D. Eissel und A. Grasse in ihrem Beitrag zur Regionalpolitik der EU erläutern (S. 33-50). „Der Zentralstaat wäre der Verlierer, weil er nach oben und unten Macht verlieren würde“, heißt es zu Beginn (S. 33). Allerdings sei die europäische Ausgleichspolitik nicht stark genug, um regionale Disparitäten wirksam zu bekämpfen. Nicht zuletzt hängt das mit der völlig unterschiedlichen politischen Verfassung europäischer Regionen zusammen, die wiederum erhebliche Planungs- und Kontrollprobleme hervorrufen. Die Autoren unterscheiden vier Typen: zum „föderalen“ Typ gehören die Regionen Belgiens, Deutschlands und Österreichs, zum „regionalen“ Typ die Italiens und Frankreichs, zum „unitarisch-dezentralen“ Typ die Finnlands, Frankreichs, Großbritanniens und der Niederlande und zum „zentralistischen“ Typ die Regionen Dänemarks, Irlands, Luxemburgs und Portugals. Bezeichnenderweise ist es vor allem die letztere Gruppe, in denen europäische Regionalpolitik zu einer Rangerhöhung von Regionen beigetragen hat, so etwa in Irland und Portugal. Auch Dänemark könnte man hier noch ergänzen.

Inhaltlich schließt hier der Aufsatz von N. Lange über Wirtschaftseliten zwischen Regionalismus und europäischer Integration an (S. 81-96). Dabei werden empirische Analysen über die Aktivitäten regionaler Unternehmerverbände in Katalonien, Galizien, Schottland und Wales ausgewertet. Etablierte, eingefahrene Strukturen genießen bei den Unternehmen größeres Vertrauen als neue, riskante ohne solche Erfahrungen. Diese Einstellung kommt sowohl in Spanien als auch in Großbritannien vor allem den nationalen Verbänden zugute, zu-

mal diese auch der Staatsregierung näher stehen als die regionalen. „Lediglich in relativ reichen Regionen mit einer ausgebauten institutionellen Infrastruktur ist auch eine Unterstützung regionalistischer Bestrebungen durch mächtigere ökonomische Akteure vorstellbar. Statt mit einem „Europa der Regionen“ hätten wir es dann mit einem sehr asymmetrischen regionalistischen Druck von unten zu tun.“ (S. 96). Leider wird nichts darüber gesagt, in welchem Umfang sich europäische Großunternehmen oder ihre regionalen Filialen in regionalen Unternehmervereinigungen beteiligen – oder ob sie den direkten Kontakt nach Brüssel oder Straßburg vorziehen.

R. J. Treidel setzt in seiner Studie über interregionale Arbeitsteilung und Föderalismus in Spanien (S. 51-63) die Demokratisierung nach Franco mit der politischen Dezentralisierung in Beziehung und kommt zu dem Schluss, dass auf diese Weise bisher viele separatistische Tendenzen neutralisiert werden konnten. Die neuen Verfassung habe die Spielräume für die neu entstandenen Autonomien zunächst offen gelassen, um flexibel auf bestimmte regionale Entwicklungen reagieren zu können. Mit Galizien, Katalonien und Andalusien werden drei periphere Regionen untersucht, die völlig unterschiedliche Entwicklungspfade durchlaufen haben. Katalonien konnte dabei an erfolgreiche Modernisierungen aus der zweiten Hälfte des 19. Jh. anschließen und ist heute die wohlhabendste Region Spaniens. Leider wird nicht untersucht, inwieweit diese Entwicklung mit der verkehrlichen Nähe zu den neuen gesamteuropäischen Zentren („Blaue Banane“) zusammenhängt, denn unter diesem Aspekt wäre

Katalonien die am wenigsten periphere Region Spaniens.

In einem Aufsatz über die unterschiedlichen Bewertungen und Wahrnehmungen der komplexen Staatsstruktur des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation von 1780 bis heute versucht T. Schwarze eine Aufwertung jener Reichsorganisation gegenüber der Napoleonischen Neuordnung (S. 67-79). Das nach unklaren Kriterien gesammelte und mit subjektiven Eigenbewertungen durchsetzte Material überzeugt wenig.

Wie interessant und lehrreich für gegenwärtige Prozesse eine historische Studie sein kann, beweist A. Komlosy mit ihrer Analyse regionaler Ungleichheiten in der Habsburgermonarchie (S. 97-111). Es geht u. a. darum, ob Österreich-Ungarn an seinem Entwicklungsrückstand bzw. den starken Disparitäten gescheitert sei. „Anders als im Begründungszusammenhang der Verzögerungstheorie wird hier die These aufgestellt, dass dieses gute Abschneiden (der böhmischen und alpenländischen Landesteile, H. K.) nicht trotz der stattfindenden Angleichung von Löhnen, Preisen und Zinsen, sondern gerade wegen der bestehenden regionalen Disparitäten zustandekam, die nicht nur zwischen Industrie- und Agrarländern, sondern auch zwischen den Kern- und Randprovinzen innerhalb der einzelnen Länder existierten.“ (S. 104). Vielleicht noch wichtiger für das Thema des Buches ist das Statement: „Im Gegensatz zum Bild der Rückständigkeit und der Verzögerung, das in der Alltagssprache gern durch das einfache Kürzel „hinten nach“ zum Ausdruck gebracht wird, entsteht Peripherisierung nicht durch Aus-

schluß, sondern durch den Einschluss in den Prozess der volkswirtschaftlichen Integration, Modernisierung und Konsolidierung: Peripherien stellen die Kehrseite der Zentrenbildung dar.“ (S. 99). „Diese Zweifel (an der Entwicklungsverzögerungshypothese, H. K.) fußen auf der Überlegung, dass seitens des Gesamtstaates gar kein Interesse am Disparitätenausgleich bestand. Denn die Entwicklungsgefälle stellen das Bindemittel dar, das Zentren und periphere Regionen miteinander verband.“ (S. 111) Damit geht sie weit über Nolte hinaus, der in merkwürdigem Widerspruch zum eigenen Konzept behauptet: „Nachweise über die Begünstigung einer Region im Kontext reiner Marktprozesse wurden auf den Konferenzen nicht vorgelegt. Ähnlich wie in der Frage des Beitrags der Peripherie zur Entwicklung des Zentrums auf Weltebene kann man den gegenwärtigen Stand der Forschung wohl dahin zusammenfassen, dass direkte Kapitaltransfers aus der Peripherie ins Zentrum selten umfangreich und insgesamt für die Entwicklung der Zentren wohl nicht entscheidend waren.“ (S. 26).

Die fünf letzten Beiträge befassen sich mit Russland. Der Überblicksartikel von B. Eschment zur regionalen Ungleichheit und staatlichen Politik in der russischen Geschichte bringt wenig Neues (S. 113-124). Sie behauptet wie üblich die ethnische Vielfalt Russlands, ohne daraufhin zu weisen, dass die sowjetische und heute russische Statistik nicht Ethnien erfasst, sondern Passnationalitäten. Das heißt: Jeder Sowjetbürger hatte in seinem Pass eine eindeutige Nationalitätenzuordnung eingetragen – auch wenn er Mischling war oder ist. Letz-

teres trifft in den großen Städten und Grenzregionen auf den überwiegenden Teil der Bevölkerung zu, sogar auf die „Russen“. Von der internationalen Sprachenvielfalt der Sowjetunion, die sich in nationalen Kultureinrichtungen, Zeitungen, Büchern und Fernsehsendern niederschlug, ist wenig geblieben. Der Markt hat es geregelt: Die Kundenpotentiale sind zu klein, um solchen Strukturen privatwirtschaftlich ein Überleben zu ermöglichen. Selbst das Tatarische – nach dem Russischen die zweitwichtigste Sprache – hat Überlebensschwierigkeiten. All diese Informationen fehlen bei Eschment.

Gehaltvoller ist B. I. Povarnicyns Studie über Autonomie und Zugehörigkeitsgefühl in der russischen Region Perm (S. 125-133). Darin geht es um die im Ural gelegene Oblast' Perm, die 1989 3,09 und – wie aus heutiger Sicht zu ergänzen wäre – 2001 2,94 Millionen Einwohner (H. K.) hatte. Eine regionalistisch interessante Besonderheit ist darin zu sehen, dass seit 1937 ein Teil der Oblast' als Autonomer Okrug der Komi-Permjaken eine Sonderstellung genießt (2001: 0,15 Millionen Einwohner, H. K.). Seit 1992 besteht die verwaltungstechnische Paradoxie, dass der Okrug der Komi-Permjaken formal Teil der Oblast' Perm ist, andererseits aber mit ihr Föderationssubjekt Russlands ist und im Föderationsrat gleichberechtigt neben der Oblast' auftreten kann. Ökonomisch und haushaltstechnisch ist er nach wie vor vollständig von ihr abhängig. Erstmals in dem Buch wird hier auf national bedeutsame Großunternehmen verwiesen, deren Interesse vor allem auf nationale und internationale Märkte gerichtet sind. Die Eigen-

aktivitäten, aber auch die ihrer Belegschaft lassen regionalistischen Tendenzen wenig Spielraum. Das könnte sich ändern, wenn sich die Zentralregierung weiterhin als unfähig erweist, die Rahmenbedingungen für diese Unternehmen zu verbessern.

Stärker am Rahmenthema des Bandes orientiert ist T. Gadzhievs Aufsatz über die Staatlichkeit Dagestans (2001: 2,166 Millionen Einwohner, H. K.). Darin wird versucht, mit dem Rückgriff auf den frühmittelalterlichen Sarir-Staat eine eigene Tradition für die multiethnische nordkaukasische Autonome Republik aufzubauen. Jener Staat ging bereits im 12. Jahrhundert unter. Erst nach der Oktoberrevolution kam es zur Gründung einer Autonomen Sowjetrepublik in den heutigen Grenzen. In dem deskriptiv gehaltenen Artikel fehlen Hinweise darauf, dass Dagestan heute eine der ärmsten Regionen Russlands und somit als interessantes Beispiel einer inneren Peripherie dienen könnte.

Anschließend folgt ein Beitrag von K. Bähre über das benachbarte Tschetschenien. Darin geht es zunächst um den „Krieg in Tschetschenien“, um die polarisierende Rolle Tschetscheniens, um „den Nordkaukasus“, um die „Nordkaukasier“, um „Sufismus“, „Schamil“, „Tschetschenien und die russische Revolution“, „Tschetschenien unter der Sowjetmacht“ und am Ende noch einmal um den „Krieg in Tschetschenien“. Es ist wohl kein Versehen, dass zwei Kapitel dieselbe Überschrift tragen. Eigentlich könnte man auch die anderen so nennen. Denn nur darum scheint es zu gehen. Mit Aussagen wie „Hätte Russland nicht die Lufthoheit über Tschetschenien, wäre es schon längst wieder hin-

ausgefegt worden. Ein paar hundert Stingers in den Händen der Tschetschenen würden diesen Krieg sehr schnell beenden. 'Ergeben' werden sich die Kämpfer erst recht nicht.“ (S. 177, 178) und „...dann kommt man unserer Ansicht nach nicht umhin zu sehen, dass die Entstehung eines islamistischen Staatswesens in Tschetschenien die wahrscheinlichste Perspektive ist.“ (S. 179) macht Bähre klar, wo seine Sympathien liegen. Die Literaturauswahl ist mit polnischen, jordanischen, türkischen, arabischen Internet-Seiten mehr als einseitig. So heißt es zur Beendigung des Aufstands des Imam Schamil im Jahre 1859, der mit seiner Familie in Kaluga interniert wurde: „Die damals in Russland herrschende Schicht war so zivilisiert, dass man den tapferen geschlagenen Feind nicht 'vernichtete', sondern ihn ehrenvoll internierte.“ (S. 168). Dass sie auch so „zivilisiert“ war, Schamils Anhänger in einem grausamen Elendszug in das Osmanische Reich abzuschieben, wird nicht erwähnt. Fast ohne Quellenkritik werden auch anderswo Fehltritte weitergegeben und falsche Informationen wiederholt.

Ebenso rigoros und einseitig wird Noltes Konstrukt von der Inneren Peripherie vom Tisch gewischt:

„In Tschetschenien werden die Lebensbedingungen nicht 'zum Vorteil von Menschen, die im Zentrum leben organisiert' (Nolte), sondern zum Vorteil von politischen Verbündeten des Zentrums, die in der Peripherie leben. Jedoch liegt Tschetschenien ohne Zweifel nicht im Inneren Russlands, sondern an seinem kolonialen Rand – gleich welchen Rechtsstatus es nun gehabt haben mag. Tschetschenien war und

ist eine Annexionskolonie Russlands. Das Konzept der 'Inneren Peripherie' scheint uns also für Tschetschenien wenig ergiebig.“ (S. 168, 169).

Das führt zu der Frage, wie diese „Kolonie“ mit ihrer Sprache, mit einigen ihrer Traditionen, mit ihrer kulturellen Autonomie bis 1990 überleben konnte. Unerwähnt bleibt das heute zerstörte petrochemische Kombinat von Groznyj – ein riesiges Spezialunternehmen mit Monopolstellung bei der Herstellung von Präzisionsfetten im gesamten Ostblock. Das Kombinat war ein Unionsbetrieb. Es gehörte also weder der Autonomen Republik noch Russland, sondern einem Unionsministerium. Seine Infrastrukturleistungen, sein Konsum an Waren und Dienstleistungen waren die Grundlage für das bescheidene kleine Wirtschaftswunder, das die Autonome Republik von ihren ärmlichen Nachbarn seit den sechziger Jahren unterschied. Wie in anderen islamisch geprägten Regionen der Sowjetunion wurden Frauen in wichtige Berufe eingesetzt: Frauen als Ärzte, Lehrer und vor allem als Richter – während die kommunistische Partei der Republik männlich blieb. Es wuchs eine ganze Generation von sowjetisch geprägten Nordkaukasiern heran, die in vieler Hinsicht ebenso zum sowjetischen Bürgertum zählen wie andere auch. Als in den achtziger Jahren der wirtschaftliche Niedergang immer deutlicher wurde, begann diese neue Intelligenz abzuwandern – in die südkaukasischen Metropolen, nach Moskau und auf gut bezahlte Jobs in Sibirien. So verfügt Tschetschenien heute über mehrere Diasporas: Migranten und Flüchtlinge in vielen Teilen der früheren Sowjetunion, eine Händlerschicht in

Südrussland und Sibirien, Bürgerkriegsflüchtlinge im Nordkaukasus und die Nachkommen der Anhänger von Schamil und der Revolutionsflüchtlinge, deren bedeutendste Gruppe im heutigen Jordanien lebt – und die mit Abstand meisten Internet-Aktivitäten bestreitet.

„Die Tschetschenen und Inguscheten zeichnen sich gegenüber den anderen Nordkaukasiern und gegenüber den meisten anderen Völkern durch eine besonders egalitäre Sozialverfassung aus“, schreibt Bähre auf S. 166. Er meint damit, dass es dort keinen Adel und keine Oberschicht gegeben hätte. Dabei unterschlägt er allerdings, dass die Tschetschenen sich selbst als Oberschicht sehen – über ihre Sklaven und über ihre Frauen. Beides – sowohl die Sklaverei wie auch die Entrechtung der Frau – sind wichtige Kriegsziele einiger tschetschenischer Warlords von heute. Diese Gruppe als Sprecher des heutigen Tschetschenentums anzusehen, ist schon angesichts der Zahlenverhältnisse absurd. Ein Großteil der Tschetschenen hat die vom Bürgerkrieg verwüstete Republik längst verlassen – aber nicht in Richtung der islamischen „Freunde“ in der Türkei, Aserbaidshan und Jordanien, sondern überwiegend in Richtung Norden. Selbst die offizielle sicher geschönte Einwohnerzahl Tschetscheniens betrug 2001 nur noch 0,6 Millionen Einwohner (H. K.). Zu Beginn der neunziger Jahre waren es über eine Millionen (H. K.). Tschetschenische Flüchtlinge, Frauen oder Intellektuelle kommen bei Bähre überhaupt nicht zu Wort. Stattdessen schwadroniert er:

„Wenn überhaupt eine gesellschaftliche Kraft das Potential hat, die Tschetschenen

in das moderne Konzept des 'Staates' hineinbringen (nach dem nun einmal bis zum endgültigen Beginn der Postmoderne das internationale politische System organisiert ist; K. B.), dann ist es der politische Islam. Die Frage, ob er in Tschetschenien mehrheitsfähig ist oder sein wird, ist hier ebenso sekundär wie die Frage, ob man als Westler eine Talibanisierung Tschetscheniens und möglicherweise auch Dagestans für wünschenswert hält.“ (S. 179). Darüber, wie so etwas in die am Anfang des Buches vorgestellte Gedankenwelt vom zusammenwachsenden Europa passen soll – Armenien, Georgien und Aserbaidschan sind bereits Mitglieder des Europarates –, verliert Bähre keinen Gedanken. Es berührt ihn offenbar auch nicht, dass der Kursker Geograph V. Popkov in einer abwägenden Analyse zur Integration tschetschenischer Migranten – der Fall Kaluga – viele der simplifizierten nationalistischen Aussagen im selben Buch (S. 135-143) relativiert.

Sehr bedenklich stimmt, dass Nolte selbst die Bähreschen Tiraden zum Anlass nimmt, sein Konzept von der Inneren Peripherie einzuschränken: „Es scheint deshalb, dass die Kategorie 'Innere Peripherie' auf Tschetschenien nicht anwendbar ist.“ (S. 29) Demnach müsste man also irgendwann mit einem vereinten Europa vom Atlantik bis zum Kaspischen Meer rechnen, in dem Asterix und Obelix von einem kleinen, aber unabhängigen Tschetschenien aus die eine oder andere Attacke gegen Moskauer oder Frankfurter Hochhäuser fliegen. Wenn Noltes Konzept so etwas gestattet, muss die Frage erlaubt sein, wie falsch/richtig oder brauchbar/unbrauchbar das Konzept selbst ist. Mit Komlosy kann man

behaupten, dass es auf jeden Fall ergänzt werden muss. Der Charakter eines Marktes impliziert, dass an einem Punkt produziert und an vielen anderen Punkten („Ergänzungsraum“, „Peripherie“) nachgefragt wird. Das zwingt zur Beschäftigung mit der Neuaufteilung europäischer Märkte im Rahmen der politischen Integration, die ja gerade der Marktvergrößerung dient. Ob Unternehmen und Politik dann auch die sozialen Kosten der räumlichen Zentralisierung zu tragen bereit sind, ist eine zweite, aber genuin andere Frage. Eine dritte Frage betrifft die Installation von Infrastrukturen, die räumliche Arbeitsteilungen vertiefen und damit regionale Peripherisierungen begünstigen können. Die vierte Frage muß die Preisbildung im übernational integrierten Wirtschaftssystem thematisieren: Wer macht wo welche Preise? Noltes bereits zitiertes Statement darüber, dass die Peripherie die Zentren nicht sonderlich refinanziert habe (S. 26), ist in diesem Zusammenhang ungeheuer naiv. Selbst die OPEC musste den Versuch, gegen das Zentrum einen aus Produzentensicht gerechteren Ölpreis durchzusetzen, im Endeffekt sehr teuer bezahlen. Die fünfte Frage zielt auf das eigentliche Schattenthema des Buches: Staatliche Grenzen sind heute und gerade in Europa nicht mehr so normativ, so undurchlässig, dass sie als alleinige Axiome für Innen-/Außen-Differenzen dienen können. Man muß auch andere Grenzen berücksichtigen – etwa die der Aktionsräume transnationaler Unternehmen. In diesem Sinne könnte man auch die EU als eine unter vielen transnationalen Organisationen auffassen, die sich seine neuen inneren und äußeren Peripherien schafft. Zu diesem Thema

liegen interessante Ansätze aus Skandinavien vor (Überblick in Eskelinen, Snickars 1995), die bisher bei Nolte überhaupt nicht berücksichtigt wurden.

Literatur:

Eskelinen, H., F. Snickars (Hg.) 1995: *Competitive European peripheries*. Berlin, Heidelberg, New York.

Helmut Klüter

Daniela Ahrens: *Grenzen der Enträumlichung. Weltstädte, Cyberspace und transnationale Räume in der globalisierten Moderne*. Opladen 2001. 216 S.

Daniela Ahrens erläutert die These, dass Raumdifferenzen trotz vielfältiger Prozesse der Grenzüberschreitungen, der transnationalen Verflechtungen, der wachsenden „Enträumlichung“ sozialer Beziehungen und der Verbreitung globaler elektronischer Vernetzungstechniken keineswegs bedeutungslos werden. Sie knüpft an Giddens' Raumzeit- und Gesellschaftsanalyse an und legt der Soziologie nahe, den „Wiedereintritt des Raumes“ in ihr Zentrum zuzulassen, weil sich im Unterschied zum klassischen Modernisierungsprozess der Enträumlichung in der heutigen Spät-

moderne ein „spatial turn“ abspielt, der neuartige, räumlich bestimmte Vergesellschaftungs- und Vergemeinschaftungsprozesse enthält.

Regionalisierung wird als sozialer Vorgang konzipiert, der Raum als Ordnungsdimension definiert. Globalisierung sieht die Autorin als Motiv einer Abkehr von der Container-Theorie, hin zu transnationalen Räumen und Netzwerken. In Auseinandersetzung mit Castells' Ansatz der Verflüssigung des Raumes, als Raum der Ströme, betont sie, dass es durch die globale Streuung von Wissen, Kapital und Information zwar zu verstärkter Flexibilität kommt, aber noch massiver zu neuen Formen der Verräumlichung, als veränderte Raumstruktur, die sich nicht grundsätzlich auflöst.

Der spatial turn wird als kulturtheoretisch zu erfassender Aspekt der Globalisierung verstanden, der multiple Lokalitäten ausformt. Ergebnis dieser Tendenzen ist dann nicht die vielbeschworene McDonaldisierung und Homogenisierung der Welt, sondern ein pluraler und heteronomer Globus, auf dem Vielfalt und Imagination den Ton angeben.

Auch die technosozialen Zusatzräume des Schlusskapitels belegen demnach, dass eine Ausdifferenzierung unterschiedlicher Authentizitätsebenen entsteht, in der neue Muster auf der Basis vergrößerter Herstellbarkeit, Wandelbarkeit und Wählbarkeit von Räumen zu finden sind.

Die Studie endet mit der knappen Darstellung eines relationalen Raumverständnisses, in dem Raum sozio-kulturell bestimmt und kontextual-situativ gedacht wird. Der Raumbegriff hat keinen materialen Gegenstand, sein Sinn liegt im „In-Be-

ziehung-Setzen“ verschiedener Dinge. Diese Soziologie des Raumes bewegt sich um die Spannungsfelder global/lokal und real/virtuell, als Konzeption vielfältiger Geographien.

Methodologisch hält sich die Untersuchung weitgehend an ein postmodernes Schema, das sich durchgängig in Dualismen verfängt und ständig neue Nullsummenspiele produziert. Enträumlichung und Verräumlichung, Globalisierung und Lokalisierung, Verflüssigung und Verdichtung des Raumes, Raumindifferenz und neue Raumdifferenzen, nahe Ferne und ferne Nähe – alle diese Tendenzpaare werden beschrieben, sind permanent wirksam und bleiben doch seltsam blass, weil ihre reale Dialektik nicht zum Vorschein kommen will. Alles erscheint offen, und so soll es bleiben; für eine wissenschaftliche Zielsetzung etwas zu viel Bescheidenheit.

Relationismus ist immer auch Relativismus, d. h. man hütet sich davor, Kritik zu äußern – Kritik aber ist notwendig und in einem dezidierten Ausmaß absolut, denn sie legt externe Kriterien an, setzt einen kritischen „point of view“ voraus, den die Autorin leider nicht einnehmen mag. Stattdessen verzieht sich nach einem ganz kurzen Ausflug in ein paar politökonomische Sentenzen von Harvey und Sassen hinter zwei Vorhänge, die beständig ineinander geschoben werden und jegliche Ansätze von Kritik unmöglich machen: die Umgehung der komplexen soziologischen Analyse zugunsten einer flachen Kulturtheorie und die Vermeidung einer gegenständlichen Gesellschaftsanalyse mit Hilfe einer breiten und alles überlagernden Reflexion des Raumbegriffs.

Dabei gerät sie häufig in Konflikt mit ihren eigenen Zielvorgaben, z. B. den Raum als soziales Phänomen zu begreifen. Ernst genommen würde das doch heißen, die Bedingungen zu analysieren, unter denen Räume produziert, angeeignet und erfahren werden; in einer kapitalistischen Gesellschaft sind Räume – ob virtuell, materiell oder beides – kapitalistisch geprägte Räume und unterliegen wie alle Sphären eines solchen Gesellschaftssystems der Dialektik der Klassen und sozialen Gruppierungen, die als Subjekte oder Objekte unterschiedlich bzw. antagonistisch agieren. Raumzeitpfade sind nicht nur als formalistisch und mit constraints beladen zu sehen, sondern als schichten- und klassenspezifische Muster mit erheblichen Gegensätzen, in denen sich scharfe Kontraste von Macht, Einkommen und anderen Verfügungsbereichen ausdrücken. Was hilft eine Definition von Raum als Ordnungsdimension, wenn die tatsächliche Ordnung einer Gesellschaft von handfesten materiellen Faktoren wie Herrschaftsposition, Geld, Einfluss und Bildung bestimmt wird? Was soll die überaus naive These, dass die Menschen ihre eigene Geographie machen, wenn die wesentlichen raumstrukturierenden Lokalisationen von Unternehmensleitungen und politischen Eliten gemacht werden, zu denen sich die einzelne Person nur noch reagierend, aber nicht gestaltend verhalten kann? Wie blauäugig ist eine Sichtweise von Globalisierung, die deren kulturelle Züge unabhängig von der politischen Ökonomie (und auch völlig ohne politische Ökologie) sehen und sie als Pluralisierung und Heterogenität definieren will?

Besteht heute irgendwo jenes Regime

der Differenz, das Marx als Endstadium des Kommunismus für eine ferne Zukunft gedacht hatte? Sind die ökonomischen und kulturellen Gegensätze zwischen den „ersten“ und den „dritten“ Welten der Erde Ausdruck einer pluralen und heterogenen Vielfalt? Werden transnationale Räume von Migranten bestimmt oder von den Hauptagierenden der Globalisierung (die nach wie vor eine Vielzahl der Phänomene umgreift, die man vor nicht allzu langer Zeit mit anderen Begriffen belegt hat wie z. B. Kolonialismus und Imperialismus; vgl. Harvey 2000), den transnationalen Konzernen, den wirklichen global players und ihren kulturellen und politischen Satrapen?

Schade, dass die empirischen Wirklichkeit durch den Mantel der postmodernen Kultur und die elaborierte formale Raumdiskussion so versteckt wird. Offenbar gibt es weder eine kapitalistische Kultur noch relevante Disparitäten in Raum und Gesellschaft – denn die postmoderne Umschreibung für diese Verhältnisse tritt immer wieder mit dem selben Vokabular auf: Diversifizierung, Heterogenisierung, Multiplizität, Vielörtlichkeit. Damit wird einerseits eine Realität konstruiert, die bis jetzt nicht existiert, obwohl sie den Interessen eines erfüllten und gleichberechtigten Lebens der Menschheit unbestritten entsprechen würde. Zugleich bilden diese Termini im Kontext bestehender Sachverhalte eine zynisch verzerrte Abbildung der heterogensten aller Kulturen, der kapitalistischen (Eagleton 2001; Sennett 1998), die auch die einheitlichste Kultur aller Zeiten ist, denn einziges Antriebsmotiv sind die Privilegien und Profite ihrer herrschenden Agenturen und Personen, die sich am Markt über die alles

durchsetzende Ästhetik der Ware realisieren.

Auch die abschließende Darstellung der neuen Raumerfahrungen und -elemente im Bereich der Computernetze geht von einer spielerisch-pluralen Einheit von Welt aus, die so nicht besteht. Der Cyberspace ist Folge und Symbol der Zerrissenheit einer Welt, in der nicht nur die Nutzungsmöglichkeiten des Mediums höchst disparitär verteilt sind. Er ist auch eine Realität, in der Entterritorialisierungen stattfinden, viel wesentlicher aber ist ein virtuell erscheinender, tatsächlich aber sehr materieller Raumprozess, die Kapitaltransferierung über den Globus hinweg, ein Kernelement der Macht des internationalen Finanzkapitals, das dadurch die Geldzeit an die Spitze aller Zeitbestimmungen gestellt hat (Candeias 1999).

Die Studie von Daniela Ahrens streift viele Themen, die eine neue Soziologie des Raums aufzunehmen hat. Leider wurde die Chance vertan, politische Ökonomie und Kulturtheorie über kontext- und situationsbezogene Fragen hinaus zusammenzuführen und einen kritischen Raumbegriff mit Hilfe einer angemessenen Gesellschaftsanalyse zu begründen. Die Verweigerung des Blicks auf die Tiefen der Räume zugunsten oberflächlicher Dualismen und eines formalen Spatialism lässt aus der Perspektive kritischer Sozialwissenschaft nur ein Gesamtfazit zu: „much ado about nothing“.

Literatur

Mario Candeias 1999: Raum und Zeit in der Gesellschaft. In: Zeitschrift Marxi-

stische Erneuerung 39. S. 174-190.

Terry Eagleton 2001: Was ist Kultur? München.

David Harvey 2000: Spaces of Hope. Edinburgh.

Richard Sennett 1998: Der flexible Mensch. Die Kultur des neuen Kapitalismus. Darmstadt.

Heinz Arnold

Lexikon der Geographie (Hg. Peter Meusburger et al.). Band 1. A bis Gasg. Heidelberg/Berlin 2001. 426 S.

Es trägt sicherlich nicht zu einem guten ersten Eindruck von einem Buch bei, wenn der Rezensent vom Verlag (Spektrum-V.) ein Exemplar erhält, das wie ein Taschenbuchremittend vom Wühltisch eines Kaufhauses bestempelt ist. Da aber Bücher im Normalfall nicht für Rezensenten geschrieben werden, sollen sich die folgenden Ausführungen auf die Qualitäten für andere Zielgruppen beschränken.

Übersichtlich in zwei Spalten mit einer zusätzlichen Randspalte gesetzt, deckt das Lexikon ein weites Spektrum zwischen kurzen Worterklärungen und mehrseitigen

Artikeln und Essays ab, oft ergänzt durch Grafiken und Karten. Ein ausgefeiltes Verweissystem regt dazu an, von einem Begriff zum nächsten weiterzugehen und das Buch so zum Schmökern zu nutzen und sich in der Vielfalt der angebotenen Informationen und Wortbedeutungen zu ergehen.

Nach einem ersten derartigen Durchgang, bei dem viele interessante Begriffe auftauchen, bietet es sich an, das Lexikon nach bestimmten Wörtern zu durchsuchen und zu überprüfen, ob „das denn alles richtig ist“, d. h. das eigene Begriffsverständnis mit dem der Autoren zu vergleichen. Hier dürfte es bei der Mehrzahl der Leser sicher kaum zu Irritationen kommen, da die „180 namhaften Autoren aus Forschung und Lehre“ (Klappentext) in ihren Beiträgen geringe Affinitäten zu Heterodoxien zeigen und so der geographische *mainstream* sehr gut abgedeckt wird. Insofern ist den Herausgebern zuzustimmen, wenn sie das Werk als „echte [!] Gemeinschaftsleistung der [!] deutschsprachigen Geographie“ (Vorwort) bezeichnen – weist diese Emphase doch auf den Inklusionscharakter des Lexikons und damit auf das Ziel der Gemeinschaftsstiftung hin.

Unabhängig von diesem wissenschaftspolitischen Ziel stellt sich die Frage nach dem praktischen Nutzwert des Werks. Wie bei allen Lexika bemisst sich dieser zunächst weniger nach dem Inhalt einzelner Begriffserklärungen als danach, welche Wörter überhaupt erläutert werden und welche nicht. Nimmt man etwa die erste Seite der Stichwörter mit dem Anfangsbuchstaben B, finden sich folgende: Background-Aerosol [Aerosol-Typ, auf 9 Zeilen erklärt], backward-linkages [Verweis auf

„linkages“], backwash effect [Form der Zentrum-Peripherie-Beziehung, 4 Z.], Baer [russischer Naturforscher, 28 Z.], Bahaismus [Religion, 30 Z.], Bahnreform [30 Z.], Bajada [Saum eines Typs von Schwemmfächer in SW-USA, 13 Z.], Bajado [Typ eines Trockentals in Spanien, 11 Z.], Bajir [Bezeichnung für Salzton-ebenen im Tarimbecken, 3 Z.], Bakterien [22 Z.].

Bereits diese Auflistung zeigt ein Sammelsurium von Begriffen, die eine Spannweite zwischen Inhalten hochspezialisierter Regionaler Geographie und alltagssprachlich fixiertem Wissen abdecken, d. h. einmal zum Wissensbestandteil eines durchschnittlich informierten Zeitungslesers gehören, einmal zu einem sehr engen Spezialgebiet zu zählen sind.

Den Eindruck von Heterogenität verstärkt der Vergleich mit einem Konkurrenzprodukt, dem Diercke Wörterbuch „Allgemeine Geographie“, wo anders als im vorliegenden Lexikon Wörter wie Bach, Bad oder Badland zusätzlich erklärt werden, das Baer'sche Gesetz anstelle von Karl Ernst Baer erwähnt wird, das Bahnhofsviertel offensichtlich wichtiger als die Bahnreform ist und Bakteriophagen den Vorzug vor Bakterien erhalten. Warum bestimmte Begriffe überhaupt erläutert werden und andere nicht, lässt sich jedoch weder aus den Begriffen selbst noch aus dem Vergleich der beiden Bücher erschließen.

Damit kann die Frage nach dem Gebrauchswert des Lexikons letztlich nur durch den Bezug auf die Adressaten beantwortet werden, dies sowohl implizit (welche Nutzer können welche Informationen aus dem Lexikon gewinnen) als auch expli-

zit (was ist die avisierte Zielgruppe der Herausgeber). Die im Buch selbst formulierten Hinweise sind uneindeutig. Laut Klappentext „richtet (es) sich an Wissenschaftler, Forscher [?], Lehrer und Studenten und bietet allen naturwissenschaftlich Arbeitenden und Interessierten aktuelles ... [etc.] Wissen.“ Dieser Satz kann selbstverständlich nicht ernst genommen werden: So kommt „aktuelles Wissen“ aus „harten“ Naturwissenschaften wie Physik, Chemie usw. in dem Buch überhaupt nicht vor, zugleich verwundert diese Hervorhebung der – letztlich wohl mit „Naturwissenschaften“ gleichgesetzten – Physischen Geographie, deckt das Lexikon doch die gesamte Allgemeine Geographie sowie Begriffe aus der Regionalen Geographie ab.

Das Vorwort der Herausgeber gibt gleich gar keine Antwort, zu welchem Zweck und für welche Nutzer das Lexikon erstellt wurde. Lediglich mittelbar können Schlussfolgerungen gezogen werden: So weist das Vorwort zunächst ausführlich darauf hin, wie wichtig „mehrdimensionale Erklärungsansätze und ... die Fähigkeit, in Systembeziehungen zu denken“, und damit die Geographie als Wissenschaft für die Bewältigung zahlreicher ökologischer, politischer und kultureller Probleme seien. Daran schließt sich folgende Bemerkung zum Lexikon an: „Um diesen integrativen Charakter der Geographie zu unterstreichen, werden die beiden großen Teilbereiche der Geographie – die Humangeographie und die Physische Geographie – im vorliegenden Lexikon nicht getrennt dargestellt.“

Man kann dies nun so interpretieren, dass das Lexikon durch seine Konzeption

demonstrieren will, dass die Geographie eine zur Lösung der zahlreichen Probleme auf der Welt geeignete Wissenschaft sei, das Lexikon mithin als Ausweis der Problemlösungskompetenz der Geographie aufzufassen ist. Eventuell ist aber auch gemeint, dass das Lexikon selbst bereits ein Beitrag zur Problemlösung ist. Konkrete Hinweise auf Nutzer oder Nutzungsformen lassen sich aber weder direkt aus dem Vorwort noch aus den abgeleiteten Interpretationen entnehmen.

Da das Lexikon keine eindeutigen Angaben dazu macht, wer es zu welchem Zweck nutzen soll, bleibt als letzte Möglichkeit, Mutmaßungen an Hand der dargebotenen Inhalte anzustellen. Wie bei der Auswahl der Stichwörter ist es jedoch weitgehend unmöglich, aus den einzelnen Begriffserklärungen auf ein konsistentes Bild der potentiellen Nutzer zu schließen: Hochkomplexe und -informativ Darstellungen wechseln sich mit simplen Definitionen und trivialen Ausführungen ab. Ähnliches gilt für die Abbildungen, bei denen ein negativer Höhepunkt durch die Präsentation von „Ethnien“ (Farbtafel VIII; etwa: „Kurden in Teheran“) im Stil der Völkerschauen aus dem 19. Jahrhundert erreicht wird – arrangierte Gruppenfotos fremder Menschen in exotischer Kleidung, nur leider ohne eine Abbildung von Campern in ballonseidenen Trainingsanzügen oder von Geographentagsbesuchern mit der Unterschrift „Deutsche in XY“.

Insgesamt lässt die inhaltliche und qualitative Heterogenität des Lexikons keinen befriedigenden Schluss auf die potentiellen und tatsächlichen Nutzer bzw. Nutzungsmöglichkeiten zu. Vielleicht ist es für Laien

geeignet, die geographische Texte lesen möchten und an Begriffen wie Bajir oder Bajada zu scheitern drohen; „Bakterien“ oder „Bahnreform“ werden aber auch diese Nutzer dort kaum nachschlagen. Am ehesten ist das Lexikon für Studierende zur Zwischenprüfung geeignet, da es einzelne Begriffe, die in den einschlägigen Lehrbüchern eventuell nicht verständlich genug erklärt werden, noch einmal erläutert.

Am wichtigsten scheint jedoch eine dritte Funktion zu sein, die unabhängig von etwaigen Nutzern ist: Das Lexikon definiert, was (zumindest randlich) Thema und Zielsetzung der deutschen Hochschulgeographie ist, und kanonisiert damit eine bestimmte Praxis von Wissenschaft. Insofern ist das Lexikon ein wichtiges, vielleicht sogar unverzichtbares Element des aktuellen (auch personellen) Umbaus geographischer Wissenschaft.

Wolfgang Aschauer

Heike Roggenthin (Hg.): Stadt – der Lebensraum der Zukunft? Gegenwärtige raumbezogene Prozesse in Verdichtungsräumen der Erde. Mainz 2001 (Mainzer Kontaktstudium Geographie, Bd. 7). 108 S.

Ein Text muss seinen Leser finden. Je klarer Autoren sich hierüber sind und mit Adressatenbezug schreiben, umso mehr steigen die Chancen auf ein gutes Buch –

zumindest in dem Sinne, dass es brauchbar ist und befriedigend für die Bedürfnisse einer bestimmten Leserschaft. Der vorliegende Sammelband ist ein auf diese Weise gutes Buches, weil es um seine Leserschaft weiß. Die Herausgeberin hat konsequent darauf geachtet, dass alle Beiträge eine Zielvorgabe einhalten: nämlich der Lehrerschaft knapp und verständlich Wesentliches zum Themenfeld „Stadt – Zukunft – Globalisierung“ zu vermitteln. Die meisten Beiträge haben einen hohen didaktischen Wert. Didaktische Brillanz wird gleich im ersten Aufsatz von Hermann Schrand nicht nur als Anspruch artikuliert, sondern auch als Leistung vollbracht. In seinem Beitrag über „Die Globalisierung der Lebenszüge als neue Herausforderung für den Geographieunterricht“ gelingt es Hermann Schrand beispielhaft, ein großes Thema gekonnt aufzubereiten, prägnant den Diskussionsstand zu skizzieren und denkerisch anregend Fragen aufzuwerfen, die sich, weil sie schon im ersten Zugriff so spannend sind, hervorragend zum Einsatz im Unterricht eignen. Der Grundton des Buches, vom Autor des ersten Beitrags in großer Meisterschaft angestimmt, lässt sich auch bei den anderen Aufsätzen des Sammelbands immer wieder und mindestens im Ansatz heraushören. Stets geht es den Autoren und Autorinnen darum, das Thema „Stadt als Lebensraum“ auf wenigen Seiten prägnant zu präsentieren. Mit der Lehrerschaft als Zielgruppe vor Augen sind so Texte entstanden, die durch ihre Lesbarkeit überzeugen. Der didaktische Einfallsreichtum der Verfasser ist hoch. Der gesamte Band vermittelt thematische Eingängigkeit, tagespolitische Spannung und gedankliche

Orientierung. Alle Beiträge bemühen sich um Alltagsnähe, Aktualität und Anwendungsbezug. Auf diese Weise gelingt es, dem Sammelband eine gedankliche Einheitlichkeit zu geben. Es ist immer die gleiche Latte, über die die einzelnen Beiträge springen, nämlich dem Leser stadtgeographisches Wissen ohne viel Zeit- und Motivationsverlust in gut verdaulichen Portionen zu vermitteln. Das angesprochene Themenspektrum ist ebenso global wie es der Untertitel verspricht. „Gegenwärtige raumbezogene Prozesse in Verdichtungsräumen der Erde“: Unter dieser breiten Hutkrempe reichen die regionalen Beiträge von Frankfurt/M. (Ruth Bördlein) über Damaskus und Marrakesch (Anton Escher) bis hin zur Weltkonferenz Urban 21 (Jamill Sabbagh und Fabian Dosch). Thematisch wird der Bogen gespannt von Gated Communities (Georg Glasze), neuen Kooperationsformen in der Stadtplanung (Tilman Rhode-Jüchtern) bis zu Frauen in der sozialen Stadt (Martina Köbberich).

Würde es sich um eine übliche fachwissenschaftliche Publikation handeln, so wäre eine kritische Betrachtung des breiten inhaltlichen Spektrums in meinen Augen angezeigt. Zumal auch das Vorwort von Heike Roggenthin nicht dezidiert einen klaren roten Faden durch das Buch legt. „Lebensraum der Zukunft“, das ist ein weit gestecktes Feld. Und die Tatsache, dass die Mehrzahl der Menschen nun in Städten lebt und letztere wachsen, bietet noch keinen pointierten Anlass für die Versammlung von Beiträgen um eine gemeinsame Themenstellung.

Doch es geht in dieser Publikation weniger um das Einbringen neuer Perspekti-

ven in den fachwissenschaftlichen Diskurs. Nicht die Originalität der präsentierten theoretischen Einsichten oder die Innovativität der dargestellten empirischen Befunde steht bei den vorliegenden Beiträgen zur Entwicklung von Verdichtungsräumen zur Diskussion (und damit hier zur Rezension). Sondern es bemisst sich der Gütegrad der vorgelegten Texte am Gehalt und an der Reife der didaktischen Vermittlung. In dieser Hinsicht möchte ich die Herausgeberin und die Autoren beglückwünschen. Sie haben beim Schreiben an ihre Leser gedacht. Deshalb findet dieses Buch sicherlich zurecht viele Anhänger – in seiner Zielgruppe, der (Hochschul)Lehrerschaft.

Ilse Helbrecht

Institut für Kulturgeographie, Stadt- und Regionalforschung (KSR) (Hg.): Regionalatlas Rhein-Main. Natur – Gesellschaft – Wirtschaft. Frankfurt/M. 2000 (Rhein-Mainische Forschung, Heft 120; Veröffentlichungen der Gesellschaft für regionalwissenschaftliche Forschung Rhein-Main, Heft 15) 108 S.

Der *Regionalatlas Rhein-Main. Natur – Gesellschaft – Wirtschaft* versteht sich als Nachfolger des ersten deutschen Regionalatlases, des *Rhein-Mainischen Atlas für Wirtschaft, Verwaltung und Unterricht*, der

1929 von Walter Behrmann und Otto Maull ebenfalls im Rahmen der Rhein-Mainischen Forschung herausgegeben wurde. Der vorliegende Atlas will ähnlich wie sein Vorgänger „einen Überblick über die regionale Struktur des Rhein-Main-Gebiets ... verschaffen, Politik, Wirtschaft und Verwaltung Grundlagendaten in regionalisierter Form für ihre Entscheidungen an die Hand ... geben und den im Rhein-Main-Gebiet lebenden Menschen die regionalen Strukturen ihres Lebensraumes näher ... bringen.“ (S. 1)

Bei der Definition des Rhein-Main-Gebietes haben sich die Herausgeber an der administrativen Gliederung (Landkreise und Kreisfreie Städte) der Industrie- und Handelskammern orientiert. Die Region umfasst daher den südhessischen Regierungsbezirk Darmstadt sowie den Landkreis Limburg-Weilburg (Regierungsbezirk Giessen) und die angrenzenden Landkreise der Bundesländer Rheinland-Pfalz und Bayern.

Der Regionalatlas Rhein-Main gliedert sich in die folgenden acht Kapitel:

1. Überblick und administrative Gliederungen
2. Gebiet und Fläche
3. Bevölkerung
4. Bildung und Soziales
5. Bauen und Wohnen
6. Wirtschaft
7. Geld, Finanzen, Steuern
8. Technische Infrastruktur und Verkehr

sowie einen Anhang, der Quellen, Literatur und ein Verzeichnis der Reihe Rhein-Mainische Forschungen enthält.

Die acht Kapitel haben einen Umfang

von 94 Seiten, die insgesamt 170 Karten mit Erläuterungstexten enthalten. Umfangreichstes Kapitel stellt dabei das Kapitel 6 *Wirtschaft* mit 45 Karten, kürzestes das Kapitel 2 *Gebiet und Fläche* mit sechs Karten dar. Mit Ausnahme einer Kartenreihe (*Zahl der registrierten Internetbenutzer 1998-2000*, Kapitel 4 *Bildung und Soziales*, S. 55) werden alle Karten durch einen Begleittext erläutert. Der Umfang dieser Texte liegt bei der Mehrzahl der Karten bei ca. 1/3 Seite. In Kapitel 1 *Überblick und administrative Gliederungen* und Kapitel 3 *Bevölkerung* sind insgesamt fünf Nachdrucke der Karten aus dem Vorgängeratlas von 1929 aufgenommen, die jeweils der heutigen Situation gegenübergestellt sind.

Die Gliederung des Atlases entspricht grob der von Werner Witt für komplexe thematische Atlanten vorgeschlagenen Gliederung (vgl. Witt 1970, S. 931 ff.). Einzig das Kapitel 8 *Technische Infrastruktur und Verkehr* lässt sich nicht klar einordnen.

Das Untersuchungsgebiet wird im Hauptmaßstab 1:750 000 (41 Karten) und im Maßstab 1:1,5 Mio. (101 Karten) dargestellt. Außerdem sind in dem Atlas Karten in den Maßstäben 1:2 Mio., 1:4,5 Mio., 1:20 Mio., 1:30 Mio., 1:145 Mio. enthalten.

Bezüglich ihrer Aussagekraft können die Karten des Regionalatlases in analytische (146 Karten) und komplexe Karten (24 Karten) unterteilt werden. Synthetischen Karten sind nicht enthalten. Die größte Anzahl komplexer Karten pro Kapitel ist im Kapitel 6 *Wirtschaft* (5 Karten) zu finden. Bei der überwiegenden Mehrzahl der Karten (133 Karten), vor allem in Kapitel 3 *Bevölkerung* und Kapitel 6 *Wirtschaft*,

handelt es sich um Dichtemosaike, teilweise in Kombination mit Orts- und Gebietsdiagrammen. Außerdem wurden weitere Darstellungsmethoden wie Netze linearer Elemente, Streuung von Wertpunkten und Wertsignaturen etc. zur Visualisierung des thematischen Inhalts gewählt.

Für das Untersuchungsgebiet Rhein-Main gibt es, trotz der vor allem in wirtschaftlicher Hinsicht großen Bedeutung der Region in Deutschland, keine dem vorliegenden Regionalatlas vergleichbare „differenzierte Darstellung der natürlichen, ökonomischen und gesellschaftlichen Strukturen in ihren regionalen Bezügen.“ (S. 1) Vor allem die Zusammenführung der thematischen Daten aus drei Bundesländern, z. T. mit unterschiedlichen Erfassungszeitpunkten und -grundlagen, ist eine bemerkenswerte Leistung.

Betrachtet man den Atlas allerdings aus kartographischer Sicht, lässt sich dieses positive Urteil nicht aufrechterhalten. Neben verschiedenen kartographisch unbefriedigenden Darstellungen (z. B. die fehlende Generalisierung der Grundkarte) fällt vor allem eine nach den Regeln der kartographischen Gestaltung falsche Darstellungsart, nämlich die flächenhafte Darstellung absoluter Werte, auf. Beispielhaft für mehrere solcher Karten sei die Karte *Bevölkerungsstand 1998* im Kapitel 3 *Bevölkerung* (S. 32) genannt. In dieser Karte wird die absolute Zahl der Einwohner pro verbandsfreier bzw. Verbandsgemeinde flächenhaft dargestellt. Solche Karten, sog. quantitative Flächenstufenkarten oder Dichtemosaike, dienen aber der Darstellung von Verhältniswerten, also der Darstellung relativer Werte. Diese Verhältnis-

werte werden für Gebietseinheiten als Quotienten aus zwei absoluten Zahlen, wobei der Nenner nicht unbedingt eine Fläche sein muss, ermittelt. Absolute Werte wie im Beispiel die Einwohnerzahl der einzelnen Gemeinden können nur durch diagrammartige Kartenzeichen, nach Größe oder Größenordnungen in ihrer räumlichen Lage in der Karte platziert, visualisiert werden. Bei anderen Karten wurde ein ungünstiger Signaturenmaßstab gewählt, der die Lesbarkeit stark einschränkt. So wurde z. B. zur Darstellung des thematischen Inhaltes der Karte *Beschäftigte nach Betriebsgrößenklassen 1987* im Kapitel 6 *Wirtschaft*, S. 77) ein so großer Signaturenmaßstab der Kreisdiagramme gewählt, dass eine Zuordnung zu den einzelnen Arbeitsamtsdienststellenbezirken der Region selbst bei Verwendung der dem Atlas beigelegten Transparentfolie, die die administrative Gliederung zeigt, großenteils nicht mehr eindeutig möglich ist. Gerade diese Karte macht deutlich, dass die Visualisierung thematischer Inhalte für Verdichtungsräume wie das Rhein-Main-Gebiet oft schwierig umzusetzen ist. Solche kartographisch unbefriedigenden Lösungen sind sicherlich in manchen Fällen nicht zu vermeiden; im Regionalatlas Rhein-Main allerdings finden sich bei genauerem Hinsehen mehrere solcher und anderer unangemessener und z. T. falscher Darstellungen des thematischen Inhalts. Dies ist um so bedauerlicher als die redaktionelle Arbeit, die dem Atlas zugrunde liegt, auf diese Art nicht angemessen wiedergegeben wird.

Literatur

Witt, Werner 1970: Thematische Kartographie. Methoden und Probleme, Tendenzen und Aufgaben. 2. Auflage. Hannover.

Julia Siemer

Nationalatlas Bundesrepublik Deutschland (Hg. Institut für Länderkunde, Leipzig). Band 4: Bevölkerung (Hg. Paul Gans und Franz-Josef Kemper). Heidelberg, Berlin 2001. 164 S.

Wenige Monate bevor mit der Einführung der Euro-Zahlungsmittel der Fortschritt der europäischen Einigung sich in den Portemonnaies der Individuen materialisiert hat, ist mit dem Band „Bevölkerung“ der vierte von insgesamt 12 geplanten Teilen eines Nationalatlas „Bundesrepublik Deutschland“ erschienen, herausgegeben vom Institut für Länderkunde (Leipzig) und konzipiert als Ausweis der Fähigkeit der deutschen Geographie, regionale Differenzierungen zahlreicher Sachverhalte auch einem nicht-akademischen Publikum zu vermitteln.

Der scheinbare Anachronismus, in einem Zeitalter der europäischen Einigung und der Globalisierung räumliche Unterschiede auf der Ebene eines Nationalstaats darzustellen, löst sich auf, wenn zwei Aspekte berücksichtigt werden: zum einen die

nationalstaatliche Organisation von (geographischer) Wissenschaft, die es als kaum realisierbar erscheinen lässt, etwa einen „Europäischen Atlas“ durch Hochschulgeographen zu erstellen. Die Kommunikations- und Koordinationsprobleme dürften in einem solchen Fall unüberwindlich sein.

Zum anderen ist der Nationalatlas auch als Produkt der Wiedervereinigung zu verstehen, die ja in erster Linie nicht die heutigen Neuen Bundesländer in die EU integrierte, sondern als Abschluss einer (erneuten) Nationalstaatsbildung verstanden wurde. Insofern ist die Herausgabe eines Nationalatlanten ein den aktuellen wissenschaftlichen wie politischen Gegebenheiten adäquates Unterfangen.

In den 46 Abschnitten des vorliegenden Bands wurden Daten zur Bevölkerungsverteilung und -struktur (Alter, Geschlecht, Staatsangehörigkeit, Religion), zu sozioökonomischen Merkmalen, zur natürlichen Bevölkerungsentwicklung und zur Migration in einzelne Artikel von 2 oder 4 Seiten Länge umgesetzt, die in der Regel aus einer großen Karte und mehreren Nebenkarten sowie einem erläuternden Text mitsamt Grafiken und fallweise Begriffserklärungen bestehen. Der Leser erhält auf diese Weise einen umfassenden Überblick sowohl über den Inhalt eines typischen Lehrbuchs „Bevölkerungsgeographie“ als auch über die regionale Verteilung zahlreicher Merkmale der Bevölkerung Deutschlands.

Mag die technische Ausführung der Karten manchem vielleicht etwas bieder erscheinen, so ist sie doch ebenso wie das Layout insgesamt ein bemerkenswertes Beispiel für die hohen gestalterischen Fä-

higkeiten der Kartographie am Institut für Länderkunde.

Auf inhaltlicher Seite hätte man sich von den Herausgebern eine strengere und konsequentere Redaktion gewünscht. Dies betrifft zum einen die Glossare, bei denen oft nicht ersichtlich ist, nach welchen Kriterien Begriffe als erklärungsbedürftig ausgewählt wurden. So wird etwa „Mortalität“ an sechs verschiedenen Stellen fast gleichlautend definiert; anderen Begriffen geht es ähnlich. Auch dass Begriffe wie Saldo, Sozialhilfe, Singles, Pendeln oder Assimilation (definiert einzig durch das Synonym „Angleichung“) erklärt werden müssen, erschließt sich nicht unmittelbar, wenn daneben unerläutert bleibt, was z. B. unter „Kovariation“ oder „Restitution“ zu verstehen ist.

Zum anderen reicht es nicht aus, im Vorwort auf einzelne Karten hinzuweisen, die missverständliche Informationen anbieten und damit als kartographisch fehlerhaft oder zumindest wenig aussagekräftig einzustufen sind, wenn es nicht zu den Aufgaben des Atlanten gehören soll, Probleme der Umsetzung von räumlichen Daten in Karten zu illustrieren. Hier hätte schließlich bereits bei der Erstellung der Karten eingegriffen werden müssen.

Gewisse Einschränkungen sind darüber hinaus im Hinblick auf die Nutzung durch Nicht-Geographen zu machen: So bauen einzelne Karten für Personen, die im Lesen von thematischen Karten eher ungeübt sind, doch recht hohe Zugangsbarrieren auf, da die Vielzahl der enthaltenen Informationen nicht immer durch den erläuternden Text adäquat wiedergegeben werden. Nicht zuletzt erliegen nicht nur, aber insbe-

sondere Laien gerne der Gefahr des ökologischen Fehlschlusses, also dem durch die visuelle Präsentation nahegelegten Irrtum, aus der Korrelation von Gebietsmerkmalen könne auf Zusammenhänge auf der Ebene von Individuen geschlossen werden. Dies ist jedoch ein Grundproblem der thematischen Kartographie, das mit dem Instrument des Atlas nur begrenzt gelöst werden kann.

Sieht man von diesen Einschränkungen ab, muss dem Atlas attestiert werden, in überwiegend sehr gelungener Weise zahlreiche wichtige Merkmale zur Bevölkerung Deutschlands aufgearbeitet zu haben und auch ansprechend zu präsentieren. Man möchte dem Atlas wünschen, durch eine empfindliche Preisreduktion (von jetzt 99 •) eine größere Verbreitung finden zu können.

Wolfgang Aschauer

Klaus Brake, Jens S. Dangschat, Günter Herfert (Hg.): Suburbanisierung in Deutschland. Aktuelle Tendenzen. – Opladen 2001. 284 S.

Die Veränderung der Stadträume in Deutschland ist in den vergangenen Jahren immer wieder unter neuen populären Stichworten abgehandelt worden, so wurde die "Zwischenstadt" entdeckt, "Postsuburbia" beschworen oder gar das "Verschwinden der Stadt" postuliert. Zwar gelang es damit, die Aufmerksamkeit auf die stadtreionalen

Prozesse zu lenken, doch kamen die meisten Ansätze über eine Beschreibung von Einzelphänomenen und Teilaspekten des Ausbreitens der Städte in ihr Umland nicht hinaus. Ein aktueller und zugleich umfassender Überblick über die verschiedenen funktionalen Aspekte des Suburbanisierungsprozesses und eine Berücksichtigung unterschiedlicher räumlicher wie politischer Grundvoraussetzungen für die Suburbanisierung in Deutschland nach der Wiedervereinigung fehlte dagegen bislang. Diesem Missstand rückt nun das hier vorzustellende Buch – und um das Urteil vorwegzunehmen: fundiert – zu Leibe.

Die Hauptteile des Bandes befassen sich ausgehend von theoretischen Fragestellungen mit den wichtigsten funktionalen Aspekten der Suburbanisierung (Wohnen, Handel, Gewerbe, Freizeit, Verkehr, Kommunalfinzen), mit regionalen Beispielen verschiedener Stadträume (Berlin, Leipzig, München, Rhein-Main, Stuttgart, Thüringer Städtereihe) und abschließend mit der Frage der politischen Steuerung der Stadtreion. Auf die instruktiven regionalen Beispiele sei hier nicht eingegangen, stattdessen werden die grundlegenden theoretischen und politischen Beiträge kurz besprochen.

Einleitend finden sich zwei Aufsätze zur Theorie der Suburbanisierung. *Brake* bringt zunächst einen Überblick über die wichtigsten Diskussionsstränge zur aktuellen Suburbanisierungsdebatte und diskutiert die grundlegende Frage, ob es sich in der fortgesetzten Urbanisierungsphase mit ihren zunehmenden teilräumlichen Spezialisierungstendenzen um Kontinuitäten oder neue Qualitäten des Prozesses handelt. Die

Fragmentierung des Siedlungsraums, die Eigenständigkeit der Teilräume und der Funktionswandel der Kernstadt verlangen – so Brake – nach einer Restrukturierung des Aktionsraums Stadtregion, was einen strategische Übereinkunft in Form eines “Stadtregions-Vertrages” erfordere. Zum “Wie?” finden sich allerdings keine Ausführungen. Zumindest macht schon dieser Eingangsbeitrag klar, dass eine spezifisch europäische Suburbanisierungsvariante gemeint ist. Dies vertieft der zweite Beitrag, der die Übertragung nordamerikanischer Suburbanisierungsmuster auf Deutschland verwirft.

Die funktionalen Aspekte der Suburbanisierung werden von einschlägigen Autoren mit neuesten Materialien versehen dargestellt. Hier ist ein Fundus für Wissenschaftler, Publizisten und Lehrer, der zudem ergänzt wird durch farbige Tafeln in der Mitte des Bandes. *Aring* und *Herfert* befassen sich mit “neuen Mustern” der Wohnsuburbanisierung und heben dabei insbesondere die Sonderbedingungen in den neuen Bundesländern als wichtigen Motor der dynamischen Wohnsuburbanisierung in der ersten Hälfte der 90er Jahre heraus: Wohnungsmängel in der Kernstadt, fehlende regionalplanerische Steuerung und “überzogene” Förderpolitik. Im Ausblick weisen die Autoren auf den Rückgang der Dynamik hin, der zudem durch demographische Entwicklungen neue Verteilungskämpfe erwarten lässt.

Die Veränderung der Einzelhandelslandschaften differenziert *Kulke* ebenfalls nach alten und neuen Bundesländern, deren sekundäres Einzelhandelsnetz im Stadtumland einen deutlich höheren Umsatzanteil

erzielt als das Stadtumland der alten Länder. Unter Berücksichtigung der treibenden Faktoren Nachfrage, Angebotsentwicklungen und Planungsverfahren belegt *Kulke* das wachsende Überangebot und erwartet eine Marktbereinigung und -spezialisierung gerade auch im Umland.

Der Beitrag zur Gewerbesuburbanisierung (*Karsten/Usbeck*) stellt auf die Tertiärisierung der suburbanen Standorte ab und benennt ihre Push- und Pullfaktoren. Thematisiert wird insbesondere die funktionale “Anreicherung” der suburbanen Gewerbegebiete durch Dienstleistungen, wobei die Autoren die Frage eines eigenständigen Prozesses oder eines Überschwappeffektes aus den Zentren nur anreißen. Nach den Themen Wohnen, Einzelhandel und Gewerbe lässt sich auch bei den Freizeitorientierung eine wachsende Suburbanisierung beobachten. *Hatzfeld* beschränkt seine Analyse dieses Themenfeldes leider unter mehreren Aspekten: Zum einen betrachtet er nur Freizeitgroßeinrichtungen (von Freizeitparks über Multiplexkinos bis zu Urban-Entertainment-Centern), lässt aber Ferienzentren und themenbezogene Naherholungsangebote außerhalb der Betrachtung. Noch gravierender ist die Beschränkung auf die Betrachtung von Tendenzen in Nordrhein-Westfalen, welches der Autor als “Land der Markteinführung” behauptet. Dennoch ist auch dieser Beitrag mit empirischem Datenmaterial unterlegt, so dass der Leser dieses Themenfeld im Hinblick auf Suburbanisierungstendenzen, die der Autor mit dem Hinweis auf die Ambivalenz der Standortfaktoren unbeantwortet lässt, selbst weiter auswerten kann.

Neben den Einzellogiken der Teilsysteme Wohnen, Arbeiten, Versorgen und Freizeit ist ein zentraler treibender Faktor der Suburbanisierung die Entwicklung von Mobilität und Verkehr, die *Hesse* in seinem grundlegenden Beitrag theoretisch analysiert und mit empirischen Belegen untermauert. Die von ihm vorgeschlagenen Instrumente zum stadtreionalen Verkehrsmanagement erfordern eine geeignete stadtreionale Raumplanung. In diese Richtung zielt auch die von *Mäding* geführte hochaktuelle Diskussion des Zusammenhangs zwischen Suburbanisierung und kommunalen Finanzen. *Mäding* zeigt die Verteilungseffekte und fiskalischen Asymmetrien der kommunalen Finanzausstattung bei fortgesetzter Suburbanisierung auf, welche nicht nur die Kernstadt, sondern sogar die fiskalische Gesamtausstattung der Region beeinflussen.

Schließlich sei noch der Schlussteil des Sammelbandes erwähnt, der "Gestaltung und Struktur" von "Suburbia und Stadtregion" überschrieben ist. Eingangs stellt *Kunzmann* für die Zukunft von Suburbia verschiedenste funktionale Differenzierungen, gebildet durch Leitfunktionen, zur Diskussion. Ein wenig aus dem Mainstream von Geographie und Stadtplanung fällt der Beitrag von *A. Hahn*, der sich mittels kultursoziologischer Betrachtung der suburbanen Lebenswelt dem Phänomen des "Wohnens am Rand" nähert. Planungsorientiert und politisch fallen dagegen die

anderen Beiträge dieses Teils aus: *Sieverts* stellt Forderungen "jenseits von Zwischenstadt", nämlich das Unbehagen mit der suburbanen Stadtlandschaft als Anlass für eine gestaltende Regionalplanung zu nehmen und mit den beteiligten Akteuren und Disziplinen ein Leitbild zu erarbeiten, welche eine Transformation hin zu einer eigenen lebenswerten Ästhetik des Landschaftsraumes in interkommunaler Zusammenarbeit anstrebt. Stehen bei *Sieverts* eher landschaftsgestalterische Aspekte im Vordergrund, so fordert *Bose* den Einsatz von raumstrukturellen Leitbildern für den gesamten Planungsprozess ein. *Bose* plädiert dabei für ortsspezifische und fort-schreibbare Konzepte, bleibt aber die Antwort nach Instrumenten zur Durchsetzung des Bündelungs- und Schwerpunktprinzips schuldig. So bleibt es dem Beitrag von *Danielzyk* und *Priebs* vorbehalten, die Handlungsfelder und Instrumente interkommunaler Kooperation in der Region dazulegen und auf die ersten Praxisbeispiele (Stuttgart, Hannover) zu verweisen.

Insgesamt überzeugt der Band durch Themenspektrum, Einschlägigkeit der Autoren, präsentierte Beispiele und die Diskussion unterschiedlicher Handlungsempfehlungen und kann als Kompendium für den aktuellen Stand der Suburbanisierungsdebatte in Deutschland nur empfohlen werden.

Ulf Hahne, Kassel

